

**Schweizerische
Nationalbank
1969**

**62. Geschäftsbericht
der Schweizerischen Nationalbank
1969**

Inhaltsverzeichnis

Bericht des Direktoriums über die Tätigkeit der Schweizerischen Nationalbank im Jahre 1969	5
A. Lage der Weltwirtschaft	
Allgemeine Konjunktorentwicklung	5
Internationale Währungslage	7
B. Geld- und Währungspolitik der Nationalbank	
Allgemeines	14
Schweizerische Währungs Kooperation mit dem Ausland	18
C. Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft	
Konjunkturverlauf	21
Währungsreserven und Devisenmarkt	26
Geld- und Kapitalmarkt	28
D. Bankbehörden und Direktion	41
Jahresrechnung	
Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1969	44
Jahresschlussbilanz vom 31. Dezember 1969	46
Erläuterungen zur Jahresrechnung	
Aktiven der Bilanz	48
Passiven der Bilanz	53
Dienstleistungen für die Bundesverwaltungen	58
Gewinnverteilung	60
Anträge und Beschlüsse	60
Bericht der Revisionskommission	63
Beilagen	
Nr. 1 Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise	68
Nr. 2 Gliederung des Notenumlaufs nach Abschnitten	70
Nr. 3 Giroverkehr	71
Nr. 4 Geschäftsverkehr der einzelnen Bankstellen	72
Nr. 5 Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank	
Tabelle I: Bestände am Jahresende	74
Tabelle II: Jahresdurchschnitte	78

Tabelle III: Umsätze	82
Tabelle IV: Geschäftsergebnisse	86
Nr.6 Graphische Darstellung	
Schweizerische Nationalbank 1964–1969	90
Nr.7 Diskontosatz und Lombardzinsfuß seit Eröffnung der Bank	91
Nr.8 Abrechnungsverkehr	
Verkehr der schweizerischen Abrechnungsstellen	92
Wertschriften-Clearing für Kassageschäfte auf den Plätzen Basel und Zürich	92
Nr.9 Verzeichnis der Mitglieder der Bankbehörden und der Bankorgane	93

Bericht des Direktoriums über die Tätigkeit der Schweizerischen Nationalbank im Jahre 1969

A. Lage der Weltwirtschaft

Allgemeine Konjunkturentwicklung

Die Weltwirtschaft stand im Berichtsjahr im Zeichen starker Auftriebskräfte. Der zunehmende Nachfragedruck begünstigte den Preis- und Kostenanstieg.

In den Ländern des OECD-Raumes nahm das reale Bruttosozialprodukt gesamthaft um rund 5% zu. In den Vereinigten Staaten von Amerika und in Grossbritannien war das reale wirtschaftliche Wachstum geringer, in den übrigen OECD-Ländern hingegen im allgemeinen stärker als im Jahre 1968. Die Industrieproduktion stieg im OECD-Raum um etwa 7%.

Das allgemeine Preisniveau erhöhte sich in Westeuropa und in Nordamerika durchschnittlich um rund 5%, wobei dieser Satz in mehreren Ländern überschritten wurde. Der Preisanstieg war vor allem auf die starke Nachfrage nach Gütern und Produktionsfaktoren zurückzuführen. Sehr deutlich beschleunigten sich in den letzten Monaten des Berichtsjahres die Lohnerhöhungen. Da diese die Produktivitätssteigerung in vielen Ländern übertrafen und die anhaltend hohe Nachfrage die Überwälzung steigender Lohnkosten auf die Preise erlaubt, dürfte der allgemeine Preisauftrieb auch im Jahre 1970 anhalten; die Inflationsimpulse werden sich deutlicher von der Nachfrage auf die Kostenseite verlagern.

Die inflatorischen Auftriebskräfte übertrugen sich insbesondere über die Erhöhung der Ausfahrpreise von Land zu Land. Sie wurden durch die Aufwertung der D-Mark vor allem in jenen Ländern noch verstärkt, deren Produzenten in wesentlichem Ausmass mit westdeutschen Unternehmungen in Konkurrenz stehen und deren Produktionskapazität bereits voll ausgelastet ist.

Der Welthandel verzeichnete ein Wachstum, wie es seit dem Korea-Boom zu Beginn der fünfziger Jahre nicht mehr erreicht wurde. Die Aussenhandelsumsätze überschritten das Vorjahresniveau um rund 13%. Noch kräftiger, um rund 15%, expandierte der Aussenhandel der OECD-Länder, wobei sich Einfuhr und Ausfuhr ungefähr im Gleichschritt ausdehnten.

An den Geld- und Kapitalmärkten hielt der Zinsauftrieb an. Die höheren Zinskosten führten jedoch im allgemeinen nicht zu einer Verringerung der Investitionen. Angesichts der starken Auslands- und Binnennachfrage sowie in Erwartung einer fortschreitenden Teuerung trachtete die Industrie danach, ihre Kapazitäten trotz hoher Zinskosten auszuweiten.

Die wirtschaftliche Entwicklung verlief in den einzelnen wichtigen Ländern allerdings nicht völlig parallel.

In den *Vereinigten Staaten von Amerika* verlangsamte sich das reale wirtschaftliche Wachstum. Die seit dem zweiten Halbjahr 1968 befolgte restriktive Geld- und Fis-

kalpolitik verminderte den Nachfrageüberhang, hatte aber bisher nur einen geringen Einfluss auf die Investitionstätigkeit. Die Konsumnachfrage expandierte merklich langsamer als im Jahre zuvor. Der Anstieg der industriellen Produktion kam zum Stillstand; die Unternehmensgewinne gingen zurück. Der Zuwachs des realen Bruttosozialproduktes erreichte im Berichtsjahr nur noch ungefähr die Hälfte der vorjährigen Zunahme. Der Beschäftigungsgrad und der Lohn- und Preisanstieg zeigten dagegen keine Abschwächung, denn die Nachfrageinflation wurde von einer Kosteninflation abgelöst. Die amerikanischen Behörden sahen sich deshalb zur Weiterführung ihrer restriktiven Politik veranlasst.

In *Grossbritannien* belebte sich die Konjunktur erst in der zweiten Jahreshälfte. Die schon seit längerer Zeit durch fiskalische und geldpolitische Massnahmen angestrebte Eindämmung der Binnennachfrage zugunsten des Exports zeitigte Erfolge. Sowohl der private als auch der öffentliche Verbrauch stagnierten. Die Investitionstätigkeit nahm nur wenig zu. Dagegen verbesserte sich die Handelsbilanz dank einem wesentlichen Anstieg der Ausfuhr, der zur ungewöhnlich starken Ausdehnung des Welthandels beitrug. Infolge dieser zum Teil gegenläufigen Entwicklungen dürfte die Zuwachsrate des Bruttosozialproduktes lediglich 2% betragen haben. Der Preis- und Lohnanstieg setzte sich allerdings fort.

In der *Bundesrepublik Deutschland* verstärkten sich die konjunkturellen Anspannungen. Sowohl die Binnen- als auch die Auslandsnachfrage expandierten kräftig. Die Produktionskapazitäten der Industrie waren voll ausgelastet. Die Auftragsbestände überschritten am Jahresende die Lieferfähigkeit wesentlich. Der Arbeitsmarkt trocknete mehr und mehr aus, obwohl 1,5 Millionen ausländische Arbeitskräfte beschäftigt wurden. Im Laufe des Jahres verstärkte sich der Preisanstieg. Im Herbst vermochten die Arbeitnehmer kräftige Lohnerhöhungen durchzusetzen, was die Aufwärtsbewegung der Preise noch beschleunigte. Um der konjunkturellen Überhitzung entgegenzuwirken und den Überschuss der Ertragsbilanz zu verringern, schritt die neue Bundesregierung Ende Oktober zu einer Aufwertung der D-Mark.

In *Frankreich* war die wirtschaftliche Entwicklung in der ersten Hälfte des Berichtsjahres durch eine starke Zunahme der Gesamtnachfrage gekennzeichnet. Die lebhaftere Investitionstätigkeit und die Erhöhung der Konsumnachfrage im Inland wurden von einem kräftigen Anstieg des Imports begleitet, mit welchem die Exportentwicklung nicht Schritt zu halten vermochte, so dass die Handelsbilanz mit einem Fehlbetrag abschloss. Am Arbeitsmarkt machte sich vermehrte Unrast geltend. Löhne und Preise stiegen erheblich an. Im August wurde der französische Franken abgewertet, und die Regierung ergriff weitere Massnahmen zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts.

In *Italien* führten die Vorkehrungen, die zu Beginn des Jahres zur Ankurbelung der inländischen Nachfrage und zum Abbau des Überschusses der Ertragsbilanz ergriffen wurden, zunächst zu einer Steigerung der Wirtschaftstätigkeit. Vom September an verlangsamte sich aber das Wachstum infolge von Streikwellen, welche die Tätigkeit in vielen Wirtschaftsbereichen zeitweilig lahmlegten. Bei der Erneuerung der Gesamtarbeitsverträge konnten die Arbeitnehmerverbände sehr kräftige Lohnverbesserungen erzielen, die eine wesentliche Verteuerung der Arbeitskosten bewirken werden. Da diese nur zum Teil durch Produktivitätsverbesserungen aufgefangen werden kann, ist ein fühlbarer Preisauftrieb zu erwarten; ferner muss wegen des Drucks auf die Unternehmerrgewinne mit einem Rückgang der Investitionen gerechnet werden.

Internationale Währungslage

Die *Stellung des amerikanischen Dollars* als internationale Reserve- und Schlüsselwährung wurde durch die wenig günstige Gestaltung der Grundstruktur der Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten nicht berührt. Auch die Spekulationen um den französischen Franken und die D-Mark sowie die Entwicklung am freien Goldmarkt vermochten die Position des Dollars nicht zu beeinträchtigen.

Die restriktive Geldpolitik, welche die amerikanischen Behörden in erster Linie zur Eindämmung der inflatorischen Auftriebskräfte im Inlande verfolgten, löste einen starken Kapitalzufluss aus, der das Defizit der Basisbilanz während der ersten drei Viertel des Jahres ausglich. Im Gegensatz zum Vorjahr handelte es sich dabei vorwiegend um kurzfristige Gelder, welche amerikanische Banken mit Hilfe ihrer europäischen Niederlassungen angesichts der in den Vereinigten Staaten herrschenden Mittelknappheit und der dort zum Teil bestehenden Höchstzinsvorschriften für gewisse Fremdgelder in bedeutendem Umfang am Eurodollar-Markt aufnahmen.

Die ausgedehnte amerikanische Mittelnachfrage liess die Zinssätze am Eurodollar-Markt auf einen bisher nie erreichten Stand ansteigen. Wegen der starken Anziehungskraft dieser Sätze auf europäische Anleger übertrug sich die Zinshausse sukzessive auch auf die nationalen Geld- und Kapitalmärkte Europas. Die Verluste an offiziellen Währungsreserven, die sich aus solchen Geldbewegungen ergaben, veranlassten einzelne Länder, Abwehrmassnahmen in Form von Diskontsatzserhöhungen, Kapitalexportbeschränkungen oder Repatriierungsvorschriften für Euromarkt-Guthaben der Banken zu ergreifen sowie Währungskredite aufzunehmen. Im Sommer führten die amerikanischen Währungsbehörden eine Mindestreservepflicht auf im Ausland aufgenommenen Geldern ein. Diese sollte der Aufnahme von Eurodollars durch die amerikanischen Banken entgegenwirken und zugleich den Geldstrom vermindern, der sich aus den Vereinigten Staaten an den Eurodollar-Markt ergoss, um von dort durch Vermittlung amerikanischer Bankniederlassungen wieder an Kreditnehmer in den Vereinigten Staaten ausgeliehen

zu werden. Obwohl der Zinsauftrieb und die Verluste an Devisenreserven in einzelnen Ländern Europas als nachteilig empfunden wurden, erleichterte es doch der vorwiegend über den Euromarkt sich vollziehende Mittelabfluss nach den Vereinigten Staaten den europäischen Ländern, den zunehmenden konjunkturellen Auftriebskräften von der monetären Seite her entgegenzutreten.

Ausser durch die bedeutenden Kapitalzugänge dürfte die internationale Stellung des Dollars auch durch die Aufhebung des Goldpools der Notenbanken im März 1968 und die dadurch verminderte Gefahr von Goldverlusten der Vereinigten Staaten sowie durch den im Herbst 1969 zustande gekommenen Beschluss auf Schaffung von Sonderziehungsrechten gestärkt worden sein. Die beiden Entscheidungen liessen die Erwartung, dass der offizielle Preis für Währungsgold in absehbarer Zeit erhöht werde, dahinschwinden.

Die Tatsache, dass die internationale Stellung des Dollars von der Entwicklung des fundamentalen aussenwirtschaftlichen Ungleichgewichts der Vereinigten Staaten unbeeinflusst blieb, verstärkte die Besorgnis, die Bestrebungen der USA, ihre Zahlungsbilanz ins Gleichgewicht zu bringen, könnten nachlassen und noch mehr als bisher hinter binnenwirtschaftlichen Gesichtspunkten zurücktreten. Die übrige Welt würde sich damit immer mehr einem Dollar-Standard anstelle des bisherigen Gold-Devisen-Standards gegenübersehen. Nur ein echter Ausgleich der amerikanischen Zahlungsbilanz kann auf die Dauer derartige Befürchtungen zerstreuen. Denn ausgleichende Kapitalzuflüsse, wie sie im Berichtsjahr stattfanden, könnten sich, da es sich grossenteils um kurzfristige Gelder handelt, in Zukunft in Kapitalabflüsse umkehren.

Die durch Wechselkursdiskussionen genährte Unruhe an den *internationalen Devisenmärkten*, die sich bereits im November 1968 im Zusammenhang mit den Erwartungen auf Paritätsänderungen in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland gezeigt hatte, trat im Berichtsjahr erneut in Erscheinung. Anhaltende Einnahmenüberschüsse in der Handels- und Ertragsbilanz, verbunden mit zunehmender konjunktureller Erwärmung, führten in der Bundesrepublik zu einer Debatte über die Zweckmässigkeit einer Aufwertung. Ende April bewirkten die sich verdichtenden Gerüchte eine Spekulationswelle, die ausgedehnte Kapitalbewegungen nach der Bundesrepublik auslöste. Da in Frankreich das Vertrauen in die Stabilität der Währung noch nicht wiederhergestellt war, verband sich die Erwartung auf eine D-Mark-Aufwertung erneut mit einer Spekulation gegen den französischen Franken. Das Bestehen einer umfassenden Devisenkontrolle in Frankreich schränkte allerdings das Ausmass des Kapitalabflusses ein. Auch das britische Pfund geriet bei dieser Gelegenheit unter Druck. Diese Währungskrise flaute indessen allmählich wieder ab. Gegen Ende September setzte in Erwartung der Parlamentswahlen in der Bundesrepublik eine erneute ausgedehnte D-Mark-Spekulation ein, nachdem die Frage einer Wechselkursanpassung zu einem der wichtigsten Themen im Wahlkampf der bei-

den führenden Parteien geworden war. Wiederum flossen in grossem Umfange Gelder in die Bundesrepublik. Da inzwischen die französische Regierung den Franken abgewertet hatte und in Grossbritannien eine entscheidende Besserung der Handels- und Ertragsbilanz eingetreten war, wurden die Währungen dieser beiden Länder von der Unruhe um die D-Mark dieses Mal weniger stark als im Mai erfasst.

Angesichts des ungewöhnlichen Ausmasses, das die Geldbewegungen nach der Bundesrepublik trotz der von der Bundesbank vorsorglich ergriffenen Abwehrmassnahmen im September erreichten, beschloss die deutsche Regierung einige Tage vor den Wahlen, den offiziellen Devisenmarkt zu schliessen. Als die Bundesbank in den ersten Stunden nach Wiedereröffnung des Marktes einen enormen Dollarzufluss zu übernehmen hatte, entschied die noch im Amte befindliche Regierung, den Kurs der D-Mark vorübergehend freizugeben. Die Bundesbank wurde mit Zustimmung des Internationalen Währungsfonds (IMF) von der Verpflichtung entbunden, den Kurs der D-Mark am Devisenmarkt innerhalb der vorgesehenen Kursmargen zu halten. Der D-Mark-Kurs stieg in der Folge, allerdings nicht ohne Intervention der Bundesbank, unverzüglich an und erreichte kurz vor dem Aufwertungsbeschluss der neuen Regierung ein Agio von 7,5% zum bisherigen Paritätskurs. Der Aufwertungssatz von 9,3%, den die deutschen Behörden am 24. Oktober festsetzten, war höher als erwartet worden war. Die Änderung des D-Mark-Kurses trug zu einer fühlbaren Entspannung und Beruhigung an den internationalen Devisenmärkten bei. Die Gelder, welche der Bundesrepublik im Mai und im September zugeströmt waren, flossen nach der Aufwertung innert kurzer Zeit wieder ab, so dass eine Reihe von Ländern willkommene Devisenzugänge zu verzeichnen hatte. Die Bundesbank sah sich angesichts ihrer stark verminderten Devisenreserven veranlasst, gegen Jahresende Forderungsrechte im Rahmen der sog. «Super-Gold-Tranche» und der «General Arrangements to Borrow (GAB)» beim Internationalen Währungsfonds in Anspruch zu nehmen. Ferner trat sie einen grösseren Betrag ihrer Goldreserven an die Vereinigten Staaten ab.

Obschon die französische Regierung Massnahmen zur Eindämmung der in Frankreich andauernden Nachfrageexpansion ergriff, setzte sich der rasche Anstieg der Warenbezüge aus dem Ausland in der ersten Jahreshälfte fort. Anhaltende Unsicherheit über die Angemessenheit des Wechselkurses förderte die Importnachfrage und bewirkte starke Verschiebungen im Zahlungsverkehr mit dem Ausland, sog. «leads and lags», zuungunsten Frankreichs. Die im August überraschend vollzogene Abwertung des Frankens um 11,1% wie auch die später erfolgte Aufwertung der D-Mark brachten der französischen Devisenbilanz eine spürbare Entlastung.

Die Zahlungsbilanz Grossbritanniens zeigte in der zweiten Jahreshälfte eine beachtliche Besserung. Nach einer lange dauernden Phase anhaltender Fehlbeträge wurde

die britische Handelsbilanz vom August an aktiv. Da sich zugleich auch die Dienstleistungs- wie die Kapitalbilanz günstig entwickelten, schloss die Gesamtzahlungsbilanz im zweiten Semester mit einem Aktivüberschuss, der bereits nahe an das im Einvernehmen mit dem Währungsfonds erst für Ende März 1970 gesteckte Ziel herankam, einen Zahlungsbilanzüberschuss von 300 Millionen Pfund zu erreichen.

Sind auch im Blick auf die *internationalen Zahlungsbilanzverhältnisse* für das Berichtsjahr Fortschritte in den seit Jahren im Gange befindlichen Bestrebungen zur Herstellung eines besseren Gleichgewichtes festzustellen, so bleiben doch noch grosse Probleme offen. Den namentlich in Grossbritannien und bis zu einem gewissen Grade auch in der Bundesrepublik erzielten Erfolgen stehen ein erhöhter Zahlungsbilanzüberschuss in Japan und ein etwas vergrössertes Defizit in Frankreich gegenüber. In der italienischen Zahlungsbilanz vollzog sich ein Umschwung vom Überschuss zum Defizit. Im Falle der Vereinigten Staaten schliesslich, deren Zahlungsbilanzentwicklung seit 1968 von bedeutenden Kapitalzuflüssen begünstigt wurde, liess die erhoffte Verbesserung durch höhere Einnahmenüberschüsse in der laufenden Bilanz weiterhin auf sich warten.

Die Währungsunruhen und die ausgedehnten internationalen Kapitalbewegungen des Berichtsjahres gaben Anlass zu zahlreichen Transaktionen im Rahmen der *Währungskooperation der Notenbanken*. In verschiedenen Fällen wurde auch die Hilfe des Internationalen Währungsfonds in Anspruch genommen.

Eine Reihe europäischer Notenbanken nahm angesichts beträchtlicher Devisenreservenverluste in der ersten Jahreshälfte die mit der Federal Reserve Bank of New York bestehenden bilateralen Swap-Vereinbarungen in Anspruch. Der Gesamtbetrag der Swap-Limiten des amerikanischen Reservesystems mit anderen Notenbanken und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) wurde um 475 Millionen auf 10 980 Millionen Dollar erhöht.

Angesichts der ungünstigen Entwicklung seiner Zahlungsbilanz sah sich Frankreich im Verlaufe der ersten Monate veranlasst, auf die ihm anlässlich der Bonner Währungskonferenz vom November des Vorjahres von 13 Notenbanken und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich eingeräumte Kreditzusage zurückzugreifen. Diese Währungskredite wurden teilweise bereits im zweiten Semester wieder abgetragen. Im September erhielt Frankreich vom Währungsfonds einen Stand-by-Kredit zugesagt, den es zu etwas mehr als der Hälfte in Anspruch nahm. Belgien erhielt im August einen Währungskredit von der Bundesrepublik Deutschland und machte von seinen Ziehungsrechten beim Internationalen Währungsfonds Gebrauch.

Grossbritannien schloss im Juni einen neuen Stand-by-Kredit mit dem Währungsfonds im Umfange von 1 Milliarde Dollar ab, um den fällig werdenden Rückzahlungsverpflichtungen auf ausstehenden früheren Währungskrediten entsprechen zu können.

Die Hälfte dieses Betrages wurde sofort beansprucht, während der Bezug des Restbetrages in drei Tranchen für die zweite Hälfte 1969 bzw. Anfang 1970 vorgesehen wurde. Die britische Regierung verband mit ihrem Kreditgesuch Zusicherungen hinsichtlich ihrer wirtschafts- und währungspolitischen Zielsetzungen. Die Bank of England nahm weitere Rückzahlungen auf dem im Mai 1965 in Verbindung mit den GAB beanspruchten Kredit des Währungsfonds vor. Ferner begann sie mit der Abtragung des ihr im Rahmen des ersten Group Arrangements vom Juni 1966 von einer Reihe von Notenbanken durch Vermittlung der BIZ eingeräumten Währungskredits. Die günstige Entwicklung der Sterling Guthaben von Ländern des Sterlingraumes erlaubte es Grossbritannien, die im Rahmen des zweiten Group Arrangements vom September 1968 erhaltenen Kredite zurückzuzahlen.

Die 1968 vom Rat der Gouverneure des Internationalen Währungsfonds im Zusammenhang mit den Bestrebungen um eine *Reform der internationalen Währungsordnung* gutgeheissene Revision der Statuten des Fonds wurde im Laufe des Jahres 1969 von der überwiegenden Mehrheit der Mitgliedstaaten ratifiziert. Diese Statutenrevision schuf in erster Linie die Voraussetzung zur Bildung zusätzlicher Währungsreserven in Form von Sonderziehungsrechten. Bereits vor dem formellen Inkrafttreten der neuen Statuten hatte der Generaldirektor des Währungsfonds die vorgesehenen Konsultationen zu einer ersten Inkraftsetzung des neuen Reserveschöpfungsmechanismus eingeleitet. Eine grundsätzliche Verständigung in dieser Frage wurde im Juli innerhalb der «Zehner-Gruppe» erzielt. Man kam überein, für das erste Jahr die Schaffung von Sonderziehungsrechten im Betrage von 3,5 Milliarden Dollar, für die beiden folgenden Jahre von je 3 Milliarden vorzuschlagen. Angesichts der herrschenden Ungewissheit über die künftige Entwicklung beschränkte man sich zunächst darauf, den Umfang der zu schaffenden Sonderziehungsrechte nur für die Dauer von drei statt, wie in den Statuten vorgesehen, von fünf Jahren festzusetzen. An der Jahresversammlung der Bretton-Woods-Institutionen, die Anfang Oktober in Washington stattfand, stimmte der Gouverneursrat des Währungsfonds diesem Vorschlag zu. Auf Beginn des Jahres 1970 wurden den beteiligten Mitgliedstaaten des Währungsfonds somit erstmals Sonderziehungsrechte als zusätzliches Reservemedium zugeteilt.

Die Aktivierung der Sonderziehungsrechte war im Berichtsjahr nicht mehr ernstlich bestritten. Nachdem ursprünglich vor allem die Vereinigten Staaten auf eine rasche Inkraftsetzung gedrängt hatten, unterstützten nun auch die kontinentaleuropäischen Länder, die zuvor gegenüber einer frühzeitigen Schaffung zusätzlicher Reserven Zurückhaltung bekundet hatten, die unverzügliche Einsetzung des Systems der Sonderziehungsrechte. Für diese Haltung spielte zweifellos die Tatsache eine Rolle, dass die Währungsreserven der westlichen Welt seit 1967 nicht nur nicht weiter zugenommen haben, son-

den leicht zurückgegangen sind, wenn die Stützungskredite an Grossbritannien und Frankreich in Abrechnung gebracht werden. Die laufende Goldproduktion wurde in den vergangenen Jahren praktisch vollständig von der Nachfrage an den freien Märkten absorbiert. Die Kapitalbewegungen von Europa nach den Vereinigten Staaten führten sodann bei einer Reihe von europäischen Notenbanken zu einer Abnahme der Devisenreserven. Da einzelne Länder bereits zu Beschränkungen im Zahlungsverkehr mit dem Ausland griffen, bestand nicht zuletzt auch Besorgnis, dass eine allfällige weitere Verknappung der Währungsreserven zunehmende Restriktionen im Handels- und Zahlungsverkehr zur Folge haben könnte.

Ob die Aktivierung der Sonderziehungsrechte wie auch die in diesem Zusammenhang für die nächsten Jahre festgesetzten Beträge unter den herrschenden Verhältnissen angemessen sind, lässt sich wohl erst nach einigen Jahren praktischer Erfahrung feststellen. Bedenken, die gewählten Beträge könnten für den Anfang etwas hoch gegriffen sein, lassen sich nicht von der Hand weisen. Zur Schaffung zusätzlicher Währungsreserven wird im Jahre 1970 überdies eine Erhöhung der Quoten des Währungsfonds hinzukommen. Nach längeren Verhandlungen in der «Zehner-Gruppe» sowie im Direktorium des Währungsfonds im Rahmen der alle fünf Jahre stattfindenden Überprüfung der Mitgliederanteile einigte man sich auf eine recht massive Heraufsetzung der Quoten um etwas mehr als ein Drittel. Sie setzt sich aus einer generellen Erhöhung aller Quoten um 25% und Anpassungen der Quoten jener Länder zusammen, deren relativer Anteil ihrer wirtschaftlichen Bedeutung nicht mehr zu entsprechen schien. Die Erhöhung der Quoten wird für die Mitgliedländer des Internationalen Währungsfonds eine entsprechende Vermehrung der ihnen zur Verfügung stehenden Kreditfazilitäten zur Folge haben. Schliesslich ist in Betracht zu ziehen, dass in absehbarer Zeit auch die traditionellen Währungsreserven durch Übernahme von Gold aus der laufenden Produktion ergänzt werden könnten.

Es wäre bedauerlich, wenn die seit Jahren immer wieder unternommenen Anstrengungen, ein besseres aussenwirtschaftliches Gleichgewicht unter den führenden Wirtschaftsnationen herbeizuführen und die Zahlungsbilanzdisziplin zu stärken, durch eine allzu reichliche Schöpfung zusätzlicher internationaler Liquidität beeinträchtigt würden. Die Gefahr, dass damit der Spielraum für eine inflatorische Expansion auf weltweiter Ebene erheblich erweitert wird, darf in Anbetracht der derzeitig vorherrschenden Überhitzungs- und Preisauftriebstendenzen in Europa wie auch in den Vereinigten Staaten und angesichts des nach wie vor unbewältigten amerikanischen Zahlungsbilanzdefizits nicht unterschätzt werden.

Die Entwicklung der Verhältnisse am freien *Goldmarkt* scheint anzudeuten, dass der industrielle und gewerbliche Goldverbrauch doch nicht ganz so bedeutend ist,

wie unter dem Eindruck der stark spekulativ beeinflussten hohen Nachfrage der vergangenen Jahre zeitweise vermutet worden war. Nachdem im Währungsfonds der Beschluss gefasst wurde, zusätzliche Reserven in Gestalt von Sonderziehungsrechten zu bilden, liess wohl auch das Interesse der privaten Hortungsnachfrage stark nach, zumal sich angesichts der hohen Zinssätze attraktivere Anlagemöglichkeiten boten. Der Marktpreis des Goldes fiel gegen Jahresende ziemlich rasch auf das Niveau der offiziellen Parität. Diese Entwicklung dürfte mit dazu beigetragen haben, dass nach Verhandlungen, die sich über einen längeren Zeitraum erstreckt hatten, gegen Jahresende eine grundsätzliche Verständigung zwischen dem Internationalen Währungsfonds und der Südafrikanischen Republik zustande kam, welche die Übernahme von Gold aus der laufenden Produktion seitens des Währungsfonds ermöglichen soll.

B. Geld- und Währungspolitik der Nationalbank

Allgemeines

Die eidgenössischen Räte brachten im Berichtsjahr durch ihren Beschluss, auf die Vorlage betreffend die Revision des Nationalbankgesetzes nicht einzutreten, eine Wendung in der Diskussion über den gesetzlichen Ausbau des *notenbankpolitischen Instrumentariums*. Der Entscheid der Räte war vornehmlich durch das Zustandekommen eines Rahmenabkommens zwischen der Nationalbank und den Banken mit ähnlichem materiellen Inhalt wie die Gesetzesvorlage bestimmt.

Im Januar hatte die nationalrätliche Kommission, die mit der Vorberatung des Gesetzesentwurfes beauftragt war, zwar grundsätzlich Eintreten auf die Vorlage beschlossen, gleichzeitig aber die Verhandlungen ausgesetzt, um den Banken Gelegenheit zu geben, ihre wiederholt bekräftigte Bereitschaft zur Lösung geldpolitischer Probleme durch Vereinbarungen mit der Nationalbank zu beweisen. Vielerorts geäußerte Bedenken, die sich auf die verfassungsmässige Grundlage des Gesetzesentwurfes sowie auf die gesetzliche Kreditzuwachsbeschränkung bezogen, förderten das Bestreben, den Ausbau des Notenbankinstrumentariums auf den Weg einer verstärkten freiwilligen Zusammenarbeit zwischen Nationalbank und Banken zu verweisen.

Das *Rahmenabkommen* zwischen der Schweizerischen Nationalbank und den Schweizer Banken trat am 1. September in Kraft. Es wurde von fast allen zur Mitwirkung eingeladenen Kreditinstituten, d. h. solchen mit einer Bilanzsumme von mehr als 20 Millionen Franken, unterzeichnet. Diese Vereinbarung, die eine Laufzeit von mindestens fünf Jahren aufweist, übernimmt aus dem Gesetzesentwurf die Bestimmungen über die beiden wichtigsten Instrumente, nämlich die Einforderung von Mindestguthaben und die Begrenzung der Kreditausweitung. Dagegen unterscheidet sie sich in der Regelung der Kompetenzfrage von der Gesetzesvorlage. Während nach dem Gesetzesentwurf der Entscheid über die Festsetzung von Mindestguthaben und Kreditzuwachsraten ausschliesslich beim einstimmigen Direktorium – nach Konsultation einer Vertretung der Banken sowie des Bankausschusses der Nationalbank – gelegen hätte, sieht die Rahmenvereinbarung vor, dass im Falle einer Nichteinigung der beiden Vertragsparteien das Direktorium in Übereinstimmung mit dem Bankausschuss endgültig Beschluss fassen kann.

Die im Januar von der nationalrätlichen Kommission geforderten Verhandlungen behinderten frühzeitige Massnahmen gegen die seit der zweiten Hälfte 1968 immer deutlicher gewordene Kreditexpansion. Die Nationalbank hatte beabsichtigt, parallel zur parlamentarischen Behandlung der Gesetzesvorlage mit der Schweizerischen Bankiervereinigung Richtlinien für die *Begrenzung des Kreditzuwachses* zu vereinbaren und diese schon im Frühjahr zu erlassen. Da die Bankiervereinigung jedoch durch die Bemühungen um das Zustandekommen der Rahmenvereinbarung vollständig absorbiert war und die

Unterschriftensammlung nicht durch eine konkrete kreditpolitische Aktion gefährdet sehen wollte, erwiesen sich Verhandlungen über eine Kreditzuwachsbeschränkung erst in der zweiten Hälfte August als möglich.

Inzwischen hatten sich das inländische Kreditvolumen und insbesondere auch die von den Banken erteilten Kreditzusagen ausserordentlich stark aufgebläht; dies erschwerte es dem Direktorium, das von ihm ursprünglich vorgesehene Ausmass der Reduktion der Kreditexpansion durchzusetzen.

Anfangs September kam eine Vereinbarung zustande, welche die dem Rahmenvertrag angeschlossenen Banken verpflichtete, den Anstieg ihres am 31. August erreichten inländischen Kreditvolumens während der folgenden Zwölfmonatsperiode auf 9% zu begrenzen. Institute, die in den beiden vorangegangenen, jeweils am 30. Juni endenden Zwölfmonatsperioden eine höhere Kreditzuwachsrate als 9% aufwiesen, erhielten einen Zuschlag, welcher der Hälfte der Differenz zwischen dem durchschnittlichen Kreditwachstum der beiden genannten Zeiträume und dem Minimalsatz von 9% entsprach. Dieser Zuschlag wurde auf 2,5% beschränkt; die höchstmögliche Zuwachsrate belief sich daher auf 11,5%. Zur Ermöglichung einer Korrektur behielt sich das Direktorium indessen vor, die Zuwachsraten spätestens nach Ablauf von sechs Monaten einer Revision zu unterziehen. Ende Oktober wurde der Stichtag sowohl als Ausgangspunkt für die Berechnung der Kreditzuwachsrate als auch für die Anrechnung des Kreditzuwachses auf den 31. Juli zurückverlegt.

Nach dem Rahmenvertrag ist die Kreditzuwachsbeschränkung nur einzusetzen, wenn andere, mildere Mittel nicht ausreichen. Es drängt sich daher die Frage auf, warum nicht vorgängig eine Mindestguthabenregelung vereinbart oder andere Massnahmen zur Verminderung der Liquiditätsbasis für eine Kreditexpansion durchgeführt worden sind.

Die Antwort liegt darin, dass der Kreditexpansion keine anormale Erhöhung der Notenbankgeldmenge voranging. Im Gegenteil veranlassten die hohen Zinssätze am internationalen Geldmarkt die Banken, den Bestand an unverzinslicher Kassenliquidität möglichst tief zu halten. Ein Einsatz von Mindestguthaben oder anderen Instrumenten zur Abschöpfung von Mitteln erübrigte sich daher; die Sogwirkung des Euromarktes bewirkte einen umfangreicheren Entzug von Notenbankgeld aus dem inländischen Kreislauf, als dies durch geldpolitische Mittel hätte herbeigeführt werden können.

Indessen hielt die knappe Kassenlage die Banken nicht von einer kräftigen Ausdehnung ihrer inländischen Kredite ab. Die Banken liessen sich in ihrer Kreditpolitik offenbar von der Erwägung leiten, dass sie bei Bedarf jederzeit in der Lage seien, ihre Kasse durch Heimschaffung von Geldern aus dem Ausland zu erhöhen. Dementsprechend vergrösserte sich der vorübergehende Liquiditätsbedarf des Bankensystems auf die wichtigen Bilanztermine hin. Zwischen diesen Terminen unterschritt der Bestand an Noten-

bankgeld meistens das entsprechende Vorjahresniveau, obwohl die kurzfristigen Verpflichtungen der Banken mittlerweile ein sehr starkes Wachstum verzeichneten.

Die Nationalbank legte im Hinblick auf die starke Kreditexpansion und den grossen Devisenzustrom in unser Bankensystem dem Abfluss von Geldern ins Ausland keine Hindernisse in den Weg. Ein eher knapper einheimischer Geldmarkt bildete eine wesentliche Voraussetzung für die Wirksamkeit der Kreditzuwachsbeschränkung. Bei starker Nachfrage nach inländischen Frankenanlagen hätte mit einer zunehmenden Tendenz zu Operationen, die sich von der Kreditzuwachsbeschränkung kaum erfassen lassen, gerechnet werden müssen. Als aber die Verknappung im September extreme Formen annahm und durch entsprechend hohe Zinssätze am kurzfristigen Markt das normale Funktionieren der Geldwirtschaft behinderte, veranlasste die Nationalbank die Grossbanken, ihre Kassenliquidität zu erhöhen.

Die Nationalbank hielt auch an ihrer liberalen *Bewilligungspraxis für die Emission ausländischer Anleihen* in der Schweiz fest. Als die Begebung höher verzinslicher Anleihen im Ausland, namentlich in der Bundesrepublik Deutschland, vorübergehend die Ergebnisse der in der Schweiz aufgelegten Auslandsemissionen beeinträchtigte, verlangsamten die Banken nach Kontaktnahmen mit der Nationalbank von sich aus den Rhythmus der Anleihebelegungen zugunsten ausländischer Schuldner.

Die *Anziehungskraft des Eurodollar-Marktes* für schweizerische Gelder bewirkte eine Hebung des inländischen Zinsniveaus. Sie machte sich zuerst bei den kurzfristigen Termingeldern der Banken bemerkbar. Am Kapitalmarkt, der dem Sog des Auslandes weniger direkt ausgesetzt ist, zeigte sich der Zinsauftrieb etwas später. Relativ gering war bis Jahresende der Einfluss auf die im inländischen Kreditgeschäft geltenden Sätze.

Auch ohne Auslandseinflüsse wäre eine Zinssteigerung wegen der wachsenden Inflationsneigung unvermeidlich eingetreten. Ihr durch Massnahmen zur Ausweitung der Geldmenge zu begegnen, wäre im Hinblick auf die bereits vorhandene Kreditexpansion im Inland und die zunehmende Überhitzung der Wirtschaft nicht angezeigt gewesen. Auf längere Sicht betrachtet, kann die Zinshausse am besten dadurch etwas gemildert werden, dass dem Entstehen einer übermässigen Diskrepanz zwischen der Entwicklung des inländischen Kreditvolumens und dem Wachstum des Sparaufkommens durch die Beschränkung des Kreditzuwachses entgegengewirkt wird.

Angesichts der besonderen schweizerischen Verhältnisse erachtete es die Nationalbank nicht für angezeigt, die nach oben gerichtete Zinstendenz durch eine der Entwicklung vorauseilende *Erhöhung des Diskont- und Lombardsatzes* zu fördern. Erst als sich die Sätze im kurzfristigen Sektor wesentlich über die offiziellen Sätze der Nationalbank gehoben hatten und auch eine Erhöhung der Kassenobligationensätze bei Kantonalbanken und Grossbanken erfolgt war, nahm die Nationalbank Mitte September eine An-

passung des Diskont- und Lombardsatzes an die veränderte Marktlage vor. Mit diesem Schritt verfolgte sie nicht zuletzt den Zweck, den Weg für eine Erhöhung der Diskontsätze für Pflichtlagerwechsel freizulegen und dadurch der Neigung der Banken, diese zinsmässig uninteressant gewordenen Papiere an die Notenbank abzuschieben und sie damit zur zusätzlichen Notenbankgeldschöpfung zu zwingen, entgegenzuwirken.

Die Nationalbank gab sich allerdings darüber Rechenschaft, dass mit der Diskont- und Lombardsatzerhöhung die Gefahr einer übermässigen Beanspruchung des Notenbankkredites noch nicht gebannt war. Auch die neuen offiziellen Sätze lagen weit unter der für Frankenanlagen am Euromarkt erzielbaren Rendite, so dass Zinsarbitragegeschäfte über den Notenbankkredit nach wie vor interessant erschienen. Deshalb mussten auch qualitative und quantitative Schranken gegen eine unangemessene Kreditbeanspruchung aufgerichtet werden. In diesem Sinne wurden Banken, die sich bei ihrer Liquiditätspflege zu stark auf die Kredithilfe der Nationalbank abgestützt hatten, auf die grundsätzlich kurzfristige Natur des Notenbankkredites aufmerksam gemacht und gleichzeitig darauf hingewiesen, dass die Nationalbank nur zur Überbrückung temporärer, trotz angemessener Kassenhaltung nicht vermeidbarer Engpässe in Anspruch genommen werden sollte. Mit den Grossbanken wurden auf die Bilanztermine der zweiten Jahreshälfte hin Abmachungen über den Gesamtbetrag der zulässigen Kreditbenützung getroffen. Ferner reduzierte die Nationalbank schrittweise das Volumen der namentlich bei Grossbanken liegenden Geldmarktpapiere, die auf Grund früher erteilter Zusagen bisher ausserhalb der ordentlichen Diskontlimiten über Monatsende bei der Nationalbank eingereicht werden konnten. Das galt vor allem für die von der BIZ ausgestellten und bei schweizerischen Grossbanken plazierten Eigenwechsel. Anlässlich der Verlängerung bzw. Erneuerung dieser Papiere behielt sich die Nationalbank vor, ihre Belehnung der Diskont- oder Lombardlimite des einreichenden Instituts anzurechnen.

Die *Aufwertung der D-Mark* im Oktober könnte die Wirksamkeit der restriktiven monetären Politik in der Schweiz vermindern. Unmittelbar nach der Freigabe des D-Mark-Kurses und in verstärktem Masse nach der formell vollzogenen Aufwertung strömten Gelder aus der Bundesrepublik in die Schweiz. Obwohl die diesbezüglichen Devisen von den Banken zur Hauptsache auf dem Eurogeld-Markt angelegt wurden, schlug sich ein Teil des Gegenwertes in Form von Frankengutschriften nieder, die sich von den Kontoinhabern unter anderem zum Ankauf schweizerischer Anlagewerte verwenden lassen. Dazu kommt, dass die Verbesserung der Wettbewerbsstellung unserer Exportwirtschaft zusammen mit der aufwertungsbedingten Verteuerung der Einfuhren aus Deutschland die Inflationstendenzen in unserem Lande verstärken. Gegen eine Aufwertung des Schweizerfrankens als Korrektiv sprachen gewichtige Gründe, so dass auf eine Paritätsänderung verzichtet wurde.

Die Geldpolitik wäre in dieser Situation eindeutig überfordert, hätte sie die ganze Last der Inflationsbekämpfung allein zu tragen. Erfreulicherweise gewann gegen Ende des Berichtsjahres die Einsicht an Boden, dass es hierfür eines umfassenden Programmes bedürfe. Dementsprechend standen am Jahresende verschiedene Massnahmen zur Dämpfung der Auftriebstendenzen in Prüfung.

Schweizerische Währungskooperation mit dem Ausland

Die Währungszusammenarbeit der Schweiz mit dem Ausland führte im Berichtsjahr zu keiner Erhöhung der Zusagen für Stützungskredite.

Die Nationalbank sicherte Dollarbeträge, die ihren üblichen Bestand erheblich überstiegen, gegen allfällige Kursrisiken, indem sie die Federal Reserve Bank of New York veranlasste, die Swap-Vereinbarung mit ihr in Anspruch zu nehmen. Die zur Abtragung der daraus entstandenen Swap-Verbindlichkeiten erforderlichen Schweizerfranken beschafften sich die amerikanischen Währungsbehörden zum Teil, indem sie auf Schweizerfranken lautende Schuldverschreibungen des amerikanischen Schatzamtes an die Nationalbank sowie an die BIZ abtraten. Die BIZ erwarb ihrerseits die hiezu benötigten Schweizerfranken durch Abgabe von Solawechseln an den schweizerischen Markt. Zum grösseren Teil konnten die Währungs-Swaps aus Dollarverkäufen an den Markt und an den Bund sowie durch Konversion von 25 Millionen Dollar in Gold bei den amerikanischen Währungsbehörden abgebaut werden.

Das Engagement der Nationalbank aus Währungshilfeaktionen zugunsten des Auslandes verminderte sich im Berichtsjahr um 68 Millionen auf 237,5 Millionen Dollar bzw. 1025 Millionen Franken. Davon waren am Jahresende nur 137,5 Millionen Dollar effektiv beansprucht. Die von Grossbritannien in Anspruch genommene Währungshilfe, die sich anfangs 1969 auf 82 Millionen Dollar belaufen hatte, wurde im Berichtsjahr um 44,5 Millionen Dollar (190 Millionen Franken) auf 37,5 Millionen Dollar (162 Millionen Franken) abgebaut. Grossbritannien zahlte den Rest des im Mai 1965 im Anschluss an eine Stützungsoperation des IMF und der «Zehner-Gruppe» von der Nationalbank erhaltenen Kredites zurück. Ferner beglich Grossbritannien die noch ausstehende Schuld eines ihm vor der Pfundabwertung im November 1967 durch Vermittlung der BIZ gewährten Darlehens. Die Amortisation der Verpflichtungen aus dem ersten Group Arrangement erfolgt in acht vierteljährlichen Raten. Durch die beiden im September und – vorzeitig – im November vorgenommenen Rückzahlungen reduzierte sich die schweizerische Forderung von 50 Millionen auf 37,5 Millionen Dollar bzw. von 216 Millionen auf 162 Millionen Franken. Die von der Schweiz im Rahmen des sogenannten zweiten Group Arrangements erteilte Kreditzusage wurde von Grossbritannien bisher nicht beansprucht. Sie beträgt unverändert 100 Millionen Dollar oder 431 Millionen Franken und ist weiterhin in Kraft.

Die Stützungshilfe an Grossbritannien einschliesslich der nicht benützten Kreditzusage fällt gemäss Bundesbeschluss vom 4. Oktober 1963 über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen unter die Übernahmegarantie des Bundes; diese ist auf einen Gesamtbetrag von 200 Millionen Dollar bzw. 865 Millionen Franken limitiert.

Die Nationalbank hatte sich im November 1968 an einem der Banque de France von einer Gruppe von Notenbanken und der BIZ eingeräumten Stand-by-Kredit von gesamthaft 2 Milliarden Dollar mit einer auf 100 Millionen Dollar begrenzten Kreditzusage beteiligt. Frankreich nahm die schweizerische Quote im Verlaufe des ersten Halbjahres voll in Anspruch. Die Nationalbank errichtete zu diesem Zwecke dreimonatige Dollardepots bei der Banque de France. Sie wurden in der Folge dreimal um je weitere drei Monate verlängert und waren am Jahresende noch ausstehend.

Die Nationalbank war auch im abgelaufenen Jahr an den Beratungen vertreten, die im Rahmen der BIZ, der verschiedenen OECD-Kommissionen sowie der «Zehner-Gruppe» zur Erörterung der aktuellen internationalen Währungsprobleme stattfanden.

*Aufstellung über die
Währungshilfeaktionen
der Schweizerischen
Nationalbank
im Jahre 1969*

	Ursprünglicher Betrag der eingeräumten Kreditlimiten		Rückzahlungen im Jahre 1969		Ende 1969 ausstehende Kredite	
	Mio Dollar	Mio SFr.	Mio Dollar	Mio SFr.	Mio Dollar	Mio SFr.
* Kredit vom Mai 1965 an Grossbritannien im Anschluss an eine Stützungsaktion von IMF und «Zehner-Gruppe» (Bilanzposition: Kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Notenbanken)	40	174	25	108	getilgt	
* Kredit vom Juni 1966 an die BIZ im Rahmen der Notenbankhilfe an Grossbritannien zum Ausgleich von Abzügen von Sterling-Guthaben (1. Group Arrangement) (Bilanzposition: Devisen)	50	216	12½	54	37½	162
* Kredit vom November 1967 an die BIZ in Form eines Gold-Franken-Swaps im Rahmen der Notenbankhilfe an Grossbritannien zur Erleichterung einer Rückzahlung von Ziehungen auf den IMF vor der Pfund-Abwertung (Bilanzposition: Gold)	15	66	7	28	getilgt	
* Kreditzusage vom September 1968 an die BIZ im Rahmen der Kreditzusage der Notenbanken als Rückendeckung für die Vereinbarung der BIZ mit der Bank of England zum Ausgleich von Abzügen von Pfund-Guthaben der Länder der Sterling-Zone (2. Group Arrangement)	100	431	—	—	unbenützt	
Kreditzusage vom November 1968 an Frankreich im Rahmen der Notenbankhilfe anlässlich der Spekulation um eine D-Mark-Aufwertung und eine Franc-Abwertung (Bilanzposition: Devisen)	100	431	—	—	100	431
Total			44½	190	137½	593

* Mit Übernahmegarantie des Bundes im Rahmen des Bundesbeschlusses vom 4. Oktober 1963.

C. Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft

Konjunkturverlauf

Der Wachstumssatz des *realen Bruttosozialproduktes* erhöhte sich von 4% im Jahre 1968 auf schätzungsweise 5% im Berichtsjahr. Die einzelnen Komponenten zeigten die folgenden realen Wachstumsraten: Die Nachfrage des Auslands nach schweizerischen Gütern und Dienstleistungen nahm um rund 12% zu, d. h. etwas rascher als im Vorjahr, in welchem sich der Anstieg auf knapp 10% belaufen hatte. Die Expansion der Inlandsnachfrage beschleunigte sich von 3% auf 5%, was zur Hauptsache auf der Belegung der Investitionstätigkeit beruhte. Die Zuwachsrate der Bruttoinlandinvestitionen wird auf 6% veranschlagt, verglichen mit 4% im Jahre 1968. Auch der private Verbrauch dehnte sich aus. Sein Wachstum dürfte 4% überstiegen haben, nachdem es im vorangegangenen Jahre nur knapp 3% betragen hatte. Die laufenden Ausgaben der öffentlichen Hand zeigten eine Steigerung um rund 4%, gegenüber 2% im Jahre 1968.

Die Zahl der *Beschäftigten* wuchs um rund 1%, wobei der Anstieg teils auf eine leichte Zunahme der inländischen Erwerbsbevölkerung, teils auf eine geringfügige Erhöhung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte zurückzuführen ist. Die Industrie beschäftigte weniger Arbeiter als ein Jahr zuvor. Der Abnahme stand indessen wie bereits im Jahre 1968 eine vermehrte Beschäftigung von Angestellten gegenüber. Im Dienstleistungssektor, insbesondere im Bank- und Versicherungswesen, stieg die Beschäftigungskurve deutlich weiter an.

Der Bestand an kontrollpflichtigen *ausländischen Arbeitskräften* bezifferte sich Ende August 1969 auf 659 000 und verzeichnete innert Jahresfrist eine Zunahme um 11 000 oder 1,7%. An dieser Erhöhung waren vor allem Saisonarbeiter und Grenzgänger beteiligt. Rund 15 000 ausländische Arbeitskräfte wurden im Jahre 1969 durch Erteilung einer Niederlassungsbewilligung aus der Kontrollpflicht entlassen.

Die bereits im Jahre 1968 in Gang gekommene Belegung der *Bautätigkeit* intensivierte sich. So stieg die reale Jahreszuwachsrate der Bauinvestitionen von 3,5% auf 7,5%. Hiezu trug u. a. die Zunahme der industriellen und gewerblichen Bauten bei, die von 1964 bis 1967 rückläufig gewesen waren oder stagniert hatten.

Die Wohnbautätigkeit bewegte sich weiterhin auf einem hohen Niveau. Die Zahl der in den 65 Städten neu erstellten Wohnungen belief sich auf 20 463 und war um 8,1% grösser als im Vorjahr. Noch stärker ist die Produktion im Umkreis der grossen Städte gestiegen.

Als Folge des anhaltend hohen Wohnungsbedarfs, der regen Wohnbautätigkeit und einer von Geldzuflüssen aus dem Ausland belebten Nachfrage nach schweizerischen Sachwerten zogen die Grundstückspreise sowohl in den städtischen Agglomerationen als auch in den ländlichen Gegenden an. Gleichzeitig beschleunigte sich der Anstieg

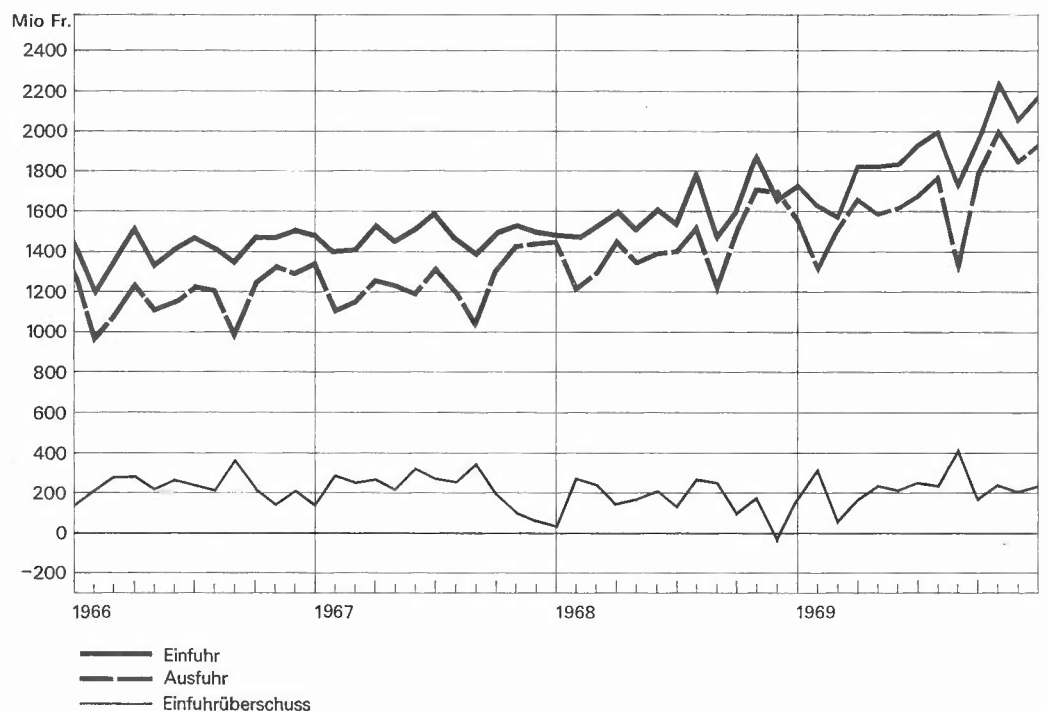
der Baukosten. Der Zürcher Baukostenindex, welcher über die Veränderung der Offertpreise im Wohnungsbau Aufschluss gibt, lag anfangs Oktober um 6,3% über dem Vorjahresstand, verglichen mit einer Steigerung um 1,2% in der vorangegangenen Zwölfmonatsperiode.

Die Entwicklung der *Bauvorhaben* lässt eine Fortsetzung der regen Bautätigkeit erwarten. So stellte sich die Zahl der in den 65 Städten erteilten Wohnbaubewilligungen auf 29 440 und war um 18,7% grösser als im Vorjahr. Jene der begutachteten Fabrikbauvorlagen übertraf mit 3454 das Vorjahresniveau um 7,9%. Besonders ausgeprägt war die Steigerung der Bauvorhaben im Bereich der industriellen Neu- und Erweiterungsbauten. Diese übertrafen das Vorjahresergebnis der Anzahl nach um 13,3%, mit Bezug auf das Raumvolumen sogar um 35,8%.

Die Entwicklung des *Aussenhandels* war durch eine sehr kräftige Zunahme des Imports und ein noch leicht verstärktes Wachstum des Exports gekennzeichnet. In der zweiten Jahreshälfte war der prozentuale Zuwachs gegenüber dem Vorjahr bei der Einfuhr grösser als bei der Ausfuhr.

Die anhaltende Zunahme der Auslandsnachfrage führte zu einer kräftigen Steigerung der Produktion und zu einer entsprechenden Erhöhung des Imports von Rohstoffen, Halbfabrikaten sowie von Investitionsgütern. Gleichzeitig war sowohl im Produktions-

Handelsbilanz



bereich wie auch vor allem im Verteilungssektor das Bestreben sichtbar, die Lagerbestände nach Möglichkeit niedrig zu halten.

Die Einfuhr belief sich auf 22 734 Millionen Franken. Ihre Wachstumsrate bezifferte sich auf 17,0%, gegenüber 9,2% im Jahre 1968. Der Import von Rohstoffen und Halbfabrikaten stieg um 20,7%, jener von Konsumgütern um 17,8%; die Einfuhr von Investitionsgütern nahm um 12,6% zu.

Die Warenausfuhr stellte sich auf 20 009 Millionen Franken, was einer Zuwachsrate von 15,3% entspricht, verglichen mit 14,4% im Jahre zuvor. Wenn sich der Export nicht noch kräftiger erhöhte, so war dies vor allem darauf zurückzuführen, dass die Produktionskapazität zahlreicher schweizerischer Exportunternehmungen voll ausgelastet war.

Vom Mehrexport im Betrage von 2,7 Milliarden Franken entfielen 1361 Millionen auf die Metallindustrie, 754 Millionen auf die chemische Industrie, 257 Millionen auf die Textilindustrie und 174 Millionen auf die Nahrungsmittelindustrie.

Im Gegensatz zum Jahre 1968 lag das Schwergewicht der Exportsteigerung bei der Ausfuhr nach europäischen Ländern, insbesondere in den EWG-Raum. Der Export nach den Ländern des Gemeinsamen Marktes nahm um 18,2% zu, wobei die Lieferungen nach Westdeutschland eine Steigerung um 23,2% und jene nach Italien und Frankreich eine solche um 15,9 bzw. 14,8% verzeichneten. Die starke Erhöhung der deutschen Nachfrage nach schweizerischen Gütern war sowohl auf die konjunkturelle Überhitzung in der Bundesrepublik als auch auf die dort im November 1968 eingeführte Ermässigung der Importabgaben um 4% sowie auf die Aufwertung der D-Mark vom Oktober 1969 zurückzuführen. Die Exporte in den EFTA-Raum nahmen um insgesamt 13,6% zu, bei allerdings unterschiedlichen Wachstumsraten der Lieferungen nach den einzelnen Ländern. Die Exporte nach Grossbritannien und Schweden expandierten weniger kräftig als jene nach den übrigen EFTA-Staaten. Die Verkäufe nach den Vereinigten Staaten lagen wertmässig nur leicht über dem Vorjahresbetreffnis. Deren Zuwachsrate ging von 14,5% im Jahre 1968 auf 5,8% im Berichtsjahr zurück. Hierin widerspiegelt sich das verlangsamte Wirtschaftswachstum in den USA. Die Verringerung wurde indessen durch Mehrlieferungen nach verschiedenen anderen Überseeländern, vor allem nach Japan, weitgehend wettgemacht.

Das Defizit der *Handelsbilanz* belief sich auf 2 725 Millionen Franken. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine Zunahme um 650 Millionen Franken oder 31,3%. Die Erhöhung des Handelsbilanzdefizites beruhte teils auf der beschleunigten Steigerung der mengenmässigen Importbezüge, teils auf der Verschlechterung der «terms of trade», indem die Importpreise, insbesondere jene der Rohstoffe, stärker stiegen als die Exportpreise. Der Zunahme des Handelsbilanzdefizites standen höhere Überschüsse der Dienst-

leistungsbilanz gegenüber, bedingt u. a. durch den Anstieg der Nettoeinnahmen aus dem Tourismus und höhere Erträge aus Kapitalanlagen im Ausland, so dass der Überschuss der Ertragsbilanz den Vorjahresbetrag von 2,3 Milliarden Franken knapp erreichen dürfte.

Der Konjunkturaufschwung im In- und Ausland begünstigte den *Fremdenverkehr*, welcher durch die guten Schneeverhältnisse in den Wintersportgebieten sowie durch das sonnige Sommer- und Herbstwetter zusätzlich gefördert wurde. Die Gesamtzahl der Übernachtungen in Hotel- und Kurbetrieben erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 3,6%. Der Anstieg war bei den Inland- und Auslandsgästen annähernd gleich groß. In der Zusammensetzung der Frequenzen traten einige Verschiebungen ein. So wurde einerseits der Zustrom von Besuchern aus dem Ausland, namentlich aus Frankreich und Grossbritannien, durch Streiks und soziale Unruhen, durch Devisenrestriktionen sowie durch die Abwertung des französischen Frankens beeinträchtigt; andererseits nahm die Besucherzahl aus Deutschland und aus einigen Überseeländern, vor allem aus den USA, zu. Der gegenüber dem Vorjahr erhöhte Anteil der aussereuropäischen Feriengäste wirkte sich auf die Bilanz der Einnahmen und Ausgaben im Fremdenverkehr insofern günstig aus, als diese Gäste mehrheitlich in Hotelbetrieben der oberen Preiskategorien logieren. Im Zusammenhang damit stiegen die Frequenzziffern in den grossen Städten überdurchschnittlich an.

Der Reiseverkehr der *Schweizerischen Bundesbahnen*, welcher in den ersten Monaten des Berichtsjahres stagnierte, belebte sich spürbar in der zweiten Jahreshälfte. Hiezu trug vor allem die Zunahme des internationalen Reiseverkehrs bei. Der bereits im Vorjahr beobachtete Anstieg des Güterverkehrs setzte sich in beschleunigtem Tempo fort. Trotz wiederholter Arbeitsniederlegungen in Italien und Frankreich nahm der Transitverkehr um 10% zu. Der Binnenverkehr dehnte sich um 6% aus.

Gesamthaft betrachtet wurde die Produktion in der *Landwirtschaft* durch die Witterungsverhältnisse günstig beeinflusst. Bei den Feldfrüchten lagen die Hektarerträge zwar leicht unter dem Vorjahresbetreffnis, während die Qualität der Ernten das Vorjahresniveau erheblich übertraf. Bei den Obstkulturen konnte eine sehr grosse Ernte, namentlich an Kernobst, eingebracht werden. Die Heuernte blieb sowohl hinsichtlich des Hektarertrages wie auch bezüglich der Qualität hinter derjenigen von 1968 zurück. Dank dem Rückgang des Rindviehbestandes, der Beschränkung der Produktion an Verkehrsmilch und der Zunahme der Nachfrage nach Milch und Milchprodukten verminderte sich das im Vorjahr in der Milchwirtschaft eingetretene Überangebot spürbar, was zur Folge hatte, dass die durch den Bundesratsbeschluss vom 23. Oktober 1968 vorgesehene, jedoch aufgeschobene Kontingentierung der Milcheinlieferungen nicht in Kraft gesetzt werden musste. Nach vorläufigen Schätzungen des Schweizerischen Bauernsekretariates war der Endrohertrag mit 4177 Millionen Franken um 0,4% kleiner als im Jahre 1968. Verschie-

dene Kostenkomponenten, so die Barlöhne für landwirtschaftliche Arbeiter und der Zinsanspruch für das investierte Kapital, stiegen weiter an.

Nach mehreren Jahren verlangsamten Wachstums konnte in der Entwicklung des *privaten Konsums* eine deutliche Beschleunigung festgestellt werden. Die Ausgaben der privaten Haushalte für Güter und Dienstleistungen erhöhten sich um 7,2%, gegenüber 5,7% im Jahre 1968. Die Wertumsätze des Detailhandels, welche für den privaten Güterkonsum repräsentativ sind, stiegen um 6,9%, was den Schluss zulässt, dass der private Güterkonsum und der Konsum von Dienstleistungen im Gleichschritt expandierten.

Die *öffentlichen Ausgaben* verzeichneten einen verstärkten Anstieg. Nach provisorischen Schätzungen nahmen die laufenden Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie der öffentlichen Sozialversicherungen um 9,0% zu, gegenüber 6,9% im Vorjahr. Die Ausgabensteigerung im Betrage von 795 Millionen Franken entfiel grösstenteils auf Mehrausgaben des Bundes. Der Finanzvoranschlag des Bundes für 1969 sah gegenüber dem Budget für 1968 bei den Ausgaben eine Erhöhung um 655 Millionen oder um 10,1% auf 7153 Millionen Franken und bei den Einnahmen um 400 Millionen oder 6,3% auf 6719 Millionen vor. Dank der konjunkturbedingten günstigen Gestaltung der Einnahmen dürfte der tatsächliche Ausgabenüberschuss aber erheblich unter dem budgetierten Betrag von 434 Millionen Franken liegen.

Für 1970 ist beim Bund mit einer Verlangsamung der Ausgabensteigerung und mit einer Verminderung des Ausgabenüberschusses zu rechnen. Im Budget (Finanzvoranschlag) für das Jahr 1970 sind die Ausgaben auf 7594 Millionen Franken und die Einnahmen auf 7571 Millionen Franken veranschlagt, so dass der budgetierte Ausgabenüberschuss lediglich 23 Millionen beträgt. Im Vergleich zum Budget 1969 beziffert sich die Erhöhung bei den Ausgaben, inbegriffen die Kantonsanteile an den Bundeseinnahmen, auf 441 Millionen Franken oder 6,2%, jene der Einnahmen auf 852 Millionen oder 12,7%.

In einzelnen Bereichen der Wirtschaft beschleunigte sich der *Preisanstieg*, wobei die Teuerung durch ausländische Einflüsse gefördert wurde. Der Schwerpunkt der in-landbedingten Preissteigerung lag auf dem Bau- und Grundstückmarkt sowie auf dem Gebiet der arbeitsintensiven Dienstleistungen.

Der Index der *Grosshandelspreise* zeigte in den ersten Monaten des Berichtsjahres einen verhältnismässig geringen Anstieg. In der zweiten Jahreshälfte tendierte er indessen in stark beschleunigtem Tempo nach oben. Dabei war die Verteuerung bei den Importwaren rund dreimal grösser als bei den Inlandwaren. Ende Dezember lag der Index der Grosshandelspreise 5,0% über dem Vorjahresstand, während die Anstiegsrate im Jahre 1968 lediglich 0,3% betragen hatte.

Die Aufwärtsbewegung der im Landesindex der *Konsumentenpreise* erfassten Waren- und Dienstleistungspreise setzte sich ebenfalls fort, doch war der Preisanstieg geringer als die Erhöhung der Grosshandelspreise und der Baukosten. Die auf den vorgelagerten Produktionsstufen bereits eingetretene Teuerung pflegt sich jedoch in der Bewegung der Konsumentenpreise erst mit zeitlichem Abstand niederzuschlagen. Der Index verzeichnete einen Anstieg um 2,3%, verglichen mit 2,2% im Jahre 1968. Ausschlaggebend für die Zunahme waren Preiserhöhungen im Dienstleistungssektor, wogegen Preisaufschläge bei einzelnen Konsumgütern durch Preisrückgänge anderer Waren teilweise kompensiert wurden.

Als Folge des allgemeinen Konjunkturaufschwungs und des verschärften Wettbewerbs um die Arbeitskräfte blieben auch die *Löhne* in Bewegung. Die Lohnsätze in der Industrie stiegen wie im Vorjahr um 4,1%. Dabei ist aber zu beachten, dass die Bewegung der Lohnsätze unter den heutigen Verhältnissen die wirkliche Lohnentwicklung nur unvollständig wiedergibt, weil in ihr individuelle Lohnerhöhungen nicht zum Ausdruck kommen.

Währungsreserven und Devisenmarkt

Die *Währungsreserven* der Nationalbank (Gold, Devisen und ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken) hatten sich Ende 1968 auf 18399 Millionen Franken belaufen. Ende 1969 betrug sie 19078 Millionen Franken. Werden die mit den Banken über Jahresende gewapten Dollars ausgeklammert, so ergibt sich ein Nettobestand an Währungsreserven von 15193 Millionen Franken Ende 1968 und von 15673 Millionen Ende 1969. Die Zunahme der Währungsreserven war somit wesentlich kleiner als der Überschuss der Ertragsbilanz. Das bedeutet, dass die Mittelzuflüsse aus dem Ausland durch Geld- und Kapitalexporte mehr als wettgemacht wurden.

Die Entwicklung der Währungsreserven wurde vor allem durch die Veränderungen im Bestand an Dollars und ausländischen Schatzanweisungen in Schweizerfranken bestimmt. Die Bewegungen im Goldvorrat hielten sich in engem Rahmen.

Vom *Goldbestand* von 11356 Millionen Franken Ende 1968 waren 28 Millionen auf Swaps mit der BIZ entfallen. Diese Operationen wurden im Berichtsjahr aufgelöst, was einen entsprechenden Goldabgang zur Folge hatte. Andererseits ergab sich ein Goldzugang aus der Umwandlung von Dollars im Gegenwert von 108 Millionen Franken beim amerikanischen Schatzamt. Am Jahresende stellte sich der Goldvorrat auf 11435 Millionen Franken.

Der *Devisenbestand* belief sich Ende 1968 auf 5601 Millionen Franken, wovon Dollars im Gegenwert von 3206 Millionen Franken mit den Banken gewappt waren. Die Liquidation dieser Swaps, Dollarverkäufe an den Markt und an den Bund sowie die erwähnte Umwandlung von Dollars in Gold und amerikanische Frankenpapiere liessen

die Devisenreserven bis Mitte März auf 1044 Millionen Franken absinken. Durch Dollarzessionen der Banken stiegen sie bis Ende März wieder auf 2072 Millionen Franken an. In der Folge trat ein erneuter Abgang ein, der den Dollarbestand bis Ende der ersten Septemberwoche auf 1105 Millionen Franken zurückbrachte. Zum Teil war die Verminderung wiederum auf den Kauf amerikanischer Franken-Schuldverschreibungen, zum grösseren Teil aber auf Dollarabgaben an den Markt und an den Bund zurückzuführen. Dollarabtretungen der Banken im September und Oktober waren hauptsächlich dafür verantwortlich, dass die Devisenreserven bis Mitte Oktober auf 2898 Millionen anstiegen. Die sprunghafte Zunahme um 3269 Millionen Franken im Dezember beruhte auf kurzfristigen Dollar-Franken-Swaps, die mit den Banken zur Überbrückung des Jahresultimos abgeschlossen wurden.

Zum Zwecke der Kurssicherung von Dollars wurde im Berichtsjahr verschiedentlich die Swap-Vereinbarung mit der Federal Reserve Bank of New York aktiviert. Von dem Ende 1969 ausgewiesenen Devisenbestand von 5793 Millionen Franken waren Dollars im Gegenwert von 4619 Millionen Franken kursgesichert, wovon 3406 Millionen durch Swaps mit Banken.

Der Bestand an *ausländischen Schatzanweisungen in Schweizerfranken* nahm im Jahresverlauf um 409 Millionen auf 1851 Millionen Franken zu. Die Erhöhung stand im Zusammenhang mit der Abtragung von Swap-Verpflichtungen durch die Federal Reserve Bank of New York. Dollars, die im Rahmen der mit der amerikanischen Währungsbehörde bestehenden Swap-Vereinbarung kursgesichert waren, wurden durch die Abtretung von auf Schweizerfranken lautenden Schuldverschreibungen des amerikanischen Schatzamtes abgelöst.

Die Ausweisposition «*Kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Notenbanken*», die Ende 1968 noch mit 108 Millionen Franken zu Buch gestanden hatte, fiel im Berichtsjahr infolge von Kreditrückzahlungen durch die Bank of England weg.

Die Entwicklung am schweizerischen *Devisenmarkt* blieb trotz den bewegten Vorgängen auf dem internationalen Währungsgebiet von grösseren Erschütterungen frei. Die durch die hohen Zinssätze am Eurogeld-Markt bewirkte Neigung zu Geldexporten und die Erleichterung der Ultimofinanzierung durch die Nationalbank stützten den Dollarkurs, so dass er sich während der meisten Zeit des Jahres etwas über dem Ankaufskurs der Notenbank von 4.29½ hielt. Ende März und Ende September/Anfang Oktober, als die Banken wegen ihrer knappen Kassenlage von der Nationalbank zu Repatriierungen veranlasst wurden, sank er auf den unteren Interventionspunkt.

Der *Goldpreis* in Zürich erreichte im März mit knapp 44 Dollar pro Feinunze den Höchststand des Jahres. Im Sommer setzte ein Preisrückgang ein, der sich im November und Dezember beschleunigte. Da der Abgabedruck zeitweise auf der Nachfrageseite

ins Leere stiess, sank der von den schweizerischen Grossbanken notierte Ankaufrkurs an einigen Tagen etwas unter den Preis für monetäres Gold von 35 Dollar je Feinunze.

Geld- und Kapitalmarkt

Von relativ kurzen Perioden abgesehen, stand der schweizerische *Geldmarkt* vorwiegend im Zeichen der Anspannung. Der Sog des Eurodollar-Marktes veranlasste die Banken und die übrige Wirtschaft zur Verlagerung von Geldern ins Ausland, wodurch sich die inländische Liquiditätslage verknappte.

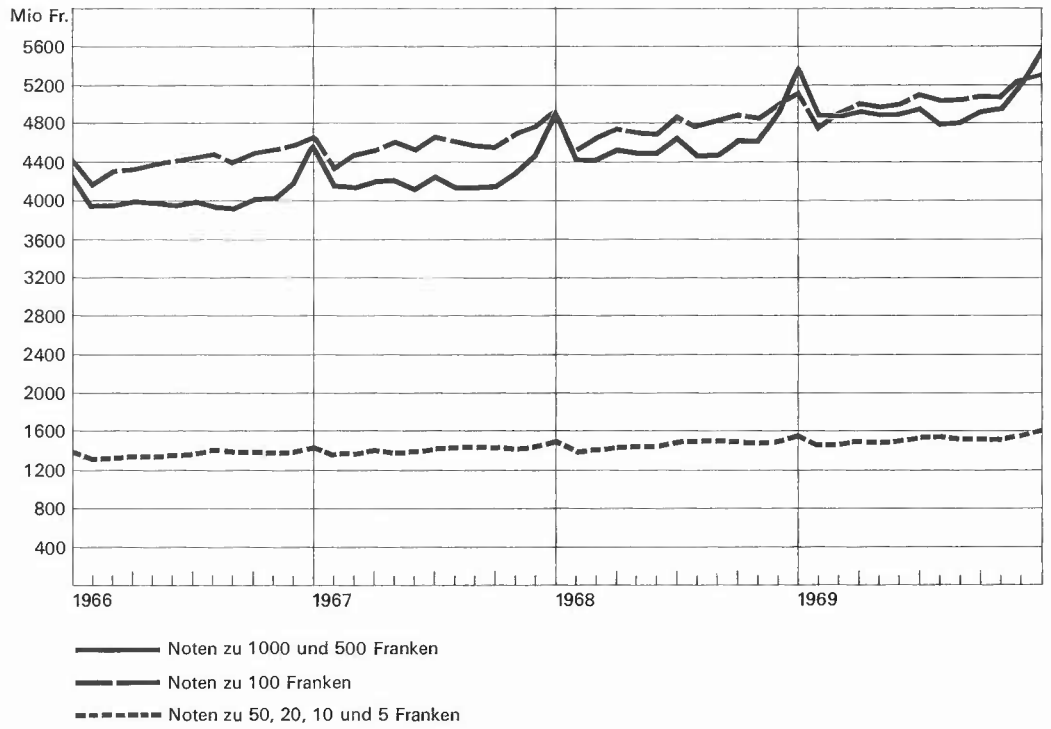
Die Verhältnisse am Geldmarkt widerspiegeln sich in der Bewegung der *Giro Guthaben* bei der Nationalbank, die zwischen den wichtigen Bilanzterminen der Banken oft den entsprechenden Vorjahresstand unterschritten. Ende Dezember 1969 beliefen sich die Giro Guthaben von Banken, Handel und Industrie auf 6353 Millionen Franken, verglichen mit 5776 Millionen Ende 1968. An beiden Zeitpunkten waren jedoch die Guthaben durch umfangreiche Ultimohilfen der Nationalbank stark aufgebläht.

Das *Guthaben des Bundes* bei der Nationalbank wies im Jahresverlauf wie üblich starke Schwankungen auf, die hauptsächlich durch die Bewegung der Postcheckguthaben verursacht wurden. Nur bei vereinzelt Engpässen sah sich der Bund gezwungen, für wenige Tage und in relativ geringen Beträgen den Notenbankkredit durch Einreichung von amerikanischen Schatzanweisungen in Schweizerfranken zu beanspruchen. Im Januar plazierte die Nationalbank für den Bund kurzfristige Reskriptionen im Betrage von 200 Millionen Franken bei den Banken, um den saisonüblichen Tiefstand der Bundesresorerie zu überbrücken. Die Papiere wurden Mitte Februar aus dem Erlös einer Bundesanleihe zurückbezahlt. Im übrigen aber erlaubte es der im allgemeinen günstige Stand des Bundesguthabens, kurzfristige zinstragende Anlagen, insbesondere bei der BIZ, zu tätigen. Ferner trat die Nationalbank dem Bund im November vorübergehend 50 Millionen kursgesicherte Dollars zu Anlagezwecken ab. Das Portefeuille des Bundes an amerikanischen, auf Franken lautenden Schuldverschreibungen blieb im Berichtsjahr mit 480 Millionen Franken unverändert.

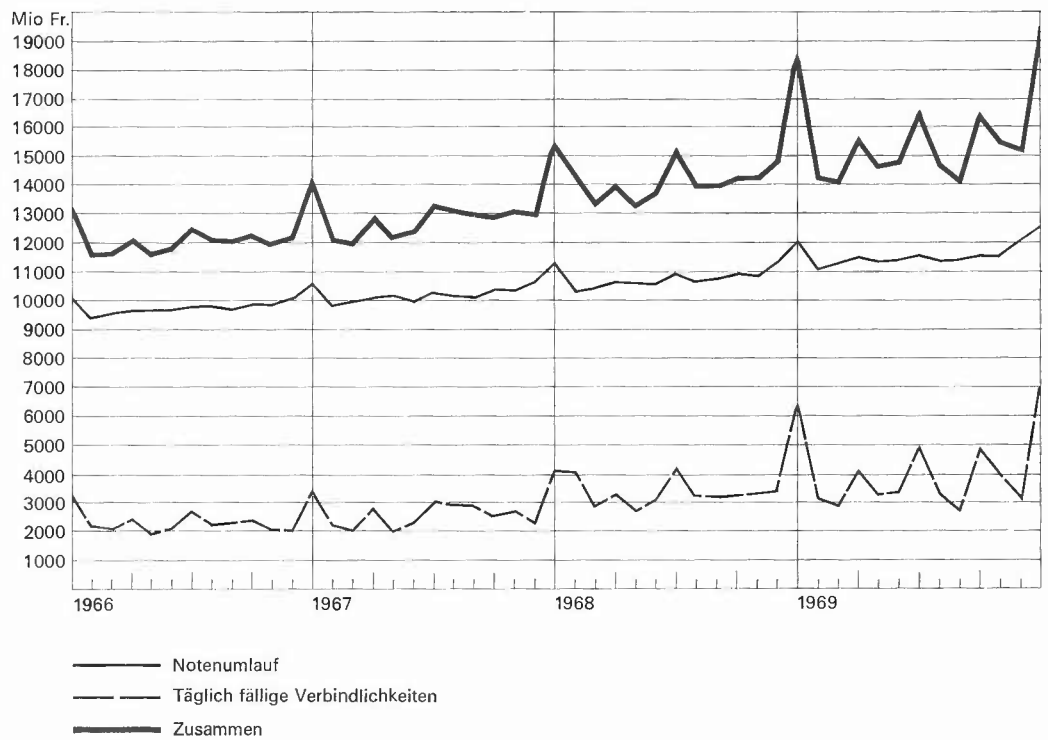
Der *Notenumlauf* nahm weiter zu; die Ausweitung fiel jedoch etwas schwächer aus als im Jahre 1968, so dass sich die am jeweiligen Vorjahresstand gemessenen Zuwachsraten verringerten. Im Januar belief sich dieser Wachstumssatz auf durchschnittlich 7,3%; im Dezember stellte er sich auf 4,9%. Am Jahresende erreichte der Notenumlauf 12518 Millionen Franken, was beim Vergleich mit dem Stand vor Jahresfrist einer Zunahme um 471 Millionen oder 3,9% entspricht.

Die Beanspruchung des *Notenbankkredits* war erheblich grösser als im Vorjahr. Insbesondere die Banken benützten diese zinsmässig interessante Kreditquelle zur Aufstockung ihrer Kasse an den Bilanzterminen.

*Gliederung
des Notenumlaufs*
Am Monatsende



*Notenumlauf und
täglich fällige
Verbindlichkeiten*
Am Monatsende



Im Jahresdurchschnitt belief sich der Bestand an *Inlandwechseln* (mit Einschluss der Schatzanweisungen des Bundes) auf 203 Millionen Franken, gegenüber 108 Millionen im Vorjahr. An den Quartalsenden handelte es sich zur Hauptsache um Eigenwechsel der BIZ, die von Grossbanken jeweils für einige Tage in Pension gegeben wurden. Kleinere Beträge entfielen auf Schatzanweisungen des Bundes sowie auf Handels- und Pflichtlagerwechsel.

Der Bestand an *Pflichtlagerwechseln* im Portefeuille der Nationalbank stellte sich im Jahresmittel auf 74 Millionen Franken, verglichen mit 79 Millionen im Vorjahr. Der größte Teil dieser Wechsel wurde von der Nationalbank direkt diskontiert, war also nicht von Banken eingereicht worden. Ende 1969 belief sich die Zahl der Lagerverträge insgesamt auf 2864 und der Wert der eingelagerten Waren auf 2143 Millionen Franken, im Vergleich zu 2866 Verträgen und 1820 Millionen Franken ein Jahr zuvor.

Die *Lombardvorschüsse* betragen im Jahresdurchschnitt 71 Millionen Franken, gegenüber 27 Millionen im Jahre 1968.

Sterilisierungsreskriptionen wurden in kleinerem Umfange als im Vorjahr vorübergehend an die Nationalbank zurückgegeben. Die Einreichungen im Laufe des Berichtsjahres beliefen sich auf 407 Millionen Franken, gegenüber 524 Millionen im Jahre 1968. Der Bestand an ausstehenden Sterilisierungsreskriptionen, die 1960 zur Bindung überschüssiger Marktmittel bei den Banken plaziert worden waren, verminderte sich durch Rückzahlung einer im April fälligen Tranche um 57 Millionen auf 318 Millionen Franken.

Mit Wirkung ab 15. September erhöhte die Nationalbank den offiziellen *Diskontsatz* um $\frac{3}{4}\%$ auf $3\frac{3}{4}\%$ und den offiziellen *Lombardzinsfuss* um 1% auf $4\frac{3}{4}\%$.

In Anpassung an die Geldmarktlage und die Erhöhung der offiziellen Sätze der Nationalbank wurde zwischen dem Delegierten für wirtschaftliche Kriegsvorsorge und den Banken vereinbart, mit Wirkung ab 11. November die *Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel* heraufzusetzen, und zwar den Satz für Lebens- und Futtermittellager um $\frac{3}{4}\%$ auf $3\frac{3}{4}\%$ und den Satz für andere Pflichtlager um $\frac{1}{2}\%$ auf 4%.

Die Banken erhöhten den *Privatdiskontsatz*, zu welchem sie Bankakzepte und erstklassige Handelswechsel hereinnehmen, Ende März von $3\frac{3}{4}\%$ auf 4%, Ende Juni auf $4\frac{1}{4}\%$ und Ende September auf $4\frac{3}{4}\%$.

Da die Banken bestrebt waren, auch sehr kurzfristige Mittel am Euromarkt anzulegen, war der *Tagesgeldsatz* in der Schweiz starken Schwankungen zwischen $1\frac{1}{2}\%$ und 10% unterworfen. Nach der saisonüblichen Abschwächung zu Jahresbeginn, die jedoch nur von kurzer Dauer war, beeinflussten anschliessend Operationen an den Monats- und vor allem den Quartalsenden die Zinsvergütung. Vereinzelt wurde an solchen Bilanzdaten das Niveau von 10% sogar deutlich überschritten. Ausgleichend wirkten jeweils die von der Nationalbank den Banken gewährten Swap-Fazilitäten.

Die Grossbanken nahmen die Zinsvergütung für *Dreimonatsdepots* in Zürich Mitte Januar von $4\frac{1}{4}\%$ auf 4% zurück, erhöhten sie aber von Februar bis Juni in mehreren Schritten auf 5% .

Bei den *Abgabesätzen für Schatzanweisungen des Bundes* wurde bei den vierteljährlichen Erneuerungen den jeweiligen Veränderungen am Geldmarkt Rechnung getragen. Am 15. Oktober 1969 lauteten die Sätze auf $3\frac{3}{4}\%$, $3\frac{1}{8}\%$ bzw. 4% für Laufzeiten von 1 Jahr, $1\frac{1}{2}$ bzw. 2 Jahren. Ein Jahr zuvor waren die damals fälligen Titel zu um $\frac{1}{2}\%$ niedrigeren Sätzen erneuert worden.

Der Bestand an ausstehenden Schatzanweisungen des Bundes lag Ende 1969 mit 888 Millionen Franken praktisch gleich hoch wie ein Jahr zuvor.

Die *Sätze am mittelfristigen Markt* blieben zunächst auf dem bereits im Jahre 1967 erreichten Stand. Auf *Kassenobligationen* vergüteten die Grossbanken und die Kantonalbanken $4\frac{3}{4}\%$ für Laufzeiten von 3 und 4 Jahren bzw. 5% für längerfristige Titel. Die meldepflichtigen Lokalbanken offerierten einen Zins von $4\frac{3}{4}\%$ bis 5% für Papiere mit einer Laufzeit von 3 und 4 Jahren und von 5% , vereinzelt $5\frac{1}{4}\%$, für längerfristige Titel. Da der Absatz von Kassenobligationen im Sommer praktisch zum Stillstand kam, erhöhten die Grossbanken und Kantonalbanken – im Einverständnis mit der Nationalbank – mit Wirkung ab 10. September den Zinsfuss um $\frac{1}{4}\%$, und zwar auf 5% für Papiere mit einer Laufzeit von 3 und 4 Jahren bzw. auf $5\frac{1}{4}\%$ für längerfristige Titel. Die Lokalbanken nahmen vorerst von einer Satzheraufsetzung Abstand; sie verkürzten indessen die Mindestlaufzeit ihrer $5\frac{1}{4}\%$ Kassenobligationen auf 3 Jahre. Als sich der Bestand an Kassenobligationengeldern bei manchen Lokalbanken rückläufig entwickelte, stimmte die Nationalbank im Dezember der Ausgabe von 5- und mehrjährigen Kassenobligationen zu $5\frac{1}{2}\%$ zu.

Bei massgebenden Kantonalbanken stieg der *Satz für Spareinlagen* sukzessive von durchschnittlich $3,60$ auf $3,71\%$; die Sätze lauteten auf $3\frac{1}{2}\%$ bis $3\frac{3}{4}\%$, zum Teil auch auf 4% . Grossbanken, Lokalbanken und Darlehenskassen vergüteten $3\frac{1}{2}\%$ bis 4% , Sparkassen 3% bis 4% , vereinzelt $4\frac{1}{4}\%$.

Die *Aktivsätze* der Banken zeigten eine im ganzen ruhige Entwicklung. Nach einer im Oktober durchgeführten Erhebung berechneten die Grossbanken für Blankokredite einen Zins von $5\frac{1}{2}\%$ bis $5\frac{3}{4}\%$, gegenüber $5\frac{1}{4}\%$ bis $5\frac{1}{2}\%$ vor Jahresfrist; für gedeckte Ausleihungen wurden $4\frac{3}{4}\%$ bis $5\frac{3}{4}\%$ verlangt, im Vergleich zu $4\frac{3}{4}\%$ bis $5\frac{1}{2}\%$ zwölf Monate zuvor. Bei den Kantonalbanken blieben die Konditionen für gedeckte Kredite ($4\frac{1}{2}\%$ bis $5\frac{1}{2}\%$) unverändert, während die Lokalbanken solche Kredite zu $4\frac{3}{4}\%$ bis $5\frac{3}{4}\%$ gewährten, gegenüber im allgemeinen $4\frac{3}{4}\%$ bis $5\frac{1}{2}\%$ im Oktober 1968. Für Baukredite wurden sowohl von den Grossbanken als auch von den Kantonalbanken die gleichen Sätze wie vor Jahresfrist berechnet, nämlich 5 bis $5\frac{1}{2}\%$ bzw. $4\frac{3}{4}\%$ bis $5\frac{1}{2}\%$. Hingegen verlangten die Lokalbanken für solche Kredite einen Zins von 5 bis $5\frac{3}{4}\%$, gelegentlich 6% , gegenüber 5 bis $5\frac{1}{2}\%$,

vereinzelt 5¾%, ein Jahr zuvor. Diese Sätze verstehen sich ohne die von den Banken zusätzlich zum Zins berechneten Kommissionen, welche sich auf ⅓ bis ¼% pro Quartal oder Semester beliefen.

Bei den *Hypothekarsätzen* setzte sich die Anpassung an das allgemein gestiegene Zinsniveau fort. Die durchschnittliche Verzinsung von bestehenden erstrangigen Darlehen im allgemeinen Wohnungsbau stieg bei den Kantonalbanken von 4,60 auf 4,76%; in der Regel berechneten die Staatsinstitute 4½ bis 5%, vereinzelt 5¼%. Bei den Grossbanken gelangten in den letzten Monaten des Berichtsjahres Sätze von 4¾ bis 5¼%, bei Lokalbanken solche von 4½ bis 5½%, zum Teil 5¾%, und bei den Sparkassen von 4¾ bis 5% zur Anwendung.

Für neue erste Hypotheken im allgemeinen Wohnungsbau und Gewerbe erhöhte sich der Durchschnittszins bei den Kantonalbanken im Laufe des Berichtsjahres von 4,90 auf 5,02%. Die Staatsinstitute gewährten in den letzten Monaten 1969 Darlehen im allgemeinen Wohnungsbau zu 4¾ bis 5%, vereinzelt zu 5¼%. Für neue erstrangige Darlehen in der Landwirtschaft und im sozialen Wohnungsbau wurde überwiegend der gleiche Satz wie im allgemeinen Wohnungsbau berechnet. Für Darlehen auf gewerblichen und industriellen Objekten wurden bis zu 5½% verlangt. Bei den privaten Bodenkreditbanken lagen die Sätze im allgemeinen leicht über dem Zinsniveau der Kantonalbanken.

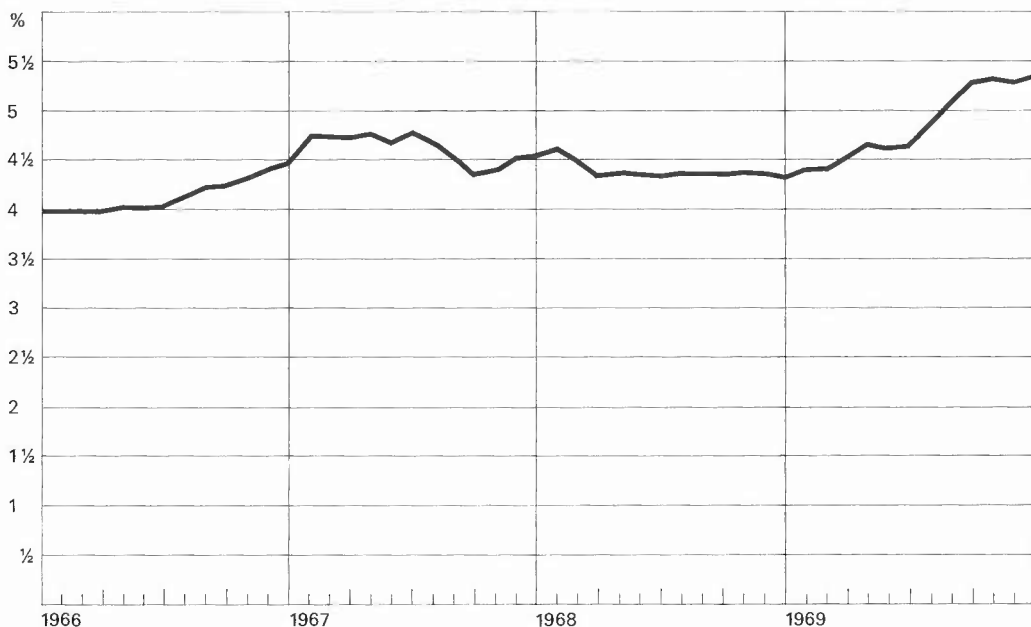
Gegen Ende des Berichtsjahres hat eine Reihe von Instituten eine Erhöhung des Zinssatzes für Spareinlagen und Einlagen auf Depositenheften sowie des Hypothekarzinsfußes angekündigt. Der Satzanstieg dürfte sich daher im Jahre 1970 fortsetzen.

Am *langfristigen Markt* stieg die *Rendite der Bundesobligationen* zunächst von 4,33% Ende 1968 auf 4,67% Mitte April. Im Mai schwächte sie sich vorübergehend ab, um sich hernach wieder zu erhöhen; anfangs Oktober erreichte sie einen absoluten Höchststand von 5,42%. Ende Dezember lag die Rendite bei 5,34%.

Der *Emissionsmarkt* erwies sich im Berichtsjahr im ganzen gesehen als leistungsfähig. Die öffentliche Emissionstätigkeit war rege; die Beanspruchung des Marktes erreichte nahezu den hohen Vorjahresbetrag. In der zweiten Jahreshälfte stieg der Bedarf der Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach langfristigen Mitteln an, so dass sich die mit der Aufstellung der vierteljährlichen Emissionsprogramme für schweizerische Obligationenanleihen betraute Kommission aus Marktgründen veranlasst sah, an den für das vierte Quartal 1969 angemeldeten Anleihen Kürzungen vorzunehmen.

Nachdem sich der Markt zunächst als sehr ergiebig erwiesen hatte, konnten vor der Sommerpause begebene Anleihen nicht schlank plaziert werden, und auch im September liessen die Zeichnungsergebnisse erneut eine gewisse Zurückhaltung der Anlegerkreise erkennen. Dies hing zum Teil damit zusammen, dass die Investoren ihr Interesse

Rendite
schweizerischer
Staatswerte
Monatsdurchschnitte



vermehrt den im Ausland aufgelegten, höher verzinslichen Anleihen zuwandten. Die Ausgabebedingungen der neuen schweizerischen Obligationenanleihen wurden für den Geldgeber verbessert, und zwar zunächst durch eine Herabsetzung des Emissionskurses, in der Folge durch eine Erhöhung des Zinsfusses. Dieser wurde für von Kantonen, Kantonalbanken und Pfandbriefinstituten aufgelegte Anleihen im August und September um $\frac{1}{4}\%$ und im Oktober nochmals um $\frac{1}{4}\%$ auf $5\frac{1}{2}\%$ heraufgesetzt. Kraftwerkanleihen wurden in den letzten Monaten des Berichtsjahres mit einem Zinsfuss von $5\frac{3}{4}\%$, vereinzelt 6%, ausgestattet. Da die Verbesserung der Ausgabebedingungen mit einer durch Geldzuflüsse aus dem Ausland ausgelösten Belebung der Nachfrage nach schweizerischen Wertschriften zusammenfiel, schlossen die Emissionen wieder mit guten Zeichnungsergebnissen ab.

Insgesamt wurden 91 inländische Anleihen im Emissionswert von 3332 Millionen Franken öffentlich begeben, verglichen mit 2987 Millionen im Jahre 1968. Durch 58 Aktienemissionen wurden dem Markt 820 Millionen Franken entnommen, gegen 502 Millionen im Jahre zuvor. Damit belief sich die Inanspruchnahme des Marktes durch öffentlich aufgelegte inländische Anleihen und Aktien auf 4152 Millionen Franken. Werden die Konversionsanleihen im Betrage von 992 Millionen sowie die Rückzahlungen von Anleihen und schweizerischem Aktienkapital in der Höhe von 89 Millionen Franken in Abzug gebracht, so ergibt sich mit 3071 Millionen Franken eine praktisch gleich hohe

Nettobeanspruchung des Marktes durch inländische Schuldner wie im Vorjahr, als sie sich auf 3100 Millionen belaufen hatte. Dabei waren die Aktienemissionen allerdings um rund drei Fünftel grösser als im Jahre 1968. Über die Zusammensetzung der Emissionen gibt die folgende Tabelle Aufschluss.

Emissionstätigkeit

Beträge in Millionen Franken

Emittenten	Anzahl	Emissionswert	Konversionen	Neubeanspruchung	Rückzahlungen	Nettobeanspruchung des Marktes	
	1969					1969	1968
Schweizerische Obligationenanleihen							
Bund	2	549,2	350,0	199,2	12,8	186,4	164,0
Kantone	12	443,5	148,6	294,9	14,5	280,4	347,0
Gemeinden	13	162,3	26,0	136,3	—	136,3	170,3
Kraftwerke	19	587,4	127,3	460,1	6,0	454,1	492,4
Industrie	6	105,5	16,0	89,5	—	89,5	147,8
Handel, Vermittlung	2	79,9	—	79,9	10,0	69,9	122,8
Banken	24	792,8	197,0	595,8	31,5	564,3	513,2
Pfandbriefinstitute	7	340,1	124,0	216,1	—	216,1	215,3
Holdinggesellschaften	4	188,6	—	188,6	—	188,6	334,9
Übrige	2	82,6	3,0	79,6	—	79,6	106,3
Total	91	3331,9	991,9	2340,0	74,8	2265,2	2614,0
Ausländische Obligationenanleihen							
Total	22	1074,8	60,0	1014,8	273,2	741,6	818,3
Schweizerische Aktienemissionen							
Kraftwerke	4	85,6	—	85,6	—	85,6	15,9
Industrie	15	158,6	—	158,6	1,9	156,7	214,1
Handel, Vermittlung	1	5,2	—	5,2	—	5,2	0,5
Banken	15	470,4	—	470,4	4,2	466,2	191,9
Holdinggesellschaften	8	10,5	—	10,5	4,0	6,5	33,7
Versicherungsgesellschaften	3	11,6	—	11,6	—	11,6	19,5
Übrige	12	78,1	—	78,1	4,5	73,6	10,9
Total	58	820,0	—	820,0	14,6	805,4	486,5
Gesamttotal	171	5226,7	1051,9	4174,8	362,6	3812,2	3918,8

Der Bund gelangte zweimal an den Emissionsmarkt. Bei einer im Februar zu 101 % (einschl. 0,60% eidg. Stempel) und einer Laufzeit von längstens 15 Jahren aufgelegten 4¾%-Anleihe von 400 Millionen Franken lagen die Konversionsanmeldungen und die Zeichnungen zusammen leicht über dem Emissionsbetrag. Die im November begebene Anleihe von 150 Millionen Franken, welche mit einem Ausgabekurs von 99% (einschl. 0,60% eidg. Stempel), einer Laufzeit von 10 Jahren und einem Zinsfuss von 5¼% ausgestattet war und die zur Konversion bzw. zur Rückzahlung von im Jahre 1964 ausgegebenen 4%-Kassascheinen diente, zeitigte einen vollen Erfolg. Die Konversionsanmeldungen erreichten nahezu den Emissionswert der neuen Anleihe, und die Barzeichnungen machten ein Mehrfaches des noch verfügbaren Anleihensbetrages aus.

Es wurden 22 *Auslandsanleihen* im Emissionswert von 1075 Millionen Franken aufgelegt. Die Konversionen und die Rückzahlungen von früher begebenen Anleihen stellten sich zusammen auf 333 Millionen Franken. Die Nettobeanspruchung belief sich somit auf 742 Millionen Franken; sie blieb hinter dem Vorjahresbetrag von 818 Millionen zurück.

Durch die öffentliche Emission von in- und ausländischen Anleihen sowie von schweizerischen Aktien wurden dem Markte demnach netto 3812 Millionen Franken entnommen, gegenüber 3919 Millionen im Vorjahr.

Die nicht öffentlich begebenen inländischen Anleihen machten 269 Millionen Franken aus, im Vergleich zu 207 Millionen im Jahre 1968. Die nicht öffentlichen Aktienemissionen stellten sich auf 1638 Millionen Franken, gegenüber 1433 Millionen im Vorjahr.

Öffentliche und nicht öffentliche Emissionen beanspruchten den Markt mit 5,7 Milliarden Franken. Der Vergleichsbetrag für das Jahr 1968 hatte sich auf 5,6 Milliarden Franken belaufen.

Die gemäss Art. 8 des Bankengesetzes bewilligungspflichtigen *Kredite an das Ausland* erreichten 2334 Millionen Franken gegen 1243 Millionen im Vorjahr.

Mit Zustimmung der Nationalbank plazierten schweizerische Banken von im Ausland domizilierten Unternehmungen ausgegebene *mittelfristige Zertifikate*, die vorwiegend auf Dollars lauteten, im Gegenwert von 2207 Millionen Franken. Hievon wurden 1989 Millionen an ausländische und 218 Millionen an inländische Kunden abgegeben.

Der *Ausgleichsfonds der AHV* spielte als Geldgeber am Kapitalmarkt eine bescheidene Rolle. Er erhöhte seine festen Anlagen um 189 Millionen Franken, verglichen mit 111 Millionen im Vorjahr. 61 Millionen Franken entfielen auf Anlagen bei Kantonen und Gemeinden, 49 Millionen auf Darlehen an Pfandbriefinstitute und gleichfalls 49 Millionen auf solche an Kantonalbanken. Die Anlagen beim Bund blieben stabil, während die «Übrigen Anlagen» um 30 Millionen Franken anstiegen. Überschüssige

Kassenmittel wurden kurzfristig als Depotgelder bei Banken plziert. Der Zinsertrag des Fondsvermögens belief sich auf 275 Millionen Franken. Er überstieg somit die neuen Anlagen, was zeigt, dass die Beiträge der Versicherten, der Arbeitgeber und der öffentlichen Hand zur Deckung der Rentenzahlungen und Verwaltungskosten nicht ausreichten.

Die Entwicklung der *Bankbilanzen* war durch eine kräftige Ausweitung der Bilanzsummen gekennzeichnet, die insbesondere auf den Mittelzufluss aus dem Ausland zurückzuführen war. Die Bilanzsummen dehnten sich bei den 72 monatlich berichtenden Banken in den ersten elf Monaten 1969 um 20,6 Milliarden auf 132,4 Milliarden Franken oder um 18,4% aus. Der Gesamtbestand an fremden Geldern stieg um 19,0 Milliarden Franken oder 18,5%, verglichen mit 16,8% im gleichen Zeitraum des Jahres 1968. Am Mittelzufluss waren vor allem Bankengelder und zeitlich befristete Kundengelder beteiligt. Vom Zuwachs der fremden Gelder insgesamt entfielen 8309 Millionen auf Kreditoren auf Zeit und 4180 Millionen Franken auf Bankenkreditoren, was einer Zunahme seit Jahresbeginn um 50,3 bzw. 31,2% entspricht. Der verstärkte Zufluss von solchen Geldern ist vor allem auf die erhöhte Aktivität der Banken am Euromarkt zurückzuführen.

Der Anstieg der zeitlich gebundenen Kundengelder ging zu einem erheblichen Teil zu Lasten der Spareinlagen und Kassenobligationsgelder. Der Bestand an Spareinlagen dehnte sich nurmehr um 1149 Millionen Franken oder 5,3% aus, jener der Kassenobligationen um 1498 Millionen Franken oder 9,7%, während sich die entsprechenden Zuwachsraten in den ersten elf Monaten 1968 auf 8,9% bzw. 16,1% belaufen hatten. Angesichts des breiten Zustroms von Banken- und Publikumsgeldern hielten die Banken ihre Geldaufnahmen am Markt im Rahmen des Vorjahres. Der Bestand an Obligationenanleihen und Pfandbriefgeldern nahm um 605 Millionen Franken zu, gegenüber 615 Millionen in den ersten elf Monaten 1968.

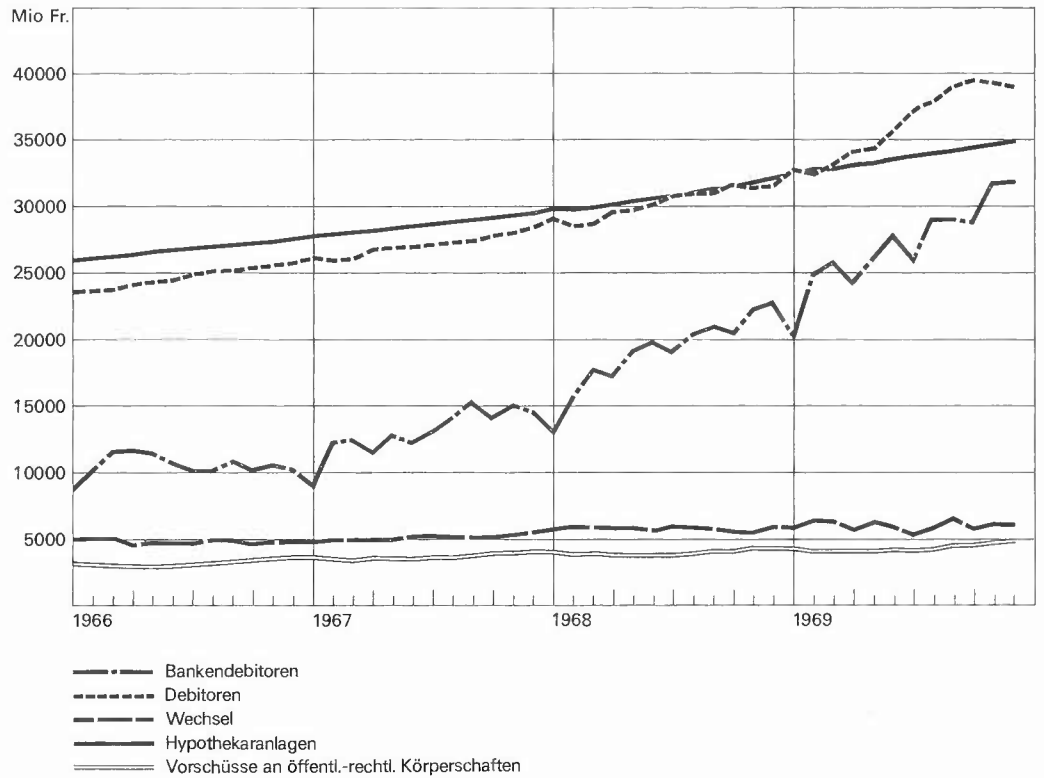
Die den Banken anvertrauten Gelder wurden im Umfang von 11492 Millionen Franken bei anderen Kreditinstituten, namentlich solchen im Ausland, angelegt und im Betrag von 9119 Millionen Franken zur Finanzierung von Krediten (Debitoren, Vorschüsse an öffentlich-rechtliche Körperschaften und Hypothekaranlagen) verwendet, was einer Zunahme seit Ende 1968 um 56,3% bzw. um 13,1% entspricht. In den ersten elf Monaten 1968 waren die Bankendebitoren in einem noch stärkeren Rhythmus als im selben Zeitraum des Berichtsjahres angestiegen, nämlich um 73,2%, während sich die Kredite um lediglich 8,2% ausgedehnt hatten. In der unterschiedlichen Kreditentwicklung in den beiden Vergleichsperioden kommt der Konjunkturanstieg deutlich zum Ausdruck.

Was die einzelnen Kreditparten anbelangt, verzeichneten die Debitoren in den Monaten Januar bis November eine Zunahme um 6301 Millionen Franken oder 19,2%. Die Vorschüsse an öffentlich-rechtliche Körperschaften stiegen um 490 Millionen Fran-

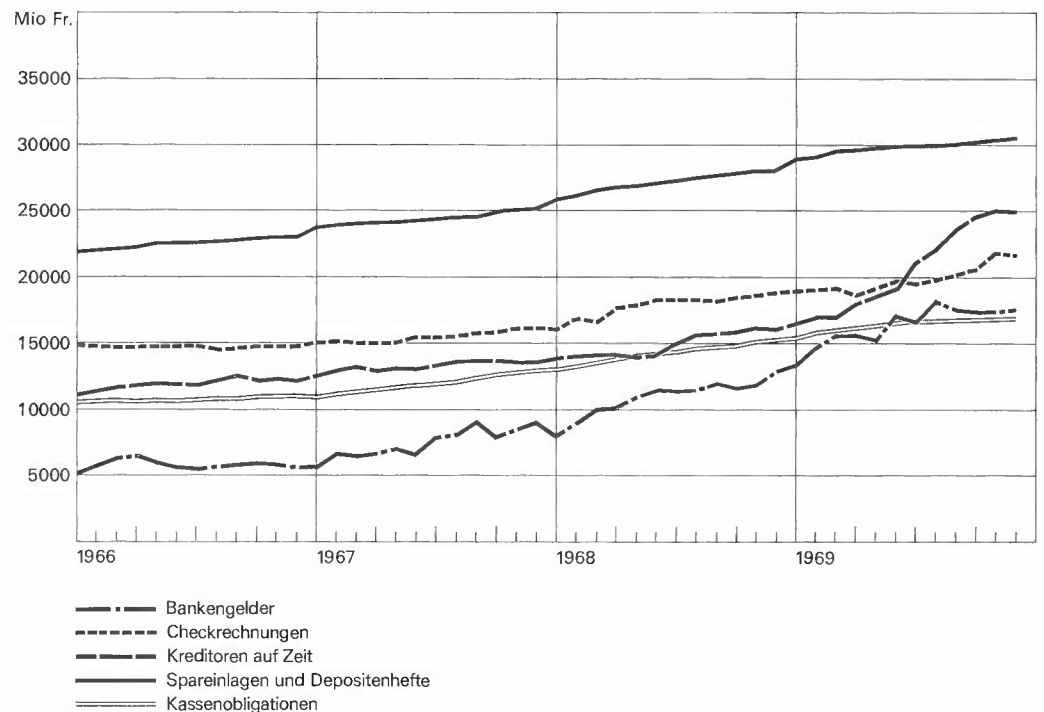
Bankbilanzen

72 Banken

Aktiven



Passiven



ken oder 11,1%, während sich der Bestand an Hypothekaranlagen um 2328 Millionen Franken oder 7,2% ausdehnte. Im Vorjahr hatte sich das Wachstum der Debitoren auf 8,8%, jenes der Hypothekaranlagen auf 7,9% belaufen.

Die *inländische Kreditfähigkeit* (Debitoren, Kontokorrentvorschüsse und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften, Hypothekaranlagen und Wechsel) der 72 Banken nahm in den Monaten Januar bis November um 6622 Millionen Franken oder 10,2% zu. In der Parallelperiode des Vorjahres waren es 3834 Millionen Franken oder 6,4%. Den weitaus stärksten Zuwachs erfuhren die Debitoren mit 3852 Millionen Franken oder 14,3%; die Hypothekaranlagen folgten mit 2344 Millionen oder 7,2%, die Vorschüsse und Darlehen an die öffentliche Hand mit 342 Millionen oder 8,2% und die Wechsel mit 84 Millionen oder 5,5%.

Die Entwicklung war nach Bankengruppen unterschiedlich. Bei den Grossbanken stiegen die Ausleihungen an inländische Kreditnehmer in den ersten elf Monaten 1969, vor allem im Zuge einer massiven Zunahme der Debitoren, um 15,7%; die Vergleichsätze beliefen sich auf 8,1% bei den Lokalbanken, 7,7% bei den Kantonalbanken und 6,2% bei den Sparkassen.

Noch deutlicher als in diesen Zuwachsraten, welche den verhältnismässigen Anstieg der Kredite seit Beginn des Berichtsjahres aufzeigen, widerspiegelt sich die zunehmende konjunkturelle Überhitzung im Vergleich des Standes der Ausleihungen mit dem jeweils vor Jahresfrist erreichten Niveau. Während die inländischen Kredite der 72 Banken Ende Juni 1968 eine Jahreszuwachsrate von 7,4% und Ende 1968 eine solche von 8,4% aufgewiesen hatten, belief sich der Wachstumssatz Ende März 1969 auf 9,9%, Ende Juni auf 11,2% und Ende August auf 12,9%. Alsdann verlangsamte sich die Kreditexpansion, und zwar wohl namentlich unter dem Einfluss der zwischen der Nationalbank und der Bankiervereinigung abgeschlossenen Vereinbarung über die Begrenzung der Kreditausweitung. Ende November 1969 überschritten die inländischen Kredite den entsprechenden Vorjahresstand noch um 12,3%.

Bei den Grossbanken übertraf der Stand dieser Kredite das Vorjahresniveau Ende Dezember 1968 um 10,4%, Ende August 1969 dagegen um 22,5%; Ende November belief sich der Kreditanstieg noch auf 19,6%. Bei den Kantonalbanken blieb die Beschleunigung der Kreditausweitung zwar hinter jener bei den Grossbanken zurück; im Unterschied zur Entwicklung bei den letzteren schwächte sich der Wachstumssatz im Herbst des Berichtsjahres jedoch nicht ab. So stellte sich diese Steigerungsrate Ende 1968 auf 8,0%; Ende August sowie Ende November betrug sie 9,2%.

Die *Auslandverflechtung des schweizerischen Bankensystems* verstärkte sich im Berichtsjahr weiter. Die Auslandverbindlichkeiten der Banken stiegen von Ende September 1968 bis Ende September 1969 um 8,9 Milliarden auf 36,3 Milliarden Franken

und die Auslandguthaben, ohne Wertschriften und Hypothekaranlagen, um 10 Milliarden auf 42,5 Milliarden. Die Nettoforderungen auf das Ausland wuchsen innert Jahresfrist um 1,1 auf 6,2 Milliarden Franken an. Bei den Auslandverbindlichkeiten standen die Kundengelder auf Sicht und Zeit mit 19,8 Milliarden Franken an erster Stelle; die Bankengelder beliefen sich auf 14,0 Milliarden. An den Forderungen auf das Ausland waren die Bankendebitoren mit 26,9 Milliarden Franken beteiligt, die Debitoren mit 13,1 Milliarden und die Wechsel mit 2,0 Milliarden.

Die Belebung des Absatzes von *Anteilscheinen schweizerischer Anlagefonds*, welche nach mehreren Jahren der Stagnation im Jahre 1968 eingesetzt hatte, verstärkte sich im Berichtsjahr. Ende September 1969 waren 99 schweizerische Fonds dem Bundesgesetz über die Anlagefonds unterstellt. Diesen flossen in den Monaten Januar bis September durch Ausgabe von Zertifikaten 804 Millionen Franken zu, verglichen mit 480 Millionen in der Parallelperiode des Vorjahres. Gleichzeitig wurden Anteilscheine im Wert von 140 Millionen Franken zurückgenommen; 1968 waren es 171 Millionen Franken. In diesen Zahlen widerspiegelt sich vor allem die Entwicklung der Wertschriftenfonds, welche Zertifikate im Betrage von 782 Millionen Franken absetzten und 114 Millionen für Rückkäufe aufzuwenden hatten. Bei den Immobilienfonds dagegen fiel sowohl die Ausgabe als auch die Rücknahme von Anteilscheinen bescheiden aus. Ende

*Schweizerischer
Aktienindex*
Am Monatsende
Durchschnitt 1966 = 100



des dritten Quartals bezifferte sich das Fondsvermögen der Wertschriftenfonds auf 4159 Millionen Franken, jenes der Immobilienfonds auf 3133 Millionen und jenes der gemischten Fonds auf 219 Millionen. Alle schweizerischen Anlagefonds zusammen wiesen ein Fondsvermögen von 7511 Millionen Franken aus.

An den *Aktienbörsen* setzte sich die Hausse im Januar noch fort. Alsdann herrschte eine Baissetendenz vor. Sie wurde Anfang April von einem neuen Kursanstieg abgelöst, der bis gegen Ende Mai anhielt. In diesem Zeitpunkt lag das durchschnittliche Niveau der Aktienkurse 12% über dem Stand von Ende 1968. In der Folge liess das Interesse der Anlegerkreise für schweizerische Aktienwerte nach, so dass die Kursentwicklung von Juni bis September erneut rückläufig war. Im Oktober zeichnete sich wieder eine allerdings nur kurzfristige Erholung ab. In den letzten Wochen des Berichtsjahres ging das Kursniveau der schweizerischen Aktien unter dem Einfluss der schwachen New Yorker Börse wieder zurück. Am Jahresende stellte sich der Aktienindex der Nationalbank (1966 = 100) auf 165,2 Punkte. Seine Erhöhung gegenüber Ende 1968 belief sich noch auf 1,4%.

D. Bankbehörden und Direktion

Die Zusammensetzung der *Bankbehörden* hat im Berichtsjahr folgende Änderungen erfahren:

Der *Bankrat*, in dem seit Oktober 1968 ein Mandat vakant geblieben war, wurde von der Generalversammlung durch die Wahl des Herrn Dr. Arnold Edelmann, Direktor des Verbandes Schweizerischer Darlehenskassen, St. Gallen, ergänzt.

Ferner wählte die Generalversammlung Herrn Alfred Cornaz, Direktor der Caisse d'Épargne et de Crédit, Lausanne, zum neuen Mitglied der *Revisionskommission*. Der Genannte wurde in seiner bisherigen Eigenschaft als Ersatzmann der Revisionskommission durch Herrn Adolphe Travelletti, Direktor der Walliser Kantonalbank, Sitten, ersetzt.

Als Mitglied des *Lokalkomitees Lugano* bezeichnete der Bankrat Herrn Luigi Antonini, Direktor der Firma Michele Antonini & Co., Präsident der Camera di commercio dell'industria e dell'artigianato del Cantone Ticino, Bellinzona.

In der *Geschäftsleitung* der Nationalbank sind nachstehende Änderungen zu verzeichnen:

Ende März 1969 trat Herr Direktor Dr. Rudolf Erb, der seit 1955 die Leitung der Zweiganstalt Aarau innehatte, wegen Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand. Seine der Nationalbank während insgesamt vierunddreissig Jahren geleisteten wertvollen Dienste seien auch an dieser Stelle bestens verdankt.

Zum neuen Direktor der Zweiganstalt Aarau wählte der Bundesrat mit Amtsantritt am 1. April 1969 Herrn Rudolf Winteler, vorher Prokurist bei der Zweiganstalt Basel.

Der Bankausschuss ernannte folgende Abteilungsvorsteher zu Vizedirektoren: beim Sitz Bern die Herren Hans Baumgartner, Walter Bretscher und Charles Schweingruber, beim Sitz Zürich die Herren Eugen Brunner, Oscar Heyer, Albert Kunz, Hans Schmid und Hans Stahel.

Jahresrechnung

1. Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1969

2. Jahresschlussbilanz vom 31. Dezember 1969

Gewinn- und Verlustrechnung

Abgeschlossen auf 31. Dezember 1969

Aufwand

Verwaltungskosten		
Bankbehörden	Fr. 314 749.80	
Personal	Fr. 13 819 332.95	
Geschäfts- und Bureaukosten	Fr. 2 093 909.18	
Verschiedenes	Fr. 582 380.—	Fr. 16 810 371.93
Zinsen für Bundesschatzanweisungen		Fr. 11 062 838.95
Zinsen an Deponenten		Fr. 546 459.75
Aufwendungen für Bankgebäude		Fr. 4 061 048.07
Abschreibungen auf Mobiliar		Fr. 925 189.70
Banknotenherstellungskosten		Fr. 4 736 859.30
Rückstellung für Banknotenherstellungskosten		Fr. 7 816 887.35
Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle		Fr. 2 500 000.—
Rückstellung für Bankgebäude		Fr. 20 000 000.—
Rückstellung für Zinsen für Bundesschatzanweisungen		Fr. 2 500 000.—
Rückstellung für Offenmarktoperationen		Fr. 3 000 000.—
Zuwendung an die Pensionskasse		Fr. 2 000 000.—
Reingewinn		Fr. 6 843 248.80
		<u>Fr. 82 802 903.85</u>

Ertrag	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	Fr. 63 275 883.66
	Diskontoertrag und Inkassogebühren	Fr. 7 487 386.88
	Ertrag des Lombardgeschäftes	Fr. 2 471 023.67
	Ertrag der eigenen Wertschriften	Fr. 7 452 489.55
	Zinsen von Inlandkorrespondenten	Fr. 310 475.04
	Kommissionen	Fr. 1 109 175.57
	Übrige Nutzposten	Fr. 696 469.48

Fr. 82 802 903.85

Jahresschlussbilanz vom 31. Dezember 1969

Aktiven

Kasse			
Gold im Inland und Ausland	Fr. 11 434 545 477.30		
andere Kassenbestände	Fr. 27 504 834.90	Fr. 11 462 050 312.20	
Devisen		Fr. 5 792 868 747.88	
Inlandportfeuille			
Schweizerwechsel	Fr. 584 695 173.77		
Schatzanweisungen des Bundes	Fr. 118 500 000.—		
Diskontierte Obligationen	Fr. 28 207 482.20	Fr. 731 402 655.97	
Lombardvorschüsse		Fr. 277 115 098.95	
Ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken		Fr. 1 851 000 000.—	
Eigene Wertschriften			
deckungsfähige	Fr. 43 263 200.—		
andere	Fr. 126 928 401.—	Fr. 170 191 601.—	
Korrespondenten im Inland		Fr. 89 519 101.31	
Korrespondenten im Ausland		Fr. 20 111 972.98	
Inkassowechsel		Fr. 8 943 744.23	
Postcheckguthaben		Fr. 7 005 599.49	
Diverse Debitoren		Fr. 45 746 917.90	
Coupons		Fr. 12 389.20	
Bankgebäude		Fr. 1 500 000.—	
Mobilier		Fr. 1.—	
Nicht einbezahltes Grundkapital		Fr. 25 000 000.—	
		<u>Fr. 20 482 468 142.11</u>	

Passiven

Notenumlauf	Fr. 12 518 384 940.—
Girorechnungen	
Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie	Fr. 6 353 378 015.74
Girorechnungen ausländischer Banken	Fr. 49 625 553.16
Bundesverwaltungen	Fr. 6 403 003 568.90
Deponenten	Fr. 492 956 546.12
Zahlungs- und Clearingabkommen mit dem Ausland	Fr. 18 758 979.87
Verbindlichkeiten auf Zeit	Fr. 40 033 150.32
Diverse Kreditoren	Fr. 141 900 000.—
Ausstehende Checks	Fr. 625 749 367.94
Sonstige Passiven	Fr. 1 237 499.89
Grundkapital	Fr. 42 600 840.27
Reservefonds	Fr. 50 000 000.—
Rückstellung für Banknotenherstellungskosten	Fr. 36 000 000.—
Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle	Fr. 25 000 000.—
Rückstellung für Bankgebäude	Fr. 12 000 000.—
Rückstellung für Zinsen auf Bundesschatzanweisungen	Fr. 30 000 000.—
Rückstellung für Offenmarktoperationen	Fr. 20 000 000.—
Reingewinn	Fr. 18 000 000.—
	Fr. 6 843 248.80

Fr. 20 482 468 142.11

Erläuterungen zur Jahresrechnung

Aktiven der Bilanz

Kassenverkehr

Kassenbestand am 31. Dezember 1968, einschliesslich Gold im Ausland	Fr. 20 999 363 327.97
Eingang im Jahre 1969	Fr. 30 887 828 263.50
	<hr/>
Ausgang im Jahre 1969	Fr. 51 887 191 591.47
Kassenbestand am 31. Dezember 1969, einschliesslich Gold im Ausland	Fr. 31 380 031 499.27
	<hr/>
	Fr. 20 507 160 092.20
Der Kassenbestand vom 31. Dezember 1969 setzte sich wie folgt zusammen:	
Gold	Fr. 11 434 545 477.30
Scheidemünzen	Fr. 27 485 653.20
Verschiedenes	Fr. 19 181.70
Total laut Bilanz	Fr. 11 462 050 312.20
Dazu: eigene Noten in den Kassen der Bank	Fr. 9 045 109 780.—
Total	Fr. 20 507 160 092.20

Das Gold ist mit Fr. 4 869.80 pro Kilogramm Feingold gebucht, entsprechend dem für Goldbarren loco Bern geltenden Ankaufspreis.

Devisenverkehr

Bestand am 31. Dezember 1968	Fr. 5 601 171 329.62
Eingang im Jahre 1969	Fr. 50 663 492 308.22
	<hr/>
Ausgang im Jahre 1969	Fr. 56 264 663 637.84
Bestand am 31. Dezember 1969	Fr. 50 471 794 889.96
	<hr/>
	Fr. 5 792 868 747.88

Diskontoverkehr*Schweizerwechsel*

Bestand am 31. Dezember 1968	605 Wechsel mit	Fr.	256 193 320.43
Im Jahre 1969 wurden diskontiert	3014 Wechsel mit	Fr.	5 175 843 186.30
	3619 Wechsel mit	Fr.	5 432 036 506.73
Davon wurden 1969 eingelöst	3115 Wechsel mit	Fr.	4 847 341 332.96
Bestand am 31. Dezember 1969	504 Wechsel mit	Fr.	584 695 173.77

Schatzanweisungen des Bundes

Bestand am 31. Dezember 1968		Fr.	6 750 000.—
Im Jahre 1969 wurden diskontiert:			
eingereicht vom Bund	Fr.	—	
eingereicht vom Markt	Fr.	334 500 000.—	Fr. 334 500 000.—
			Fr. 341 250 000.—
Davon wurden 1969 eingelöst		Fr.	222 750 000.—
Bestand am 31. Dezember 1969		Fr.	118 500 000.—

Obligationen

Bestand am 31. Dezember 1968		Fr.	25 515 263.95
Im Jahre 1969 wurden diskontiert		Fr.	109 863 819.30
		Fr.	135 379 083.25
Davon wurden 1969 eingelöst		Fr.	107 171 601.05
Bestand am 31. Dezember 1969		Fr.	28 207 482.20

Lombardverkehr

Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1968		Fr.	160 122 740.83
Neue Vorschüsse im Jahre 1969		Fr.	2 697 208 255.33
		Fr.	2 857 330 996.16
Rückzahlungen im Jahre 1969		Fr.	2 580 215 897.21
Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1969		Fr.	277 115 098.95

Die Zahl der offenen Lombardrechnungen belief sich am 31. Dezember 1969 auf 112. Von den Hinterlagen am 31. Dezember 1969 entfielen 60% auf eidgenössische Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen, kantonale und kommunale Obligationen sowie auf Obligationen von Kantonalbanken im Sinne des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen.

Verkehr in ausländischen Schatzanweisungen in Schweizerfranken	Bestand am 31. Dezember 1968	Fr. 1 442 000 000.—
	Eingang im Jahre 1969	Fr. 3 319 000 000.—
		<hr/>
	Ausgang im Jahre 1969	Fr. 2 910 000 000.—
	Bestand am 31. Dezember 1969	Fr. 1 851 000 000.—

Verkehr in eigenen Wertschriften	Bestand am 31. Dezember 1968	Fr. 180 608 401.—
	Eingang im Jahre 1969	Fr. —
		<hr/>
	Ausgang im Jahre 1969	Fr. 180 608 401.—
	Bestand am 31. Dezember 1969	Fr. 10 416 800.—

Verkehr mit den Korrespondenten im Inland	Guthaben der Bank am 31. Dezember 1968	Fr. 99 712 468.40
	Im Jahre 1969 wurden der Bank von den Korrespondenten gut- geschrieben	Fr. 11 891 954 044.33
		<hr/>
	Im Jahre 1969 wurden der Bank von den Korrespondenten be- lastet	Fr. 11 991 666 512.73
	Guthaben der Bank am 31. Dezember 1969	Fr. 11 902 147 411.42

Am 31. Dezember 1969 verfügte die Bank für den Inlandverkehr über ein Netz von Korrespondenten, das 371 Bank- und 176 Nebenplätze umfasste. Die Zahl der Korrespondentenmandate belief sich auf 477.

Verkehr mit den Korrespondenten im Ausland	Bestand am 31. Dezember 1968	Fr. 21 674 294.86
	Eingang im Jahre 1969	Fr. 2 831 661 016.63
		<hr/>
	Ausgang im Jahre 1969	Fr. 2 853 335 311.49
	Bestand am 31. Dezember 1969	Fr. 2 833 223 338.51

	<hr/>	Fr. 20 111 972.98
--	-------	-------------------

Inkassoverkehr

Den Bankstellen der Nationalbank sind im Berichtsjahr an Checks und Wechseln zum Inkasso eingereicht worden

auf Mitglieder der Abrechnungsstellen	23 346 Stück mit	Fr. 1 060 007 875.08
auf andere Bezogene	15 960 Stück mit	Fr. 434 894 584.68
Total	<u>39 306 Stück mit</u>	<u>Fr. 1 494 902 459.76</u>

Verkehr auf Postcheckrechnungen

Postcheckguthaben am 31. Dezember 1968 Fr. 7 474 048.95

Im Jahre 1969 wurden unsern Postcheckrechnungen gutgeschrieben Fr. 48 985 829 954.57
 Fr. 48 993 304 003.52

Im Jahre 1969 wurden unsern Postcheckrechnungen belastet . . Fr. 48 986 298 404.03

Postcheckguthaben am 31. Dezember 1969 Fr. 7 005 599.49

Der Überweisungsverkehr zwischen den Kunden der Nationalbank und den Inhabern von Postcheckrechnungen gestaltete sich im Berichtsjahr wie folgt:

19 468 Giroüberweisungen von der Nationalbank an die Post .	Fr. 3 416 023 861.62
32 345 Giroüberweisungen von der Post an die Nationalbank .	Fr. 26 407 103 072.15
Total	<u>Fr. 29 823 126 933.77</u>

**Bankgebäude und
Mobiliar**

Bankgebäude

Der Buchwert der Gebäude der Bank betrug am 31. Dezember 1969
wie im Vorjahr Fr. 1 500 000.—

Die Feuerversicherungssumme stellte sich insgesamt auf Fr. 44 383 100.—

Die Auslagen für Neueinrichtungen, Renovationen, Unterhalt, Be-
leuchtung, Heizung, Bewachung, Reinigung beliefen sich auf Fr. 4 445 212.67

Nach Verrechnung der vereinnahmten Mietzinse von Fr. 384 164.60

verbleibt ein Überschuss der Aufwendungen von Fr. 4 061 048.07

Mobiliar

Das Mobiliarkonto war am 31. Dezember 1968 belastet mit Fr. 1.—

Die Neuanschaffungen im Betrage von Fr. 925 189.70
wurden vollständig abgeschrieben.

Der Buchwert am 31. Dezember 1969 beträgt somit wiederum Fr. 1.—

Passiven der Bilanz

Ausgabe und Deckung der Banknoten

(Vgl. Beilagen Nr.1 und 2)

Der Notenumlauf der Nationalbank belief sich		
am 31. Dezember 1968	auf	Fr. 12 047 250 285
am 31. Dezember 1969	auf	Fr. 12 518 384 940
Zunahme		<u>Fr. 471 134 655</u>

Der Notenumlauf betrug im Jahresdurchschnitt Fr. 11 259 906 610; er erreichte im Maximum (am 23. Dezember) Fr. 12 935 654 555 und im Minimum (am 14. Februar) Franken 10 648 378 145.

Im Berichtsjahr sind insgesamt 37 977 950 Stück zurückgerufene oder beschädigte Banknoten im Nennwert von Fr. 2 513 750 000 zur Vernichtung ausgeschieden und durch neue Noten ersetzt worden.

Von den zurückgerufenen Noten der Nationalbank waren am 31. Dezember 1969 noch ausstehend:

Noten zu 1000 Franken mit dem Bild der Giesserei auf der Rückseite	Fr.	20 501 000
Noten zu 500 Franken mit dem Bild der Handstickerinnen auf der Rückseite	Fr.	5 801 500
Noten zu 100 Franken mit dem Bild des Mähers auf der Rückseite .	Fr.	21 393 600
Noten zu 50 Franken mit dem Bild des Holzfällers auf der Rückseite	Fr.	7 156 650
Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzikopf auf der Vorderseite .	Fr.	7 405 140
Zusammen	<u>Fr.</u>	<u>62 257 890</u>

Die Nationalbank ist verpflichtet, die erwähnten Noten zu 1000, 500, 100 und 50 Franken bis zum 30. September 1978, die Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzikopf bis zum 31. März 1976 zum Nennwert umzutauschen.

Deckung des Notenumlaufs am 31. Dezember 1969:

Gold		Fr. 11 434 545 477
Übrige deckungsfähige Aktiven		
Devisen	Fr.	5 792 868 748
Inlandportefeuille	Fr.	731 402 656
Lombardvorschüsse	Fr.	277 115 099
Wertschriften	Fr.	43 263 200
Gesamte Notendeckung	<u>Fr.</u>	<u>6 844 649 703</u>
		<u>Fr. 18 279 195 180</u>

Die Deckung des Notenumlaufs durch Gold allein betrug im Maximum 107,61% (14. Februar), im Minimum 88,40% (23. Dezember). Die Deckung des Notenumlaufs und der täglich fälligen Verbindlichkeiten durch Gold allein erreichte im Maximum 84,90% (13. März), im Minimum 58,72% (31. Dezember).

Giroverkehr

(Vgl. Beilage Nr.3)

Bestand der Giro Guthaben am 31. Dezember 1968	Fr.	5 851 236 583.23
Im Jahre 1969 wurden den Girorechnungen gutgeschrieben	Fr.	1 405 455 465 701.84
		<u>Fr. 1 411 306 702 285.07</u>
Im Jahre 1969 wurden den Girorechnungen belastet	Fr.	1 404 903 698 716.17
Bestand der Giro Guthaben am 31. Dezember 1969	Fr.	<u>6 403 003 568.90</u>

Vom Gesamtumsatz wurden 99,24% unter Vermeidung von Barzahlungen durch Umschreibung in den Büchern der Bank erledigt.

Vom Gesamtumsatz von	5 985 570 Posten mit Fr.	2 810 359 164 418.01
entfielen auf den Bankenclearingverkehr über die Girorechnungen bei der Nationalbank	5 284 848 Posten mit Fr.	2 397 525 196 655.30
davon wurden über die bei der Nationalbank geführten Bankenclearingkonti verrechnet	5 240 814 Posten mit Fr.	723 987 048 882.78

Der Bestand der Giro Guthaben betrug im Maximum (am 31. Dezember) Franken 6 403 003 568.90, im Minimum (am 7. März) Fr. 2 260 225 575.35; er belief sich im Jahredurchschnitt auf Fr. 3 107 906 997.61.

Die Zahl der Girorechnungen stellte sich am 31. Dezember 1969 auf 1513.

Verkehr auf den Konten der Bundesverwaltungen*Ein- und Auszahlungsverkehr*

Bestand der Guthaben der Bundesverwaltungen am 31. Dezember 1968	Fr.	504 972 735.25
Im Jahre 1969 wurden den Rechnungen der Bundesverwaltungen gutgeschrieben	Fr.	49 092 893 891.53
		<u>Fr. 49 597 866 626.78</u>
Im Jahre 1969 wurden den Rechnungen der Bundesverwaltungen belastet	Fr.	49 104 910 080.66
Bestand der Guthaben der Bundesverwaltungen am 31. Dezember 1969	Fr.	<u>492 956 546.12</u>

Vom Verkehr entfallen auf	Gutschriften	Belastungen
die Eidgenössische Staatskasse	Fr. 14 433 915 232.60	Fr. 14 446 163 309.70
die PTT-Betriebe	Fr. 31 661 827 201.20	Fr. 31 661 819 346.60
die Schweizerischen Bundesbahnen.	Fr. 2 647 143 824.05	Fr. 2 647 079 910.22
die übrigen Verwaltungen	Fr. 350 007 633.68	Fr. 349 847 514.14
Total	<u>Fr. 49 092 893 891.53</u>	<u>Fr. 49 104 910 080.66</u>

**Verkehr
mit Deponenten**

Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1968 .	Fr.	23 937 824.08
Im Jahre 1969 wurden den Depotrechnungen gutgeschrieben . .	Fr. 3	299 498 905.74
		<u>Fr. 3 323 436 729.82</u>
Im Jahre 1969 wurden den Depotrechnungen belastet	Fr. 3	304 677 749.95
Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1969 .	Fr.	<u>18 758 979.87</u>

**Zahlungsverkehr
mit dem Ausland
auf Grund von
Zahlungs- und
Clearingabkommen**

Die Rechnungen, die der Durchführung des gebundenen Zahlungsverkehrs dienen, wiesen am 31. Dezember 1968 Guthaben Dritter auf im Betrage von	Fr.	33 428 915.77
Im Jahre 1969 wurden diesen Rechnungen gutgeschrieben . . .	Fr. 1	934 420 330.91
		<u>Fr. 1 967 849 246.68</u>
Im Jahre 1969 wurden diesen Rechnungen belastet	Fr. 1	927 816 096.36
Bestand der Guthaben am 31. Dezember 1969	Fr.	<u>40 033 150.32</u>

**Verbindlichkeiten
auf Zeit**

Bestand am 31. Dezember 1968	Fr.	233 050 000.—
Im Jahre 1969 wurden zu Lasten von Girorechnungen der Banken auf dieses Konto übertragen	Fr.	321 750 000.—
		<u>Fr. 554 800 000.—</u>
Zur Rückgabe von solchen Zeitgeldern an Banken wurden dem Konto belastet	Fr.	412 900 000.—
Bestand am 31. Dezember 1969	Fr.	<u>141 900 000.—</u>

Die Verbindlichkeiten auf Zeit rühren von der am 1. Oktober 1960 erfolgten Plazierung von Schatzanweisungen bei den Banken zur Bindung überschüssiger Marktmittel her.

Ausstehende Checks

Am 31. Dezember 1968 waren an Ziehungen auf die Bank ausstehend	105 Checks für	Fr.	1 196 453.39
Im Jahre 1969 wurden dem Konto gutgeschrieben	7 044 Checks für	Fr.	805 352 476.82
	7 149 Checks für	Fr.	806 548 930.21
Im Jahre 1969 wurden dem Konto belastet . . .	6 994 Checks für	Fr.	805 311 430.32
Am 31. Dezember 1969 waren ausstehend	155 Checks für	Fr.	<u>1 237 499.89</u>

Eigene Gelder

Grundkapital

Das Grundkapital beträgt unverändert Fr. 50 000 000.—, eingeteilt in 100 000 Aktien von je Fr. 500.—, auf welche 50% = Fr. 250.— einbezahlt sind.

Im Laufe des Berichtsjahres hat der Bankausschuss die Übertragung von 2 015 Aktien auf neue Eigentümer genehmigt.

Nach den Eintragungen im Aktienregister war das Aktienkapital am 31. Dezember 1969 wie folgt verteilt:

1976 Privataktionäre mit je	1 Aktie
1209 Privataktionäre mit je	2 Aktien
1137 Privataktionäre mit je	3— 5 Aktien
585 Privataktionäre mit je	6— 10 Aktien
357 Privataktionäre mit je	11— 25 Aktien
150 Privataktionäre mit je	26— 50 Aktien
56 Privataktionäre mit je	51—100 Aktien
24 Privataktionäre mit je	101—200 Aktien
14 Privataktionäre mit je	über 200 Aktien
<u>5508 Privataktionäre mit zusammen</u>	<u>41 831 Aktien</u>
24 Kantone und Halbkantone mit zusammen	38 733 Aktien
28 Kantonalbanken mit zusammen	16 887 Aktien
50 andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten mit zusammen	2 549 Aktien
<u>5610 Aktionäre mit zusammen</u>	<u>100 000 Aktien</u>

Vom gesamten Aktienkapital sind demnach 58,17% im Besitz von Kantonen, Kantonalbanken sowie anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und 41,83% im Besitz von Privataktionären.

Reservefonds

Laut Beschluss der Generalversammlung vom 21. März 1969 erreicht der Reservefonds	Fr. 36 000 000.—
Nach Verbuchung der Zuweisung von	Fr. 1 000 000.—
aus dem Reingewinn des Jahres 1969 wird sich der Reservefonds erhöhen auf	<u>Fr. 37 000 000.—</u>

Rückstellungen

<i>Banknotenherstellungskosten</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1968	Fr. 17 183 112.65
	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 7 816 887.35
	erhöht auf	<u>Fr. 25 000 000.—</u>
<i>Nicht versicherte Schadenfälle</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1968	Fr. 9 500 000.—
	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 2 500 000.—
	erhöht auf	<u>Fr. 12 000 000.—</u>
<i>Bankgebäude</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1968	Fr. 10 000 000.—
	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 20 000 000.—
	erhöht auf	<u>Fr. 30 000 000.—</u>
<i>Zinsen für Bundesschatzanweisungen</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1968	Fr. 17 500 000.—
	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 2 500 000.—
	erhöht auf	<u>Fr. 20 000 000.—</u>
<i>Offenmarktoperationen</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1968	Fr. 15 000 000.—
	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 3 000 000.—
	erhöht auf	<u>Fr. 18 000 000.—</u>

Dienstleistungen für die Bundesverwaltungen

Eidgenössisches Schuldbuch

Gemäss Art.10 des Bundesgesetzes vom 21.September 1939 über das eidgenössische Schuldbuch ist die Schweizerische Nationalbank mit der Führung des Schuldbuches be-
traut. Sie übt diese Obliegenheit im Namen und Auftrage des Bundes aus.

Am 31. Dezember 1968 waren im eidgenössischen Schuldbuch eingetragen:

628 Einzelforderungen mit Fr. 1 004 157 000.—

Zuwachs im Jahre 1969:

Zeichnungen von Schuldbuchforderungen bei Anleihsemis-
sionen Fr. 23 056 000.—

Fr. 1 027 213 000.—

Abgang im Jahre 1969:

Rückzahlungen Fr. 71 759 000.—

Am 31. Dezember 1969 waren im Schuldbuch eingetragen:

609 Einzelforderungen mit Fr. 955 454 000.—

Im Berichtsjahre wurden 52 Übertragungen von Schuldbuchfor-
derungen auf andere Gläubiger vorgenommen im Gesamtbetrage
von Fr. 37 923 000.—

An Zinsen auf Schuldbuchforderungen wurden im Berichtsjahre
vergütet in 937 Gutschriften Fr. 22 312 982.95

Das eidgenössische Schuldbuch wurde im Berichtsjahre für die Umwandlung bestehen-
der Schuldverschreibungen in Schuldbuchforderungen nicht geöffnet.

Verwaltung von Wertschriften

Die Schweizerische Nationalbank ist laut Art.15, Absatz 1, des Bankgesetzes verpflichtet,
die dem Bunde gehörenden und die unter seiner Verwaltung stehenden Wertschriften
und Wertgegenstände unentgeltlich zur Aufbewahrung und Verwaltung zu übernehmen.

Bestand der verwalteten Wertschriften am 31. Dezember 1969

für den Bund Fr. 1 207 973 546.—

für die Schweizerischen Bundesbahnen Fr. 350 000.—

Total Fr. 1 208 323 546.—

**Einlösung von Titeln
und Coupons**

Als Domizilstelle hat die Nationalbank im Berichtsjahr an rückzahlbaren Titeln und fälligen Coupons für den Bund und die Bundesbahnen eingelöst:

rückzahlbare Titel	3 609	Stück mit	Fr. 16 139 500.—
Coupons	<u>327 591</u>	Stück mit	<u>Fr. 24 594 357.55</u>
Total	<u>331 200</u>	Stück mit	<u>Fr. 40 733 857.55</u>

Gewinnverteilung

Gemäss Art. 27 des Nationalbankgesetzes vom 23. Dezember 1953 ist von dem durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Reingewinn zunächst dem Reservefonds ein Betrag zuzuweisen, der 2% des Grundkapitals, d.h. 1 Million Franken nicht übersteigen darf.

Sodann kann eine Dividende bis zu 6% des einbezahlten Grundkapitals ausgerichtet werden, was einen Betrag von höchstens Fr. 1 500 000.— erfordert.

Der verbleibende Rest ist der eidgenössischen Staatskasse zur Ausrichtung einer Entschädigung an die Kantone bis zu 80 Rappen je Kopf der Bevölkerung zu überweisen. Der auf dieser Grundlage berechnete Aufwand würde sich per 31. Dezember 1969 auf Fr. 4 343 248.80 belaufen.

Anträge

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beehren wir uns, folgende Anträge zu stellen:

1. Es wird der vorliegende Geschäftsbericht samt Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz auf 31. Dezember 1969 genehmigt.
2. Es wird der Verwaltung Entlastung erteilt.
3. Der durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Reingewinn von Franken 6 843 248.80 ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in den Reservefonds	Fr. 1 000 000.—
Ausrichtung einer Dividende von 6%	Fr. 1 500 000.—
Ablieferung an die eidgenössische Staatskasse	Fr. 4 343 248.80
	<u>Fr. 6 843 248.80</u>

Am Schlusse unserer Berichterstattung über das abgelaufene Jahr nehmen wir gerne die Gelegenheit wahr, Herrn Bundesrat N. Celio, Vorsteher des eidg. Finanz- und Zolldepartements, für sein grosses Verständnis und für seine der Nationalbank auch im zurückliegenden Jahr gewährte wertvolle Unterstützung den verbindlichen Dank abzustatten. Im weiteren danken wir unseren Korrespondenten und Berichterstattern aus Bank- und Wirtschaftskreisen für ihre geschätzte Mitarbeit sowie unseren Beamten und Angestellten für ihre treue Pflichterfüllung.

Zürich, den 14. Januar 1970

Namens des Direktoriums
der Schweizerischen Nationalbank,
Der Präsident: *Stopper*
Der Generalsekretär: *Läng*

Der Bankausschuss der Schweizerischen Nationalbank

hat in seiner Sitzung vom 30. Januar 1970 den vorstehenden Geschäftsbericht über das Jahr 1969 zur Kenntnis genommen und ihm die Genehmigung erteilt. Gemäss Artikel 43, Absatz 1, Ziffer 4, und Artikel 49, Absatz 1, des Nationalbankgesetzes wird der Bericht mit den nachstehenden Anträgen dem Bankrate überwiesen.

Der Bankausschuss

beantragt

der Bankrat möge beschliessen:

1. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1969 mit Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz vom 31. Dezember 1969 wird zur Vorlage an den Bundesrat und an die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.
2. Die auf Seite 60 des Berichtes formulierten Anträge werden vom Bankrat der Generalversammlung unterbreitet.

Bern, den 30. Januar 1970

Im Namen des Bankausschusses
der Schweizerischen Nationalbank,
Der Präsident des Bankrates: *Dr. B. Galli*
Der Protokollführer: *Lerch*

Bericht der Revisionskommission an die Generalversammlung der Aktionäre der Schweizerischen Nationalbank

Hochgeehrter Herr Präsident,
Hochgeehrte Herren Aktionäre,

Die von Ihnen bestellte Revisionskommission führte im Laufe des vergangenen Jahres bei allen Zweiganstalten sowie bei den Agenturen Biel, La Chaux-de-Fonds und Winterthur Revisionen durch. Sie hat auch die Hauptbuchhaltung sowie die Bestände an den Sitzen Zürich und Bern einer Prüfung unterzogen.

Die Kommission hat alles in bester Ordnung befunden und erklärt, dass die Gewinn- und Verlustrechnung und die Schlussbilanz vom 31. Dezember 1969, wie sie Ihnen vorgelegt werden, mit den Saldi der im Generalhauptbuch der Bank geführten Konti übereinstimmen. Sie stellt mit Befriedigung fest, dass sowohl die Hauptbuchhaltung als auch die Buchhaltungen der Sitze, Zweiganstalten und eigenen Agenturen übersichtlich geführt sind und dass in allen Dienstzweigen gute Ordnung herrscht.

Wir beantragen Ihnen, hochgeehrter Herr Präsident, hochgeehrte Herren Aktionäre, die vorgelegte Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz vom 31. Dezember 1969 mit dem ausgewiesenen Reingewinn von Fr. 6 843 248.80 zu genehmigen und die Ihnen vom Bankrat vorgeschlagene Verteilung des Reingewinnes gutzuheissen.

Bern, den 6. Februar 1970

Mit Hochachtung,
Die Revisionskommission:
Gsell
Villiger
Cornaz

Der Schweizerische Bundesrat

in Ausführung von Artikel 25, Absatz 3, und Artikel 63, Ziffer 2, lit. i, des Bundesgesetzes vom 23. Dezember 1953 über die Schweizerische Nationalbank;
nach erfolgter Kenntnisnahme von dem im Artikel 51, Absatz 2, des genannten Gesetzes vorgesehenen Bericht der Revisionskommission vom 6. Februar 1970;
auf Antrag des Eidg. Finanz- und Zolldepartements,

beschliesst:

Dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung der Schweizerischen Nationalbank für das Jahr 1969 wird die gesetzlich vorgesehene Genehmigung erteilt.

Bern, den 25. Februar 1970

Im Namen
des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident: *Tschudi*

Der Bundeskanzler: *Huber*

An die Generalversammlung der Aktionäre der Schweizerischen Nationalbank

Hochgeehrte Herren Aktionäre,

Der Bankrat der Schweizerischen Nationalbank hat in seiner Sitzung vom 13. Februar 1970 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten Geschäftsbericht über die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1969 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.

Nachdem auch die Revisionskommission ihren in Artikel 51, Absatz 2, des Bankgesetzes vorgesehenen Bericht am 6. Februar 1970 erstattet hat und die in Artikel 25, Absatz 3, vorgesehene Genehmigung durch den Bundesrat am 25. Februar 1970 erfolgt ist, beehren wir uns, Ihnen den zweiundsechzigsten Geschäftsbericht zu unterbreiten und Ihnen die Abnahme der Rechnung wie auch die Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes im Sinne der auf Seite 60 aufgeführten Anträge zu empfehlen.

Bern, den 26. Februar 1970

Mit Hochachtung,

Im Namen des Bankrates
der Schweizerischen Nationalbank,

Der Präsident des Bankrates: *Galli*

Ein Mitglied des Direktoriums: *Leutwiler*

Beilagen

Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise

Beilage Nr. 1

Aktiven

1969	Goldbestand	Devisen	Ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken	Kurs-gesicherte Guthaben bei ausländischen Notenbanken	Inlandportefeuille			Lombardvor-schüsse	Wertschriften		Korrespondenten		Sonstige Aktiven
					Wechsel	Schatz-anweisungen des Bundes	Total		Total	davon dek-kun-gfähige	im Inland	im Ausland	
<i>In 1000 Franken</i>													
Jan. 7.	11 355 731	4 318 691	1 442 000	108 256	126 799	750	127 549	48 786	180 608	17 126	1 296	17 253	50 406
15.	11 355 731	3 038 257	1 442 000	108 256	122 624	—	122 624	21 434	180 608	17 126	13 643	34 055	50 557
23.	11 350 430	2 374 793	1 442 000	108 256	116 739	—	116 739	12 222	180 608	17 126	6 875	34 534	41 601
31.	11 350 430	1 935 822	1 442 000	108 256	111 987	—	111 987	12 742	180 608	17 126	27 493	17 341	57 501
Febr. 7.	11 458 622	1 491 088	1 552 000	108 256	108 100	—	108 100	13 423	180 608	17 126	8 376	16 954	49 612
14.	11 458 622	1 434 337	1 552 000	108 256	107 350	—	107 350	14 579	180 608	17 126	12 611	18 916	48 782
21.	11 453 106	1 185 863	1 552 000	108 256	97 903	—	97 903	14 482	180 608	17 126	3 431	24 719	50 338
28.	11 453 106	1 161 727	1 552 000	37 269	455 043	—	455 043	133 891	180 599	17 116	24 199	17 132	61 231
März 7.	11 452 983	1 059 843	1 552 000	37 269	105 827	—	105 827	61 301	180 599	17 117	5 766	16 829	59 637
14.	11 452 983	1 043 609	1 552 000	37 269	107 678	—	107 678	52 775	180 599	17 117	21 574	17 575	65 350
21.	11 447 478	1 074 518	1 552 000	37 269	105 418	—	105 418	58 844	176 711	14 530	11 746	32 156	63 373
31.	11 447 478	2 071 604	1 552 000	37 269	813 793	60 000	873 793	216 850	176 711	14 530	57 307	18 194	70 872
April 3.	11 447 360	2 072 388	1 552 000	37 269	299 236	45 000	344 236	90 383	176 711	14 530	45 416	17 382	67 779
15.	11 447 360	1 985 373	1 552 000	37 269	104 913	—	104 913	45 677	176 711	19 673	39 985	24 326	68 237
23.	11 441 842	1 947 080	1 552 000	37 269	101 472	—	101 472	24 728	176 711	19 673	29 840	40 712	63 681
30.	11 441 842	1 773 743	1 722 000	37 269	202 124	30 000	232 124	109 170	175 410	18 372	54 492	22 046	72 742
Mai 7.	11 441 693	1 756 923	1 722 000	37 269	102 354	—	102 354	38 417	175 410	34 571	24 655	33 429	66 963
14.	11 441 693	1 529 501	1 722 000	37 269	102 776	—	102 776	34 985	175 410	34 571	26 588	32 643	66 326
23.	11 436 196	1 510 765	1 722 000	—	97 604	—	97 604	33 309	175 410	34 571	21 865	38 110	72 006
30.	11 436 197	1 476 597	1 722 000	—	685 598	—	685 598	135 723	175 399	34 560	46 062	17 982	77 652
Juni 6.	11 435 960	1 456 621	1 722 000	—	97 200	—	97 200	42 823	175 399	34 560	19 965	17 795	76 691
13.	11 436 686	1 437 063	1 722 000	—	102 722	—	102 722	41 591	175 399	34 560	25 659	33 481	65 588
23.	11 436 687	1 408 176	1 722 000	—	103 823	—	103 823	43 178	175 399	34 560	23 992	21 446	65 417
30.	11 436 687	2 461 349	1 722 000	—	1 136 960	51 000	1 187 960	255 281	175 399	34 560	71 157	18 700	68 511
Juli 7.	11 436 389	1 343 874	1 722 000	—	120 240	26 000	146 240	115 255	175 399	34 560	32 662	19 579	80 031
15.	11 436 389	1 241 891	1 722 000	—	121 118	—	121 118	72 735	175 399	34 560	51 287	18 798	83 687
23.	11 436 558	1 062 518	1 851 000	—	120 334	—	120 334	66 878	175 399	34 560	41 006	20 119	77 638
31.	11 436 276	1 268 109	1 851 000	—	630 495	10 000	640 495	201 547	175 399	34 560	62 765	18 657	83 188
Aug. 7.	11 435 740	1 249 574	1 851 000	—	115 847	—	115 847	73 806	175 399	34 560	27 453	34 511	78 520
15.	11 435 740	1 187 704	1 851 000	—	114 941	—	114 941	51 880	175 399	34 560	25 588	21 210	76 594
22.	11 435 740	1 145 250	1 851 000	—	112 600	—	112 600	51 174	175 399	34 560	24 703	34 497	75 061
29.	11 435 740	1 130 463	1 851 000	—	318 338	—	318 338	133 678	175 399	34 560	48 675	18 713	83 762
Sept. 5.	11 435 328	1 104 792	1 851 000	—	112 967	—	112 967	51 674	175 399	34 560	23 821	37 323	92 083
15.	11 435 328	1 196 722	1 851 000	—	112 048	—	112 048	49 067	175 399	34 560	34 743	17 609	91 169
23.	11 435 328	1 197 154	1 851 000	—	118 512	—	118 512	65 798	175 399	34 560	33 052	18 884	91 039
30.	11 435 328	2 456 335	1 851 000	—	929 298	65 000	994 298	305 510	175 392	34 554	80 532	19 359	100 887
Okt. 7.	11 435 328	2 480 936	1 851 000	—	117 040	40 000	157 040	43 810	175 392	34 554	28 105	22 767	97 144
15.	11 434 538	2 898 351	1 851 000	—	112 733	—	112 733	22 089	175 392	34 554	22 727	18 090	97 503
23.	11 434 538	2 862 562	1 851 000	—	108 382	—	108 382	7 052	175 392	34 554	23 489	40 880	92 275
31.	11 434 538	2 862 520	1 851 000	—	105 711	—	105 711	14 978	175 392	34 554	39 128	15 453	107 442
Nov. 7.	11 434 538	2 836 855	1 851 000	—	106 226	—	106 226	11 042	175 392	34 554	17 052	17 446	96 056
14.	11 434 538	2 709 376	1 851 000	—	104 728	—	104 728	8 616	175 392	34 554	16 103	19 474	96 976
21.	11 434 538	2 754 082	1 851 000	—	100 681	—	100 681	17 546	170 192	29 353	3 885	22 062	87 966
28.	11 434 538	2 523 457	1 851 000	—	97 757	—	97 757	100 569	170 192	29 353	43 880	16 188	87 726
Dez. 5.	11 434 538	2 511 534	1 851 000	—	97 252	—	97 252	48 369	170 192	43 263	44 306	19 613	86 012
15.	11 434 538	3 708 053	1 851 000	—	100 573	—	100 573	21 399	170 192	43 263	47 321	19 747	84 151
23.	11 434 538	4 466 094	1 851 000	—	114 367	—	114 367	52 620	170 192	43 263	57 775	17 930	84 489
31.	11 434 545	5 792 869	1 851 000	—	612 903	118 500	731 403	277 115	170 192	43 263	89 519	20 112	90 713

Passiven

Eigene Gelder	Noten- umlauf	Täglich fällige Verbindlichkeiten			Verbind- lichkeiten auf Zeit	Sonstige Passiven	Bilanz- summe	Deckung des Noten- umlaufs	Deckung des Notenum- laufs und der täglich fälligen Verbindlich- keiten
		<i>Girorechnun- gen von Ban- ken, Handel und Industrie</i>	<i>übrige täg- lich fällige Verbind- lichkeiten</i>	<i>Total</i>					
<i>In 1000 Franken</i>									
60 000	11 485 100	4 436 811	726 641	5 163 452	375 000	567 024	17 650 576	98,87	68,21
60 000	10 994 682	4 045 583	303 932	4 349 515	375 000	587 968	16 367 165	103,28	74,01
60 000	11 032 770	3 260 341	361 934	3 622 275	375 000	578 013	15 668 058	102,88	77,45
60 000	11 099 086	2 513 035	607 866	3 120 901	375 000	589 193	15 244 180	102,26	79,82
60 000	10 809 289	2 352 138	803 786	3 155 924	375 000	586 826	14 987 039	106,01	82,05
60 000	10 648 378	2 999 768	265 328	3 265 096	375 000	587 587	14 936 061	107,61	82,36
60 000	10 843 509	2 661 294	139 220	2 800 514	375 000	591 683	14 670 706	105,62	83,94
60 000	11 256 245	2 566 973	246 789	2 813 762	345 000	601 190	15 076 197	101,75	81,40
60 000	10 997 155	2 205 267	291 340	2 496 607	375 000	603 292	14 532 054	104,14	84,88
60 000	10 846 901	2 429 550	217 113	2 646 663	375 000	602 848	14 531 412	105,59	84,88
61 000	10 966 739	2 437 251	118 432	2 555 683	375 000	601 091	14 559 513	104,38	84,66
61 000	11 433 095	3 886 621	202 845	4 089 466	325 000	613 517	16 522 078	100,13	73,75
61 000	11 219 865	3 213 020	417 759	3 630 779	318 750	620 530	15 850 924	102,03	77,08
61 000	10 880 761	3 277 507	320 255	3 597 762	318 750	623 578	15 481 851	105,21	79,06
61 000	11 005 336	3 126 920	276 701	3 403 621	318 750	626 628	15 415 335	103,97	79,41
61 000	11 348 631	2 762 654	511 848	3 274 502	318 750	637 955	15 640 838	100,82	78,24
61 000	11 118 704	2 525 880	736 389	3 262 269	318 750	638 390	15 399 113	102,90	79,56
61 000	10 938 905	2 775 701	438 087	3 213 788	318 750	636 748	15 169 191	104,60	80,84
61 000	11 339 032	2 357 247	384 004	2 741 251	318 750	647 232	15 107 265	100,86	81,22
61 000	11 405 802	2 672 515	660 026	3 332 541	318 750	655 117	15 773 210	100,27	77,59
61 000	11 124 967	2 231 976	650 248	2 882 224	318 750	657 513	15 044 454	102,80	81,64
61 000	10 964 329	2 740 405	297 276	3 037 681	318 750	658 429	15 040 189	104,31	81,68
61 000	11 115 474	2 603 084	241 192	2 844 276	318 750	660 618	15 000 118	102,89	81,93
61 000	11 568 400	4 616 201	254 160	4 870 361	232 000	665 283	17 397 044	98,86	69,57
61 000	11 274 849	2 292 786	446 114	2 738 900	318 500	678 180	15 071 429	101,43	81,61
61 000	11 123 278	2 469 022	274 967	2 743 989	318 500	676 537	14 923 304	102,81	82,47
61 000	11 290 720	2 363 387	140 094	2 503 481	318 500	677 749	14 851 450	101,29	82,91
61 000	11 367 196	2 765 847	535 140	3 300 987	318 500	689 753	15 737 436	100,61	77,97
61 000	11 132 167	2 271 000	564 711	2 835 711	318 500	694 472	15 041 850	102,72	81,87
61 000	10 940 686	2 702 863	226 724	2 929 587	318 500	690 283	14 940 056	104,52	82,45
61 000	11 143 342	2 582 057	110 393	2 692 450	318 500	690 132	14 905 424	102,62	82,65
61 000	11 388 822	2 528 508	194 022	2 722 530	318 500	704 916	15 195 768	100,41	81,04
61 000	11 127 807	2 367 876	306 820	2 674 696	318 500	702 384	14 884 387	102,76	82,85
61 000	10 948 630	2 821 840	109 163	2 931 003	318 500	703 952	14 963 085	104,45	82,39
61 000	11 075 991	2 608 888	206 928	2 815 816	318 500	714 859	14 986 166	103,24	82,32
61 000	11 509 309	4 558 933	307 151	4 866 084	254 500	727 748	17 418 641	99,36	69,83
61 000	11 209 556	3 503 691	460 857	3 964 548	317 800	738 618	16 291 522	102,01	75,36
61 000	11 020 342	3 991 458	499 330	4 490 788	317 800	742 493	16 632 423	103,76	73,72
61 000	11 300 831	3 884 328	281 250	4 165 578	317 800	750 361	16 595 570	101,18	73,93
61 000	11 533 014	3 289 031	634 431	3 923 462	317 800	770 886	16 606 162	99,15	73,98
61 000	11 343 480	3 335 302	715 975	4 051 277	317 800	772 050	16 545 607	100,80	74,28
61 000	11 180 446	3 444 696	636 563	4 081 259	317 800	775 698	16 416 203	102,27	74,92
61 000	11 396 812	3 337 588	558 074	3 895 662	317 800	770 678	16 441 952	100,33	74,77
61 000	12 029 111	2 785 947	360 713	3 146 660	317 800	770 736	16 325 307	95,06	75,35
61 000	11 961 049	2 523 629	634 458	3 158 087	317 800	764 880	16 262 816	95,60	75,63
61 000	12 186 241	3 734 063	372 682	4 106 745	317 800	765 188	17 436 974	93,83	70,18
61 000	12 935 655	3 761 184	398 542	4 159 726	317 800	774 824	18 249 005	88,40	66,89
61 000	12 518 385	6 353 378	601 374	6 954 752	141 900	781 431	20 457 468	91,34	58,72

Gliederung des Notenumlaufs nach Abschnitten

Beilage Nr. 2

1969		Abschnitte zu Franken							Total	Abschnitte zu Franken						
		1000	500	100	50	20	10	5		1000	500	100	50	20	10	5
		<i>in Millionen Franken</i>								<i>Prozentuale Verteilung</i>						
Januar	7.	3 323,6	1 757,9	4 882,7	695,6	547,2	268,7	9,4	11 485,1	28,94	15,31	42,51	6,06	4,76	2,34	0,08
	15.	3 196,7	1 651,1	4 671,0	672,5	531,6	262,5	9,3	10 994,7	29,07	15,02	42,48	6,12	4,84	2,39	0,08
	23.	3 166,9	1 719,8	4 687,6	664,5	525,2	259,5	9,3	11 032,8	28,71	15,59	42,49	6,02	4,76	2,35	0,08
	31.	3 170,0	1 713,7	4 751,9	668,1	526,3	259,8	9,3	11 099,1	28,56	15,44	42,82	6,02	4,74	2,34	0,08
Februar	7.	3 076,1	1 608,7	4 665,5	666,0	524,9	258,8	9,3	10 809,3	28,46	14,88	43,16	6,16	4,86	2,40	0,08
	14.	3 038,3	1 574,9	4 589,5	660,2	519,5	256,7	9,3	10 648,4	28,54	14,79	43,10	6,20	4,88	2,41	0,08
	21.	3 063,8	1 658,6	4 672,5	662,8	519,9	256,6	9,3	10 843,5	28,26	15,30	43,09	6,11	4,79	2,37	0,08
	28.	3 117,0	1 766,8	4 905,3	674,1	525,2	258,5	9,3	11 256,2	27,69	15,70	43,58	5,99	4,67	2,29	0,08
März	7.	3 048,1	1 646,2	4 827,2	677,1	529,4	259,9	9,3	10 997,2	27,72	14,97	43,90	6,16	4,81	2,36	0,08
	14.	3 038,8	1 607,9	4 735,3	671,6	525,5	258,5	9,3	10 846,9	28,02	14,82	43,66	6,19	4,85	2,38	0,08
	21.	3 060,5	1 677,9	4 767,2	669,5	524,5	257,8	9,3	10 966,7	27,91	15,30	43,47	6,11	4,78	2,35	0,08
	31.	3 148,7	1 789,4	4 998,0	690,2	534,9	262,6	9,3	11 433,1	27,54	15,66	43,71	6,04	4,68	2,30	0,08
April	3.	3 093,5	1 706,2	4 918,5	691,6	536,8	264,0	9,3	11 219,9	27,58	15,21	43,83	6,16	4,79	2,35	0,08
	15.	3 019,6	1 626,7	4 758,5	676,9	528,8	261,0	9,3	10 880,8	27,75	14,95	43,74	6,22	4,86	2,40	0,08
	23.	3 049,9	1 712,6	4 777,9	670,9	524,6	260,1	9,3	11 005,3	27,71	15,56	43,42	6,10	4,77	2,36	0,08
	30.	3 109,3	1 794,0	4 963,5	680,3	530,2	262,0	9,3	11 348,6	27,40	15,81	43,74	5,99	4,67	2,31	0,08
Mai	7.	3 055,0	1 690,4	4 885,2	681,3	533,8	263,7	9,3	11 118,7	27,48	15,20	43,94	6,13	4,80	2,37	0,08
	14.	3 035,7	1 652,0	4 779,6	671,2	529,1	262,0	9,3	10 938,9	27,75	15,10	43,69	6,14	4,84	2,40	0,08
	23.	3 098,8	1 820,4	4 936,3	677,8	532,7	263,7	9,3	11 339,0	27,33	16,05	43,53	5,98	4,70	2,33	0,08
	30.	3 096,7	1 811,1	4 997,0	686,7	538,2	266,8	9,3	11 405,8	27,15	15,88	43,81	6,02	4,72	2,34	0,08
Juni	6.	3 027,3	1 696,1	4 897,1	688,0	539,1	268,1	9,3	11 125,0	27,21	15,25	44,02	6,18	4,85	2,41	0,08
	13.	3 003,9	1 652,3	4 816,1	680,9	535,1	266,7	9,3	10 964,3	27,40	15,07	43,93	6,21	4,88	2,43	0,08
	23.	3 019,8	1 741,8	4 855,0	684,8	537,1	267,7	9,3	11 115,5	27,17	15,67	43,88	6,16	4,83	2,41	0,08
	30.	3 104,1	1 844,6	5 089,6	703,1	545,5	272,2	9,3	11 568,4	26,83	15,94	44,00	6,08	4,72	2,35	0,08
Juli	7.	3 017,3	1 716,2	4 999,2	709,2	549,2	274,4	9,3	11 274,8	26,76	15,22	44,34	6,29	4,87	2,44	0,08
	15.	2 987,5	1 686,1	4 918,1	703,8	545,5	273,0	9,3	11 123,3	26,86	15,16	44,22	6,33	4,90	2,45	0,08
	23.	2 989,9	1 778,9	4 988,0	707,2	544,4	273,0	9,3	11 290,7	26,48	15,76	44,18	6,26	4,82	2,42	0,08
	31.	2 995,7	1 793,7	5 033,7	712,0	547,9	274,9	9,3	11 367,2	26,35	15,78	44,28	6,27	4,82	2,42	0,08
August	7.	2 928,5	1 703,1	4 957,0	711,1	548,0	275,2	9,3	11 132,2	26,31	15,30	44,53	6,39	4,92	2,47	0,08
	15.	2 910,3	1 665,8	4 839,8	700,4	542,8	272,3	9,3	10 940,7	26,60	15,23	44,24	6,40	4,96	2,49	0,08
	22.	2 946,7	1 764,6	4 908,4	699,9	543,1	271,3	9,3	11 143,3	26,44	15,84	44,05	6,28	4,87	2,44	0,08
	29.	2 984,3	1 822,3	5 047,5	706,3	546,6	272,5	9,3	11 388,8	26,21	16,00	44,32	6,20	4,80	2,39	0,08
September	5.	2 938,9	1 707,8	4 947,6	704,7	546,7	272,8	9,3	11 127,8	26,41	15,35	44,46	6,34	4,91	2,45	0,08
	15.	2 929,6	1 659,9	4 843,5	694,3	541,6	270,4	9,3	10 948,6	26,76	15,16	44,24	6,34	4,95	2,47	0,08
	23.	2 970,6	1 747,7	4 852,6	689,0	538,0	268,8	9,3	11 076,0	26,82	15,78	43,81	6,22	4,86	2,43	0,08
	30.	3 056,4	1 852,3	5 077,7	698,6	544,3	270,7	9,3	11 509,3	26,56	16,09	44,12	6,07	4,73	2,35	0,08
Oktober	7.	2 982,6	1 734,1	4 972,9	695,3	544,8	270,6	9,3	11 209,6	26,61	15,47	44,36	6,20	4,86	2,42	0,08
	15.	2 971,7	1 688,2	4 858,2	685,5	539,3	268,1	9,3	11 020,3	26,97	15,32	44,08	6,22	4,90	2,43	0,08
	23.	3 034,1	1 817,3	4 946,4	685,9	539,8	268,0	9,3	11 300,8	26,85	16,08	43,77	6,07	4,78	2,37	0,08
	31.	3 093,1	1 845,0	5 072,6	695,0	547,1	270,9	9,3	11 533,0	26,82	16,00	43,98	6,03	4,74	2,35	0,08
November	7.	3 055,2	1 752,2	5 010,9	695,0	549,2	271,7	9,3	11 343,5	26,93	15,45	44,17	6,13	4,84	2,40	0,08
	14.	3 046,7	1 725,4	4 898,5	686,0	544,7	269,8	9,3	11 180,4	27,25	15,44	43,81	6,14	4,87	2,41	0,08
	21.	3 088,0	1 831,3	4 962,3	689,8	545,3	270,8	9,3	11 396,8	27,10	16,07	43,54	6,05	4,78	2,38	0,08
	28.	3 203,1	2 012,4	5 265,2	707,0	556,6	275,5	9,3	12 029,1	26,63	16,73	43,77	5,88	4,62	2,29	0,08
Dezember	5.	3 218,9	1 931,8	5 236,9	718,5	565,8	279,8	9,3	11 961,0	26,91	16,15	43,78	6,01	4,73	2,34	0,08
	15.	3 332,3	1 987,3	5 277,6	725,6	571,2	282,9	9,3	12 186,2	27,34	16,31	43,31	5,95	4,69	2,32	0,08
	23.	3 577,5	2 192,4	5 537,4	747,5	583,4	288,2	9,3	12 935,7	27,65	16,95	42,81	5,78	4,51	2,23	0,07
	31.	3 545,1	2 045,6	5 316,1	737,4	578,1	286,8	9,3	12 518,4	28,32	16,34	42,47	5,99	4,62	2,29	0,07
Jahres- durchschnitt	1967	2 717,4	1 421,0	4 483,5	633,6	505,4	242,9	9,6	10 013,4	27,14	14,19	44,77	6,33	5,06	2,43	0,09
	1968	2 888,7	1 574,4	4 664,1	663,6	522,1	255,2	9,4	10 577,5	27,31	14,89	44,09	6,27	4,94	2,41	0,09
	1969	3 077,5	1 755,0	4 920,8	689,9	539,7	267,7	9,3	11 259,9	27,33	15,59	43,70	6,13	4,79	2,38	0,08

Giroverkehr

Beilage Nr. 3

Umsätze	Jahr	Barzahlungen	Verrechnungen	Platzübertragungen ¹	Übertragungen von und nach andern Bankplätzen	Total	Barzahlungen	Verrechnungen	Platzübertragungen ¹	Übertragungen von und nach andern Bankplätzen	Total
<i>Zahl der Posten</i>						<i>In 1000 Franken</i>					
Gutschriften	1965	18 539	87 645	1 755 418	83 676	1 945 278	1 412 532	39 254 638	309 479 628	41 215 644	391 362 442
	1966	18 684	89 770	1 942 803	83 347	2 134 604	1 488 949	39 436 745	417 296 432	48 460 423	506 682 549
	1967	19 392	88 243	2 170 003	82 953	2 360 591	1 687 434	47 294 357	554 963 540	55 185 749	659 131 080
	1968	18 697	93 292	2 436 780	86 649	2 635 418	1 735 451	57 437 034	804 732 722	66 387 373	930 292 580
	1969	17 245	89 305	2 779 022	93 071	2 978 643	2 026 230	61 414 812	1 259 691 586	82 322 838	1 405 455 466
Belastungen	1965	31 477	83 876	1 755 418	98 634	1 969 405	14 435 531	25 216 140	309 479 628	42 115 337	391 246 636
	1966	32 081	85 886	1 942 803	96 429	2 157 199	15 494 030	25 074 101	417 296 432	48 850 657	506 715 220
	1967	31 686	91 810	2 170 003	96 840	2 390 339	16 335 171	33 783 873	554 963 540	54 235 408	659 317 992
	1968	33 727	93 118	2 436 780	101 328	2 664 953	18 330 487	36 978 440	804 732 722	68 264 389	928 306 038
	1969	32 827	88 557	2 779 022	106 521	3 006 927	19 348 391	42 664 429	1 259 691 586	83 199 292	1 404 903 698
Total	1965	50 016	171 521	3 510 836	182 310	3 914 683	15 848 063	64 470 778	618 959 256	83 330 981	782 609 078
	1966	50 765	175 656	3 885 606	179 776	4 291 803	16 982 979	64 510 846	834 592 864	97 311 080	1 013 397 769
	1967	51 078	180 053	4 340 006	179 793	4 750 930	18 022 605	81 078 230	1 109 927 080	109 421 157	1 318 449 072
	1968	52 424	186 410	4 873 560	187 977	5 300 371	20 065 938	94 415 474	1 609 465 444	134 651 762	1 858 598 618
	1969	50 072	177 862	5 558 044	199 592	5 985 570	21 374 621	104 079 241	2 519 383 172	165 522 130	2 810 359 164
<i>Prozentuale Verteilung</i>											
Gutschriften	1965	0,95	4,51	90,24	4,30	100	0,36	10,03	79,08	10,53	100
	1966	0,87	4,21	91,01	3,91	100	0,29	7,78	82,36	9,57	100
	1967	0,82	3,74	91,93	3,51	100	0,25	7,18	84,20	8,37	100
	1968	0,71	3,54	92,46	3,29	100	0,19	6,17	86,50	7,14	100
	1969	0,58	3,00	93,30	3,12	100	0,14	4,37	89,63	5,86	100
Belastungen	1965	1,60	4,26	89,13	5,01	100	3,69	6,44	79,10	10,77	100
	1966	1,49	3,98	90,06	4,47	100	3,06	4,95	82,35	9,64	100
	1967	1,33	3,84	90,78	4,05	100	2,48	5,12	84,17	8,23	100
	1968	1,27	3,49	91,44	3,80	100	1,98	3,98	86,69	7,35	100
	1969	1,09	2,95	92,42	3,54	100	1,38	3,04	89,66	5,92	100
Total	1965	1,28	4,38	89,68	4,66	100	2,02	8,24	79,09	10,65	100
	1966	1,18	4,09	90,54	4,19	100	1,67	6,37	82,36	9,60	100
	1967	1,08	3,79	91,35	3,78	100	1,37	6,15	84,18	8,30	100
	1968	0,99	3,51	91,95	3,55	100	1,08	5,08	86,60	7,24	100
	1969	0,84	2,97	92,86	3,33	100	0,76	3,70	89,65	5,89	100

¹ Mit Einschluss des Bankenclearing.

Geschäftsverkehr der einzelnen Bankstellen¹

Beilage Nr. 4

Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuenburg	St. Gallen	Zürich	Total
<i>In 1000 Franken</i>											
Kassenumsatz											
1965	1 447 146	3 955 326	16 386 525 ²	3 929 163	3 957 380	1 746 834	1 603 509	1 114 522	2 423 873	11 365 508	47 929 786 ²
1966	1 687 043	4 330 273	18 145 147 ²	4 256 644	4 115 651	1 757 022	1 744 751	1 320 115	2 646 270	11 959 946	51 962 862 ²
1967	1 887 470	4 659 851	20 085 069 ²	4 198 822	4 620 864	1 890 965	1 845 550	1 434 089	2 825 660	12 765 403	56 213 743 ²
1968	2 085 924	5 375 353	20 901 945 ²	4 457 674	5 132 418	2 269 244	1 916 792	1 495 905	3 247 864	14 825 503	61 708 622 ²
1969	2 152 257	5 231 731	19 167 616 ²	4 961 488	5 393 366	2 574 005	2 113 991	1 596 531	3 678 080	15 398 795	62 267 860 ²
Devisenverkehr											
1965	—	—	—	—	—	—	—	—	—	53 340 548	53 340 548
1966	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47 396 096	47 396 096
1967	—	—	—	—	—	—	—	—	—	67 305 048	67 305 048
1968	—	—	—	—	—	—	—	—	—	99 530 601	99 530 601
1969	—	—	—	—	—	—	—	—	—	101 135 287	101 135 287
Diskontierungen von Schweizerwchseeln, Schatzanweisungen des Bundes und Obligationen											
1965	19 065	30 561	91 566	11 281	18 285	4 396	85 818	24 345	56 169	409 049	750 535
1966	22 193	38 074	92 608	16 678	31 179	5 460	91 553	26 050	52 667	432 252	808 714
1967	37 752	25 874	57 553	6 944	26 868	21 123	84 064	24 861	47 833	348 250	681 122
1968	35 447	28 838	52 213	5 442	28 090	27 621	76 889	26 332	55 889	947 572	1 284 333
1969	32 072	42 543	99 055	4 669	24 168	29 921	74 321	35 551	49 999	5 227 908	5 620 207
Neue Lombardvorschüsse											
1965	15 574	12 294	184 869	34 363	51 636	1 564	98 400	32 567	131 163	20 113	582 543
1966	29 692	23 366	275 229	70 096	71 304	7 614	155 205	38 797	169 274	78 208	918 785
1967	24 690	7 824	247 478	53 720	108 953	9 424	141 335	9 972	103 156	53 097	759 649
1968	29 873	17 052	241 115	46 795	78 319	5 476	114 115	15 671	157 332	220 670	926 418
1969	56 478	86 595	682 937	42 669	188 719	26 545	171 410	9 084	177 319	1 255 452	2 697 208
Verkehr mit den Korrespondenten im Inland											
1965	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18 429 813	18 429 813
1966	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19 678 154	19 678 154
1967	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20 524 424	20 524 424
1968	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22 274 480	22 274 480
1969	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23 794 101	23 794 101
Verkehr mit den Korrespondenten im Ausland											
1965	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 440 573	5 440 573
1966	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 272 003	5 272 003
1967	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9 149 887	9 149 887
1968	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 046 031	5 046 031
1969	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 664 884	5 664 884

¹ Der Verkehr der Agenturen ist in den Verkehrszahlen der vorgesetzten Bankstelle enthalten.

² Einschliesslich Gold im Ausland.

Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuenburg	St.Gallen	Zürich	Total
<i>In 1000 Franken</i>											
Inkassoverkehr (Einreichungen)											
1965	1 137	31 392	798 009	24 669	18 444	54	8 715	10 094	3 101	89 848	985 463
1966	1 740	17 293	911 757	18 528	24 766	31	8 497	9 687	2 073	85 738	1 080 110
1967	1 224	10 645	1 080 046	19 838	23 360	6 169	4 330	8 636	2 951	123 579	1 280 778
1968	1 742	9 527	1 108 164	31 618	22 563	4 923	3 812	10 602	3 674	183 477	1 380 102
1969	930	21 339	1 305 999	16 243	29 890	3 775	6 241	8 201	3 248	99 036	1 494 902
Giroverkehr											
1965	3 351 165	31 087 674	17 346 015	23 282 154	8 813 149	2 057 548	3 610 835	2 428 715	6 064 227	684 567 596	782 609 078
1966	3 407 863	38 829 405	19 730 183	21 959 414	9 839 275	2 163 506	4 288 043	2 601 002	6 723 230	903 855 847	1 013 397 768
1967	3 362 918	40 833 925	23 507 049	26 220 669	9 980 486	2 391 188	4 150 136	2 539 302	6 951 697	1 198 511 702	1 318 449 072
1968	3 461 814	53 243 503	25 894 224	34 069 795	11 618 072	3 402 395	4 388 856	2 657 494	7 594 026	1 712 268 439	1 858 598 618
1969	3 752 401	72 685 342	30 342 782	38 476 200	14 180 040	3 774 960	5 478 721	2 969 979	8 521 605	2 630 177 134	2 810 359 164
Verkehr mit den Bundesverwaltungen											
1965	—	—	71 030 049	—	—	—	—	—	—	—	71 030 049
1966	—	—	78 449 841	—	—	—	—	—	—	—	78 449 841
1967	—	—	82 948 824	—	—	—	—	—	—	—	82 948 824
1968	—	—	89 875 687	—	—	—	—	—	—	—	89 875 687
1969	—	—	98 197 804	—	—	—	—	—	—	—	98 197 804
Verkehr mit Deponenten											
1965	6 266	21 688	103 310	27 086	7 075	4 544	6 746	9 003	5 068	669 191	859 977
1966	6 976	25 660	81 781	25 658	7 385	4 579	7 443	10 732	3 508	3 420 039	3 593 761
1967	8 671	23 868	111 481	35 730	11 648	4 130	6 698	10 126	4 309	3 197 645	3 414 306
1968	6 146	37 770	130 407	30 104	11 005	1 711	7 231	13 543	3 486	6 253 815	6 495 218
1969	6 423	34 527	135 995	21 707	10 431	1 882	5 295	10 159	3 984	6 373 773	6 604 176
Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)											
1965	11 792 825	63 206 879	236 299 312	40 779 219	26 210 181	7 743 606	13 016 416	7 592 592	21 368 598	903 100 234	1 331 109 862
1966	12 540 489	77 620 186	261 385 995	40 804 795	29 431 966	8 160 323	15 012 798	8 225 913	23 184 512	1 131 839 679	1 608 206 656
1967	13 049 491	80 601 059	278 088 455	45 987 719	30 099 210	8 717 574	15 237 205	8 352 997	24 375 837	1 458 526 002	1 963 035 549
1968	14 623 361	103 382 249	298 951 649	56 823 006	35 129 482	11 491 502	16 107 685	8 187 336	28 299 491	2 030 109 042	2 603 104 803
1969	14 329 101	137 121 237	317 256 123	64 968 110	38 475 574	12 440 696	18 038 788	10 036 451	29 645 185	2 975 212 652	3 617 523 917
Umsatz der Abrechnungsstellen											
1965	—	3 236 475	398 446	3 940 764	778 817	—	—	69 937 ³	102 204	1 839 914	10 366 557
1966	—	4 965 513	485 803	3 837 990	818 351	—	—	85 201 ³	105 065	1 935 620	12 233 543
1967	—	4 622 678	499 339	5 372 152	838 792	—	—	85 662 ³	110 270	2 046 150	13 575 043
1968	—	7 086 736	510 001	7 191 969	1 137 813	—	—	89 644 ³	113 284	2 543 924	18 673 371
1969	—	8 315 050	585 332	8 223 314	1 316 361	—	—	118 806 ³	140 239	2 977 891	21 676 993

³ Einschliesslich Umsatz der Abrechnungsstelle in La Chaux-de-Fonds.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr.5, Tabelle I

Bestände am Jahresende

Jahr	Metallbestand			Devisen ²	Inlandportefeuille			Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lom- bard- vor- schüsse	
	Gold ¹	Silber	Total		Schweizer- wechsel	Schatz- anweisun- gen ³	Diskon- tierte Obliga- tionen			Total
<i>In Millionen Franken</i>										
1907	75,5	5,8	81,3	27,7	77,9	—	—	77,9	—	2,7
1908	117,5	7,2	124,7	44,7	63,7	—	—	63,7	—	10,4
1909	124,0	14,4	138,4	48,2	111,0	—	—	111,0	—	14,7
1910	155,6	10,2	165,8	59,1	99,8	—	—	99,8	—	18,0
1911	160,7	9,2	169,9	24,6	130,4	—	7,0	137,4	—	16,8
1912	173,1	12,8	185,9	26,7	146,2	—	5,1	151,3	—	25,5
1913	170,0	20,8	190,8	42,3	100,0	—	9,4	109,4	—	28,4
1914	237,9	24,9	262,8	34,4	114,7	58,0	8,3	181,0	—	19,6
1915	250,1	51,3	301,4	49,6	63,9	75,0	3,5	142,4	—	21,0
1916	345,0	52,5	397,5	63,3	56,3	123,0	4,5	183,8	—	22,1
1917	357,7	51,8	409,5	47,8	88,4	233,0	6,0	327,4	—	45,2
1918	414,7	58,4	473,1	70,6	249,8	312,0	6,5	568,3	—	40,9
1919	517,0	73,6	590,6	94,8	184,1	301,0	2,0	487,1	—	32,7
1920	542,9	121,6	664,5	25,4	167,1	280,0	5,8	452,9	—	36,6
1921	549,5	108,3	657,8	58,8	44,8	287,0	2,9	334,7	—	76,2
1922	535,1	103,9	639,0	74,1	33,9	325,0	2,0	360,9	—	62,2
1923	537,2	90,7	627,9	94,4	102,5	155,0	4,5	262,0	—	85,3
1924	505,9	87,2	593,1	193,3	81,2	78,0	5,7	164,9	—	70,8
1925	467,1	89,3	556,4	222,5	70,2	68,5	3,2	141,9	—	72,4
1926	471,8	72,8	544,6	222,0	91,7	83,1	5,5	180,3	—	60,6
1927	517,0	62,9	579,9	197,9	128,8	71,7	6,2	206,7	—	78,5
1928	533,0	45,8	578,8	258,6	157,1	53,9	6,8	217,8	—	82,9
1929	595,0	23,5	618,5	362,3	95,2	39,1	15,1	149,4	—	75,2
1930	712,9	—	712,9	353,4	86,7	—	8,0	94,7	—	53,4
1931	2 346,9	—	2 346,9	107,0	27,7	0,4	6,5	34,6	—	64,7
1932	2 471,2	—	2 471,2	88,6	12,8	0,2	6,7	19,7	4,6	48,7
1933	1 998,1	—	1 998,1	17,7	19,0	15,2	16,7	50,9	58,3	94,7
1934	1 909,8	—	1 909,8	7,5	13,4	4,0	8,9	26,3	5,9	118,0
1935	1 388,8	—	1 388,8	8,3	25,3	114,6	12,6	152,5	85,5	142,2
1936	2 709,0	—	2 709,0	57,6	7,7	9,5	2,3	19,5	28,5	46,8
1937	2 679,2	—	2 679,2	513,1	5,3	1,7	1,9	8,9	10,3	34,8
1938	2 889,6	—	2 889,6	279,7	52,5	101,5	1,1	155,1	3,8	21,9
1939	2 261,6	—	2 261,6	361,7	46,3	46,4	5,7	98,4	6,8	89,6
1940	2 173,2	—	2 173,2	996,8	63,2	149,3	2,1	214,6	2,8	45,4

¹ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921: 1 kg Feingold = Fr. 3440; vom 11. November 1921 bis 6. Oktober 1936: 1 kg = Fr. 3435,555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639,13; seit 31. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4869,80.

² 1907 und 1908 nur Auslandswchsel; von 1909 bis 1927 nur Auslandswchsel und Sichtguthaben im Ausland.

³ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Kor-respon-denten im Inland ⁴	Noten-umlauf	Deckung des Noten-umlaufs durch den Metall-bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten				Total	Bilanz-summe	Jahr
				<i>Girorech-nungen von Banken, Handel und Industrie</i>	<i>Rech-nungen der Bundesver-waltungen</i>	<i>Rech-nungen der Depo-nenten</i>	<i>Konti Zahlungs-u. Clearing-abkommen</i>			
<i>In Millionen Franken</i>			%	<i>In Millionen Franken</i>						
3,8	10,5	159,2	51,09	19,5	5,7	0,6	—	25,8	243,8	1907
6,2	8,2	204,1	61,11	21,1	13,1	0,8	—	35,0	292,9	1908
10,8	28,4	261,5	52,91	29,4	39,6	1,4	—	70,4	386,0	1909
10,0	35,0	297,2	55,77	22,4	45,7	0,7	—	68,8	421,0	1910
16,5	18,9	314,8	53,96	24,6	23,8	0,9	—	49,3	419,3	1911
7,1	19,2	339,2	54,80	28,9	25,4	1,2	—	55,5	451,0	1912
6,4	16,1	313,8	60,79	27,4	30,6	1,0	—	59,0	429,9	1913
9,3	14,7	455,9	57,65	54,6	8,6	7,6	—	70,8	589,2	1914
8,1	29,0	465,6	64,72	61,0	14,3	7,4	—	82,7	608,7	1915
6,8	18,2	536,5	74,07	89,8	12,7	27,3	—	129,8	735,1	1916
7,3	18,0	702,3	58,30	89,0	42,6	7,1	—	138,7	908,7	1917
8,6	28,1	975,7	48,49	79,1	20,1	88,4	—	187,6	1 239,0	1918
6,6	36,1	1 036,1	57,00	121,0	18,7	41,5	—	181,2	1 298,2	1919
5,9	35,0	1 023,7	64,90	146,4	11,4	5,4	—	163,2	1 273,1	1920
6,5	27,2	1 009,3	65,17	116,5	7,7	4,4	—	128,6	1 224,7	1921
9,8	18,9	976,4	65,44	147,4	11,0	5,7	—	164,1	1 224,3	1922
8,6	30,0	982,0	63,94	80,0	13,0	10,4	—	103,4	1 166,4	1923
6,8	38,6	913,9	64,89	102,8	8,3	6,0	—	117,1	1 107,5	1924
6,6	34,4	875,8	63,53	113,2	4,7	6,3	—	124,2	1 075,1	1925
6,4	33,6	873,9	62,31	127,0	4,3	5,5	—	136,8	1 087,6	1926
9,2	34,6	917,4	63,20	123,8	18,4	9,2	—	151,4	1 147,5	1927
19,0	40,6	952,6	60,75	141,5	54,0	6,6	—	202,1	1 236,4	1928
5,4	40,2	999,2	61,90	171,7	28,5	7,1	—	207,3	1 288,9	1929
104,0	32,7	1 062,1	67,12	213,2	28,0	7,9	—	249,1	1 391,9	1930
37,9	25,6	1 609,4	145,82	883,2	40,1	44,9	—	968,2	2 659,5	1931
50,8	15,7	1 612,6	153,24	922,3	51,0	67,9	—	1 041,2	2 743,5	1932
27,7	19,9	1 509,5	132,36	629,6	9,4	51,4	—	690,4	2 309,7	1933
52,5	19,2	1 440,3	132,80	539,4	39,6	45,9	—	624,9	2 179,2	1934
44,9	26,7	1 366,3	101,65	357,9	7,6	24,8	16,4	406,7	1 887,4	1935
15,9	14,2	1 482,2	182,76	1 093,9	183,4	29,9	62,9	1 370,1	3 505,9	1936
30,7	11,4	1 530,5	175,05	1 602,6	12,5	35,4	71,9	1 722,4	3 902,3	1937
90,9	9,6	1 751,0	165,02	1 592,6	8,2	31,2	39,9	1 671,9	4 081,0	1938
80,9	16,6	2 049,9	110,33	686,7	10,9	32,0	67,8	797,4	3 501,8	1939
87,8	20,0	2 273,4	95,59	1 018,6	6,8	41,6	119,9	1 186,9	3 727,7	1940

⁴ 1907 und 1908 einschliesslich Auslandskorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr.5, Tabelle I (Forts.)

Bestände am Jahresende

Jahr	Goldbestand ¹	Devisen	Ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken	Kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Notenbanken	Inlandportefeuille			Total	Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Eigene Wertschriften	Guthaben bei Korrespondenten	
					Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²	Diskontierte Obligationen					im Inland	im Ausland
<i>In Millionen Franken</i>													
1941	2 878,5	679,0	—	—	32,5	4,4	2,3	39,2	12,8	25,0	69,6	15,8	—
1942	3 565,2	61,8	—	—	123,8	85,3	0,8	209,9	12,0	25,2	63,9	16,3	—
1943	4 172,7	83,0	—	—	92,0	0,4	0,7	93,1	0,3	18,4	64,5	14,2	—
1944	4 554,1	102,4	—	—	69,5	—	1,6	71,1	—	27,6	64,2	13,9	—
1945	4 777,0	162,5	—	—	78,1	39,9	5,9	123,9	6,7	67,6	62,1	27,5	—
1946	4 949,9	158,0	—	—	46,1	14,5	13,9	74,5	9,6	164,2	52,7	51,7	—
1947	5 256,2	102,5	—	—	116,3	20,1	18,8	155,2	13,6	246,6	48,4	68,6	—
1948	5 821,0	236,6	—	—	115,2	1,5	8,8	125,5	1,6	79,0	47,4	50,4	—
1949	6 240,2	260,0	—	—	81,4	2,0	0,7	84,1	0,1	31,0	39,7	26,7	—
1950	5 975,8	256,4	—	—	165,3	31,5	4,4	201,2	—	85,0	40,9	60,3	—
1951	6 003,8	227,6	—	—	233,8	4,6	12,7	251,1	1,4	58,9	39,9	53,0	—
1952	5 876,1	490,9	—	—	243,9	—	1,8	245,7	—	64,0	40,1	37,5	—
1953	6 086,1	522,2	—	—	190,8	14,7	1,1	206,6	—	65,2	35,5	34,9	—
1954	6 323,4	649,8	—	—	91,6	2,0	9,6	103,2	—	116,6	46,5	41,3	—
1955	6 686,3	624,1	—	—	129,2	2,0	23,0	154,2	—	131,8	45,9	47,8	—
1956	7 102,9	627,0	—	—	170,9	21,5	80,0	272,4	—	186,9	45,7	56,1	—
1957	7 383,5	781,4	—	—	193,9	—	31,9	225,8	—	52,0	45,3	41,4	—
1958	8 329,3	560,9	—	—	56,0	—	2,3	58,3	—	21,8	44,6	33,0	—
1959	8 369,3	534,6	—	—	50,6	—	7,3	57,9	—	39,7	44,2	45,2	6,4
1960	9 454,7	583,0	—	—	49,2	—	4,3	53,5	—	37,8	43,3	45,1	6,8
1961	11 078,0	842,4	—	—	62,2	—	7,3	69,5	—	66,3	42,9	58,3	6,8
1962	11 543,3	867,4	207,0	—	67,4	45,0	11,2	123,6	—	71,7	42,8	77,8	10,2
1963	12 203,8	1 083,3	207,0	—	87,5	35,0	19,7	142,2	—	97,5	51,7	61,5	9,4
1964	11 793,6	1 679,1	432,0	431,3	109,8	24,8	28,0	162,6	—	77,7	65,3	75,3	17,0
1965	13 164,2	852,6	432,0	428,5	98,1	9,5	31,5	139,1	—	38,9	92,9	66,1	14,5
1966	12 297,4	2 060,3	432,0	518,9	97,8	16,7	43,3	157,8	—	109,3	181,7	81,5	15,4
1967	13 369,7	1 986,7	432,0	173,9	99,4	—	43,1	142,5	—	86,6	181,9	72,4	14,6
1968	11 355,8	5 601,2	1 442,0	108,3	256,2	6,8	25,5	288,5	—	160,1	180,6	99,7	21,7
1969	11 434,5	5 792,9	1 851,0	—	584,7	118,5	28,2	731,4	—	277,1	170,2	89,5	20,1

¹ Bewertung seit 31. Mai 1940: 1 kg Feingold = Fr. 4869.80.

² Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

Noten- umlauf	Deckung des Noten- umlaufs durch den Gold- bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girorech- nungen von Banken mit voruber- gehender zeitlicher Bindung	Verbind- lich- keiten auf Zeit	Pflicht- depots gemäss Bundes- beschluss vom 13. März 1964	Bilanz- summe	Jahr
		<i>Girorech- nungen von Banken, Handel u. Industrie</i>	<i>Rechnun- gen der Bundes- verwal- tungen</i>	<i>Rechnun- gen der Depo- nenten</i>	<i>Konti Zahlungs- und Clearing- abkom- men</i>	<i>Guthaben auslan- discher Banken³</i>	<i>Total</i>					
<i>In Millionen Franken</i>	<i>%</i>	<i>In Millionen Franken</i>										
2 336,7	123,18	896,9	194,7	44,6	108,9	—	1 245,1	—	—	—	3 880,6	1941
2 637,3	135,18	1 147,8	13,6	42,0	95,7	—	1 299,1	—	—	—	4 226,4	1942
3 048,5	136,87	1 065,3	9,2	47,1	126,7	—	1 248,3	—	—	—	4 597,2	1943
3 548,0	128,35	835,5	27,7	50,9	109,7	—	1 023,8	—	—	—	4 868,6	1944
3 835,2	124,55	843,2	6,6	106,8	162,0	—	1 118,6	—	—	—	5 266,5	1945
4 090,7	121,00	662,3	194,6	84,2	223,5	—	1 164,6	—	—	—	5 499,8	1946
4 383,4	119,91	722,3	127,2	59,4	263,4	—	1 172,3	—	—	—	5 932,1	1947
4 594,3	126,70	960,0	11,2	49,9	221,7	—	1 242,8	—	337,1	—	6 400,6	1948
4 566,3	136,66	1 334,8	105,8	40,9	249,6	—	1 731,1	—	200,0	—	6 721,9	1949
4 663,8	128,13	1 042,1	485,6	75,2	170,2	—	1 773,1	—	—	—	6 658,6	1950
4 927,3	121,85	1 101,9	225,4	41,6	159,9	—	1 528,8	—	—	—	6 675,9	1951
5 121,9	114,73	1 209,2	78,9	39,0	126,8	—	1 453,9	—	—	—	6 796,8	1952
5 228,5	116,40	1 147,3	157,3	64,8	171,5	—	1 540,9	—	—	—	6 996,8	1953
5 411,6	116,85	1 255,2	216,1	49,4	171,5	—	1 692,2	—	—	—	7 327,2	1954
5 515,5	121,23	1 623,8	268,9	15,6	82,1	—	1 990,4	—	—	—	7 738,2	1955
5 809,7	122,26	1 570,6	609,2	17,4	89,2	—	2 286,4	—	—	—	8 340,1	1956
5 931,2	124,49	1 831,1	471,0	16,2	74,7	—	2 393,0	—	—	—	8 574,6	1957
6 109,3	136,34	2 541,2	105,7	18,2	61,3	—	2 726,4	—	—	—	9 098,9	1958
6 343,9	131,93	2 330,7	165,6	16,9	22,1	—	2 535,3	—	—	—	9 141,5	1959
6 854,1	137,94	2 288,4	416,6	18,1	33,3	—	2 756,4	—	390,3	—	10 266,2	1960
7 656,0	144,70	1 996,1	662,5	19,7	37,2	231,5	2 947,0	1 035,0	293,5	—	12 206,6	1961
8 506,1	135,71	2 294,2	355,9	21,6	30,0	98,0	2 799,7	1 035,0	373,0	—	12 994,7	1962
9 035,4	135,07	2 700,0	389,4	27,3	39,3	31,8	3 187,8	1 035,0	357,3	—	13 910,2	1963
9 721,8	121,31	2 907,9	291,5	21,2	24,4	25,6	3 270,6	1 035,0	433,2	3,4	14 787,6	1964
10 042,5	131,08	3 005,0	126,2	19,0	20,9	44,3	3 215,4	1 035,0	602,0	19,9	15 287,6	1965
10 651,1	115,46	2 982,2	375,2	15,4	23,3	34,4	3 430,5	1 035,0	389,0	2,3	15 922,3	1966
11 326,8	118,04	3 810,8	230,7	20,5	29,0	53,9	4 144,9	—	550,0	—	16 519,0	1967
12 047,3	94,26	5 776,2	505,0	23,9	33,4	75,1	6 413,6	—	233,1	—	19 339,7	1968
12 518,4	91,34	6 353,4	493,0	18,8	40,0	49,6	6 954,8	—	141,9	—	20 482,5	1969

³ Vor 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr.5, Tabelle II

Jahresdurchschnitte

Jahr	Metallbestand			Devisen ²	Inlandportefeuille			Total	Wechsel der eidg. Darlehens-kasse	Lom-bard-vor-schüsse
	Gold ¹	Silber	Total		Schweizer-wechsel ³	Schatzan-weisungen ⁴	Diskon-tierte Obli-gationen			
<i>In Millionen Franken</i>										
1907	52,1	6,3	58,4	19,0	36,7	—	—	36,7	—	0,6
1908	98,3	8,1	106,4	39,0	24,0	—	—	24,0	—	2,5
1909	121,5	15,2	136,7	49,6	41,7	—	—	41,7	—	4,4
1910	143,3	16,1	159,4	44,7	70,9	—	—	70,9	—	5,9
1911	158,5	14,8	173,3	56,1	60,5	—	5,6	66,1	—	7,0
1912	168,1	13,0	181,1	34,7	78,1	—	4,5	82,6	—	12,2
1913	170,5	23,1	193,6	48,7	57,9	—	2,3	60,2	—	15,7
1914	195,1	17,2	212,3	45,9	103,5	—	7,2	110,7	—	20,1
1915	241,5	47,8	289,3	35,1	108,6	—	3,5	112,1	—	16,9
1916	271,5	54,0	325,5	72,1	126,1	—	1,2	127,3	—	17,7
1917	344,6	52,7	397,3	52,7	170,6	—	0,9	171,5	—	28,3
1918	377,1	55,3	432,4	53,7	321,7	—	2,1	323,8	—	36,4
1919	451,5	64,8	516,3	62,1	418,2	—	1,5	419,7	—	38,7
1920	534,2	93,0	627,2	84,6	303,1	—	4,0	307,1	—	32,3
1921	544,2	122,7	666,9	26,5	308,5	—	1,9	310,4	—	41,9
1922	532,4	111,1	643,5	72,8	251,3	—	1,6	252,9	—	49,1
1923	531,5	100,0	631,5	79,3	254,2	—	4,4	258,6	—	49,1
1924	518,6	94,5	613,1	122,9	153,0	—	4,3	157,3	—	66,6
1925	485,7	89,4	575,1	211,8	87,3	—	2,0	89,3	—	48,6
1926	429,1	85,9	515,0	218,0	105,0	—	2,0	107,0	—	45,6
1927	450,5	69,3	519,8	205,1	131,9	—	5,1	137,0	—	48,6
1928	450,3	56,2	506,5	219,8	144,5	—	7,9	152,4	—	62,8
1929	506,6	37,0	543,6	248,6	125,7	—	8,5	134,2	—	61,3
1930	607,2	5,6	612,8	361,6	40,0	—	8,4	48,4	—	42,2
1931	1 165,0	—	1 165,0	353,7	35,3	—	5,7	41,0	—	45,2
1932	2 546,0	—	2 546,0	81,4	13,9	4,6	4,5	23,0	3,0	45,8
1933	2 119,5	—	2 119,5	21,7	10,2	4,2	5,9	20,3	19,5	53,1
1934	1 788,1	—	1 788,1	14,1	12,3	20,2	6,1	38,6	21,5	75,0
1935	1 457,1	—	1 457,1	18,7	34,0	42,8	8,5	85,3	41,3	87,6
1936	1 690,5	—	1 690,5	23,7	9,4	79,9	4,5	93,8	50,7	63,8
1937	2 640,0	—	2 640,0	191,6	6,2	2,0	3,8	12,0	14,3	32,3
1938	2 849,0	—	2 849,0	384,3	17,1	16,3	1,5	34,9	5,7	22,7
1939	2 530,2	—	2 530,2	280,3	24,3	64,8	3,0	92,1	7,8	36,4
1940	2 144,9	—	2 144,9	517,0	67,5	143,1	3,4	214,0	6,5	66,8

¹ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921: 1 kg Feingold = Fr. 3440; vom 11. November 1921 bis 6. Oktober 1936: 1 kg = Fr. 3435,555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639,13; seit 31. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4869,80.

² 1907 und 1908 nur Auslandswchsel; von 1909 bis 1927 nur Auslandswchsel und Sichtguthaben im Ausland.

³ Bis 1931 einschliesslich Schatzanweisungen.

⁴ Vor 1932 nicht berechnet.

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Korre-spondenten im Inland ⁵	Notenumlauf	Deckung des Notenum-laufs durch den Metall-bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten				Total	Jahr
				<i>Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie</i>	<i>Rechnungen der Bundes-verwaltungen</i>	<i>Rechnungen der Deponenten</i>	<i>Konti Zahlungs-u. Clearing-abkommen</i>		
<i>In Millionen Franken</i>			<i>%</i>	<i>In Millionen Franken</i>					
3,2	9,6	88,9	65,74	15,3	9,4	1,0	—	25,7	1907
9,0	8,5	145,9	72,85	13,6	10,6	1,2	—	25,4	1908
8,0	6,3	191,4	71,41	17,5	18,2	1,3	—	37,0	1909
12,2	28,8	241,4	66,03	15,1	43,0	1,8	—	59,9	1910
12,5	22,4	253,6	68,35	16,3	40,8	1,6	—	58,7	1911
11,1	10,9	269,3	67,25	16,4	25,4	1,4	—	43,2	1912
9,3	11,2	272,4	71,09	15,8	28,5	0,7	—	45,0	1913
11,7	10,4	335,1	63,33	34,5	19,0	4,0	—	57,5	1914
8,9	23,6	409,9	70,57	44,0	20,4	6,3	—	70,7	1915
7,8	13,6	430,3	75,63	94,9	15,8	8,1	—	118,8	1916
7,6	13,4	535,8	74,15	80,9	19,9	10,3	—	111,1	1917
9,7	17,6	733,1	58,98	71,1	14,8	33,0	—	118,9	1918
7,7	21,4	905,8	57,00	73,9	16,7	29,0	—	119,6	1919
6,6	27,6	933,8	67,16	96,0	14,5	10,4	—	120,9	1920
5,8	20,2	925,1	72,09	95,3	12,5	4,8	—	112,6	1921
8,6	21,9	817,6	78,71	181,5	15,6	6,2	—	203,3	1922
8,9	18,4	875,0	72,17	130,0	14,0	8,6	—	152,6	1923
7,1	25,5	850,5	72,08	66,9	28,3	10,0	—	105,2	1924
7,1	21,7	797,6	72,10	98,3	11,8	6,3	—	116,4	1925
6,5	19,1	769,0	66,96	81,7	13,5	7,1	—	102,3	1926
6,5	24,6	798,8	65,06	85,4	19,2	6,3	—	110,9	1927
6,3	22,3	818,3	61,89	82,4	21,3	6,9	—	110,6	1928
3,9	24,9	855,7	63,52	89,4	15,5	7,4	—	112,3	1929
59,9	20,4	894,0	68,54	167,8	31,6	6,8	—	206,2	1930
85,8	15,1	1 141,0	102,09	483,0	25,8	19,1	—	527,9	1931
40,6	9,7	1 508,4	168,79	1 075,1	59,1	61,8	—	1 196,0	1932
61,7	12,0	1 440,1	147,17	702,7	24,8	62,6	—	790,1	1933
46,9	10,3	1 349,2	132,52	515,0	12,5	46,1	—	573,6	1934
55,7	11,2	1 283,0	113,57	349,9	14,0	29,4	5,0	398,3	1935
42,4	8,7	1 293,9	130,64	541,3	29,0	27,7	27,2	625,2	1936
17,9	6,6	1 378,4	191,51	1 305,3	86,1	28,4	69,5	1 489,3	1937
74,4	6,0	1 555,4	183,17	1 703,7	18,1	44,1	45,0	1 810,9	1938
93,2	7,5	1 802,3	140,38	1 093,2	12,0	33,1	44,4	1 182,7	1939
86,2	8,5	2 081,9	103,02	744,3	4,4	38,6	80,5	867,8	1940

⁵ 1907 und 1908 einschliesslich Auslandskorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr.5, Tabelle II (Forts.)

Jahresdurchschnitte

Jahr	Goldbestand ¹	Devisen	Inlandportefeuille			Total	Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Eigene Wertschriften	Guthaben bei Korrespondenten	
			Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²	Diskontierte Obligationen					im Inland	im Ausland
<i>In Millionen Franken</i>											
1941	2 347,3	1 153,5	63,8	63,9	1,6	129,3	9,3	25,4	73,5	7,5	—
1942	3 390,6	175,1	76,2	25,4	1,2	102,8	6,8	19,4	66,3	7,1	—
1943	3 774,4	65,6	87,1	61,2	0,7	149,0	0,4	16,7	64,8	7,4	—
1944	4 384,3	90,1	76,2	20,0	1,0	97,2	1,4	17,0	64,3	7,6	—
1945	4 691,1	117,3	68,1	112,8	1,1	182,0	0,3	19,6	63,8	9,3	—
1946	4 818,0	171,7	48,1	6,4	2,8	57,3	1,0	36,3	58,8	13,3	—
1947	5 129,9	113,6	36,2	8,0	7,7	51,9	3,9	59,7	50,8	16,8	—
1948	5 662,7	135,7	118,7	1,6	11,3	131,6	4,5	59,5	47,7	16,8	—
1949	6 046,1	305,2	102,4	0,3	2,2	104,9	0,2	27,6	41,7	9,7	—
1950	6 179,4	297,9	86,8	0,7	1,2	88,7	0,0	23,3	41,2	11,3	—
1951	6 000,9	225,5	150,0	2,6	2,3	154,9	0,1	30,9	40,1	13,8	—
1952	5 847,5	337,1	201,2	0,8	3,4	205,4	0,3	30,0	40,1	13,0	—
1953	5 998,7	511,4	191,6	0,7	0,9	193,2	—	24,7	35,8	13,0	—
1954	6 176,7	517,5	111,9	0,5	1,5	113,9	—	26,1	43,7	14,5	—
1955	6 304,5	597,9	88,9	1,2	8,6	98,7	—	44,7	46,1	17,1	—
1956	6 794,6	585,8	100,5	1,6	15,8	117,9	—	47,7	45,4	19,8	—
1957	7 096,4	538,3	128,5	0,5	15,8	144,8	—	31,6	45,4	16,3	—
1958	7 957,8	539,2	108,6	0,1	2,6	111,3	—	11,4	44,9	11,2	—
1959	8 285,9	444,1	46,6	—	0,7	47,3	—	8,5	44,3	10,5	4,9
1960	8 151,0	522,4	48,2	0,0	1,7	49,9	—	15,6	43,6	13,4	7,1
1961	10 049,6	1 121,6	48,0	—	1,5	49,5	—	13,8	43,0	13,0	8,1
1962	10 613,6	827,3	53,6	1,1	5,3	60,0	—	16,1	42,8	16,1	10,4
1963	10 753,3	844,1	59,6	2,7	4,5	66,8	—	17,5	91,9	16,3	11,5
1964	11 080,6	1 232,4	77,0	5,2	9,8	92,0	—	29,4	58,3	20,0	22,5
1965	11 672,4	971,7	77,5	5,6	10,0	93,1	—	20,9	78,0	22,1	21,5
1966	11 621,5	983,4	86,5	4,7	18,6	109,8	—	32,6	144,1	26,4	18,3
1967	11 982,3	1 351,8	92,5	4,7	15,0	112,2	—	30,5	185,1	26,9	20,9
1968	11 586,5	1 602,6	104,4	3,3	6,5	114,2	—	27,3	181,0	26,8	21,5
1969	11 431,6	2 020,8	193,4	9,3	19,6	222,3	—	71,1	176,0	32,2	23,2

¹ Bewertung seit 31. Mai 1940: 1 kg Feingold = Fr. 4869.80.

² Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Goldbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Guthaben ausländischer Banken ³	Total	Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Jahr
		Girorechnungen von Banken, Handel u. Industrie	Rechnungen der Bundesverwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs- u. Clearingabkommen						
<i>In Millionen Franken</i>	%	<i>In Millionen Franken</i>									
2 107,8	111,36	1 309,1	60,8	50,5	102,0	—	1 522,4	—	—	1941	
2 251,4	150,60	1 197,1	86,7	52,5	99,4	—	1 435,7	—	—	1942	
2 646,5	142,62	1 195,9	54,3	45,4	127,1	—	1 422,7	—	—	1943	
3 025,1	144,93	1 097,2	146,1	60,2	129,8	—	1 433,3	—	—	1944	
3 517,6	133,36	1 017,8	42,7	83,0	137,1	—	1 280,6	—	—	1945	
3 633,2	132,61	813,8	131,9	90,8	189,9	—	1 226,4	—	—	1946	
3 940,6	130,18	734,0	147,2	74,4	242,9	—	1 198,5	—	—	1947	
4 167,9	135,86	935,0	64,5	51,6	256,6	—	1 307,7	—	401,9	1948	
4 259,9	141,93	1 373,0	149,1	54,2	240,9	—	1 817,2	—	269,3	1949	
4 239,6	145,75	1 512,1	305,5	58,6	242,4	—	2 118,6	—	176,0 ⁴	1950	
4 419,5	135,78	1 269,2	384,0	51,3	153,0	—	1 857,5	—	—	1951	
4 596,2	127,22	1 176,7	319,5	41,7	154,2	—	1 692,1	—	—	1952	
4 783,6	125,40	1 373,9	203,8	99,8	127,7	—	1 805,2	—	—	1953	
4 904,0	125,95	1 354,5	229,1	54,4	164,2	—	1 802,2	—	—	1954	
5 056,8	124,67	1 397,2	303,2	30,3	142,9	—	1 873,6	—	—	1955	
5 189,7	130,92	1 672,0	458,7	17,7	74,3	—	2 222,7	—	—	1956	
5 467,2	129,80	1 788,4	283,8	17,6	106,4	—	2 196,2	—	—	1957	
5 501,2	144,66	2 600,3	270,6	17,9	66,5	—	2 955,3	—	—	1958	
5 705,3	145,23	2 610,3	264,9	17,8	36,4	—	2 929,4	—	—	1959	
6 042,4	134,90	2 112,3	289,0	17,6	23,8	—	2 442,7	—	399,2 ⁵	1960	
6 672,9	150,60	2 346,5	684,9	21,2	29,8	222,6 ⁶	3 198,4	1 035,0 ⁷	397,8	1961	
7 358,9	144,23	2 034,2	326,4	21,7	23,6	187,6	2 593,5	1 035,0	399,4	1962	
8 002,8	134,37	2 046,3	195,1	26,0	21,6	59,7	2 348,7	1 035,0	399,1	1963	
8 638,6	128,27	2 059,2	283,1	24,5	27,0	32,2	2 426,0	1 035,0	483,3	1964	
9 179,1	127,16	2 173,9	232,2	26,9	18,8	44,5	2 496,3	1 035,0	597,5	1965	
9 566,5	121,48	1 997,2	287,5	19,8	15,8	37,8	2 358,1	1 035,0	587,0	1966	
10 013,4	119,66	2 366,4	234,0	18,1	19,7	57,3	2 695,5	805,0	588,3	1967	
10 577,5	109,54	3 006,2	250,0	18,6	28,8	46,9	3 350,5	—	476,6	1968	
11 259,9	101,53	3 061,8	306,8	20,1	23,8	46,1	3 458,6	—	324,0	1969	

³ Vor 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

⁴ Durchschnitt Januar bis Juli.

⁵ Durchschnitt Oktober bis Dezember.

⁶ Durchschnitt Ende Juni bis Dezember.

⁷ Durchschnitt Ende März bis Dezember.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr.5, Tabelle III

Umsätze

Jahr	Kassen- umsatz ¹	Devisen- verkehr ²	Diskontierungen					Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften
			Inlandportefeuille							
			Schweizerwechsel		Schatzan- weisungen ³	Obli- gationen	Total			
			Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit						
In Millionen Franken			Tage	In Millionen Franken						
1907	1 819,5	124,4	317,7	28	—	—	317,7	—	13,4	6,4
1908	2 567,9	310,2	465,2	18	—	—	465,2	—	85,5	37,5
1909	2 890,5	337,4	569,4	29	—	—	569,4	—	113,6	44,0
1910	3 265,4	381,7	965,8	26	—	—	965,8	—	126,7	40,4
1911	3 548,0	364,8	903,0	26	—	12,4	915,4	—	127,9	46,5
1912	3 920,1	424,8	1 082,0	26	—	28,3	1 110,3	—	174,4	16,0
1913	3 798,2	472,3	956,9	21	—	27,3	984,2	—	215,1	12,4
1914	4 434,9	350,5	907,5	38	124,0	48,2	1 079,7	—	152,7	15,6
1915	3 649,1	430,6	484,1	33	444,0	22,5	950,6	—	94,1	5,6
1916	4 250,7	662,6	237,2	29	954,0	10,5	1 201,7	—	90,5	8,3
1917	4 479,0	513,8	336,9	28	1 392,0	12,5	1 741,4	—	175,4	6,8
1918	6 219,3	484,5	1 158,8	37	1 962,0	21,6	3 142,4	—	300,4	4,4
1919	5 690,1	740,2	1 384,0	32	2 365,0	11,4	3 760,4	—	275,8	2,9
1920	6 181,3	558,7	1 373,1	38	1 949,0	33,9	3 356,0	—	315,3	6,7
1921	5 964,1	428,8	516,1	35	1 884,0	15,2	2 415,3	—	262,7	6,5
1922	5 997,1	579,4	160,3	47	1 083,0	10,9	1 254,2	—	226,1	7,4
1923	5 818,9	584,2	476,2	35	1 419,0	27,7	1 922,9	—	341,9	4,5
1924	5 684,6	716,8	741,4	38	181,0	30,4	952,8	—	576,8	4,0
1925	6 314,6	1 098,6	292,1	35	174,4	11,8	478,3	—	317,4	27,3
1926	6 520,5	1 125,9	451,7	26	153,0	15,2	619,9	—	350,6	7,3
1927	7 056,5	1 199,3	828,7	28	93,0	30,5	952,2	—	470,4	12,8
1928	6 801,1	11 228,6	1 093,0	28	14,0	49,9	1 156,9	—	681,7	72,5
1929	6 689,1	10 499,3	957,9	29	24,0	56,4	1 038,3	—	712,7	37,5
1930	6 948,2	9 369,0	294,2	35	62,0	43,8	400,0	—	449,6	309,0
1931	9 386,6	15 370,5	229,7	41	193,0	33,4	456,1	—	406,7	449,9
1932	6 566,4	3 747,8	79,4	57	62,9	29,1	171,4	7,5	282,8	58,8
1933	6 171,0	5 310,7	73,7	52	139,7	43,7	257,1	143,8	394,2	88,0
1934	5 248,5	3 025,3	79,9	53	573,5	33,1	686,5	88,5	437,9	52,5
1935	5 706,7	4 566,6	245,7	52	431,6	57,5	734,8	272,8	664,9	119,9
1936	6 899,0	2 313,5	53,3	54	650,0	22,0	725,3	234,0	343,7	215,4
1937	6 030,0	7 893,4	39,0	55	10,6	21,0	70,6	63,0	165,9	31,5
1938	8 435,8	4 736,6	122,6	74	295,2	9,3	427,1	28,6	107,5	102,4
1939	9 870,8	5 348,1	106,3	75	449,8	19,7	575,8	41,4	277,2	118,5
1940	9 291,5	6 105,8	324,2	79	1 281,4	20,4	1 626,0	46,4	404,0	22,0

¹ Seit 1938 einschliesslich Gold im Ausland.

² 1907 bis 1927 ist nur der Betrag der diskontierten und angekauften Auslandswchsel angegeben; der Verkehr der Auslandskorrespondenten ist bis 1927 im Umsatz der Korrespondentenrechnungen im Inland inbegriffen.

³ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

Verkehr mit den Korrespondenten im Inland ⁴	Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit den Bundesverwaltungen	Verkehr mit Deponenten	Verkehr der Konti Zahlungs- und Clearingabkommen	Auf die Bank ausgestellte Checks u. Generalmandate ⁵	Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)	Umsatz der Abrechnungsstellen	Jahr
<i>In Millionen Franken</i>										
1 143,2	64,5	5 019,5	—	367,0	5,5	—	—	15 876,2	2 133,7	1907
1 839,4	131,0	10 610,1	37,9	1 066,5	12,0	—	22,9	31 056,2	2 997,4	1908
1 819,1	286,5	13 683,3	178,1	1 411,8	23,5	—	48,6	37 578,2	3 483,7	1909
2 205,8	360,9	16 616,6	297,6	1 663,9	42,8	—	48,6	44 845,6	4 036,0	1910
2 553,6	399,4	17 480,0	364,8	1 997,1	45,4	—	34,5	47 493,6	4 305,0	1911
2 852,8	454,8	19 641,0	454,8	2 115,1	57,7	—	34,7	55 760,6	4 614,6	1912
2 982,7	483,3	18 799,0	487,1	2 238,5	51,9	—	31,9	54 962,4	5 471,6	1913
2 353,7	323,5	17 438,1	502,6	2 353,8	194,9	—	23,9	56 172,0	4 146,8	1914
2 785,7	276,5	18 920,7	575,2	3 933,7	197,7	—	31,1	59 920,6	3 923,7	1915
3 980,9	254,0	26 918,2	707,1	5 655,7	329,0	—	42,6	86 220,6	4 914,9	1916
3 784,5	266,3	28 891,5	962,2	7 217,3	405,5	—	68,8	103 332,4	5 793,2	1917
4 088,9	381,2	38 016,6	1 328,7	10 155,4	1 122,8	—	59,5	142 371,6	7 578,0	1918
5 481,0	420,6	43 616,2	1 361,5	12 381,5	856,6	—	41,6	159 069,8	9 664,3	1919
6 312,9	477,2	51 599,2	1 554,5	12 693,5	382,9	—	34,9	169 423,4	14 831,3	1920
4 870,3	371,8	48 803,6	1 433,5	12 563,1	192,5	—	22,0	161 033,0	12 701,4	1921
4 712,9	293,9	46 262,0	1 368,9	10 601,1	311,6	—	26,0	121 686,4	10 281,2	1922
6 233,5	358,4	51 646,4	1 467,7	13 058,3	377,7	—	30,3	136 914,8	11 372,0	1923
7 274,2	459,2	57 981,2	1 652,5	10 874,4	494,3	—	22,2	130 707,2	13 128,4	1924
7 778,8	433,0	58 206,0	1 726,9	10 956,9	407,3	—	63,5	131 395,0	13 185,0	1925
6 405,5	430,4	63 755,5	1 707,0	10 280,9	436,2	—	55,5	133 765,6	13 617,9	1926
7 702,0	488,9	76 062,7	1 800,8	11 017,4	465,5	—	60,9	150 757,6	15 652,8	1927
2 933,8	593,3	79 462,8	1 951,0	11 276,1	1 204,3	—	66,4	159 714,6	14 747,6	1928
2 956,3	589,0	77 063,9	2 121,7	11 626,5	1 985,5	—	61,3	158 593,7	13 761,5	1929
2 888,1	549,0	78 448,4	2 204,5	13 656,5	1 755,1	—	142,2	158 659,2	12 586,0	1930
2 706,1	628,6	74 074,5	2 139,2	12 082,0	1 047,1	—	179,7	170 066,7	10 243,8	1931
2 456,3	584,1	41 755,3	2 028,2	10 291,6	526,8	—	169,3	108 175,0	5 193,3	1932
2 321,2	511,2	44 954,6	2 048,4	9 904,4	566,7	—	160,0	113 801,0	4 824,6	1933
2 292,0	467,0	39 524,8	2 151,1	11 038,7	790,2	—	136,0	104 803,8	4 013,8	1934
2 222,7	320,5	39 566,4	2 113,7	9 803,0	542,0	2 157,9	110,5	109 537,7	3 267,8	1935
2 150,5	296,6	41 231,0	1 990,9	11 230,1	609,4	2 627,7	104,0	118 067,9	3 066,7	1936
2 311,6	287,5	44 139,2	2 357,1	9 161,2	574,6	3 680,8	134,8	128 825,4	3 712,9	1937
2 298,6	272,5	41 076,5	2 492,3	9 636,8	496,5	3 589,6	138,4	113 198,6	3 563,9	1938
2 446,0	307,5	41 412,6	2 677,2	11 175,3	589,3	3 905,3	181,9	125 049,3	3 331,8	1939
2 496,4	283,9	34 238,1	3 764,3	16 059,7	674,5	5 179,8	161,4	141 568,3	2 130,3	1940

⁴ 1907 bis 1927 einschliesslich Verkehr der Auslandskorrespondenten; ab 1928 nur Verkehr der Korrespondenten im Inland.

⁵ Bis 1924 nur Generalmandate.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 5, Tabelle III (Forts.)

Umsätze

Jahr	Kassen- umsatz ¹	Devisen- verkehr	Diskontierungen					Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften	
			Inlandportefeuille								
			Schweizerwechsel		Schatzan- weisungen ²	Obli- gationen	Total				
			Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit							
In Millionen Franken			Tage	In Millionen Franken							
1941	7 836,4	7 844,4	290,1	86	728,9	10,5	1 029,5	58,5	158,1	24,0	
1942	9 194,0	5 280,4	462,3	86	474,6	6,9	943,8	49,9	152,6	15,3	
1943	9 683,4	1 936,9	459,2	85	663,2	3,9	1 126,3	16,4	134,0	4,4	
1944	10 522,5	3 119,5	566,8	77	404,1	8,3	979,2	19,8	141,5	4,9	
1945	12 005,6	6 734,2	408,3	74	977,8	10,7	1 396,8	65,7	276,1	7,0	
1946	14 043,1	4 716,9	363,5	74	236,8	26,6	626,9	61,5	498,0	17,4	
1947	21 023,4	3 584,3	275,6	66	74,4	63,8	413,8	84,1	864,9	11,5	
1948	17 787,7	4 936,2	808,4	71	27,6	60,2	896,2	59,5	664,6	5,0	
1949	15 720,1	6 421,6	465,6	85	6,2	8,8	480,6	41,4	244,8	16,1	
1950	17 841,5	6 316,2	470,3	78	32,7	9,6	512,6	20,0	308,0	5,9	
1951	15 933,8	6 960,0	842,5	79	27,5	23,1	893,1	2,9	437,7	4,4	
1952	16 645,0	9 518,0	1 264,9	85	8,1	12,5	1 285,5	1,6	448,6	4,7	
1953	17 130,8	13 518,0	1 100,3	88	23,7	4,7	1 128,7	—	358,8	63,9	
1954	18 230,1	17 961,2	817,7	86	2,0	14,7	834,4	—	474,9	22,3	
1955	18 609,2	21 665,5	836,9	83	23,7	63,7	924,3	—	774,8	4,6	
1956	23 143,6	22 895,8	922,1	81	36,5	124,7	1 083,3	—	847,6	27,7	
1957	35 038,4	19 667,6	1 053,6	43 ³	0,3	63,2	1 117,1	—	559,9	0,6	
1958	33 429,7	24 195,4	827,5	45 ⁴	0,3	6,7	834,5	—	217,0	23,4	
1959	29 399,6	19 956,0	523,3	50 ⁴	—	9,8	533,1	—	202,9	19,3	
1960	29 297,6	33 172,5	533,8	51 ⁴	0,5	9,5	543,8	—	331,0	7,7	
1961	35 856,9	30 831,8	532,4	49 ⁴	—	13,9	546,3	—	366,8	10,3	
1962	38 492,0	51 924,5	476,8	61 ⁴	49,5	36,2	562,5	—	412,6	45,2	
1963	43 696,3	52 243,4	307,3	47 ⁴	68,6	39,1	415,0	—	534,6	585,0	
1964	48 384,3	47 794,0	475,3	25 ⁴	158,3	73,8	707,4	—	644,0	20,9	
1965	47 929,8	53 340,5	405,9	32 ⁴	264,5	80,2	750,6	—	582,5	29,8	
1966	51 962,9	47 396,1	457,8	35 ⁴	220,2	130,7	808,7	—	918,8	91,3	
1967	56 213,7	67 305,0	469,7	32 ⁴	100,0	111,4	681,1	—	759,6	16,7	
1968	61 708,6	99 530,6	1 047,4	10 ⁴	187,7	49,2	1 284,3	—	926,4	1,9	
1969	62 267,9	101 135,3	5 175,8	6 ⁴	334,5	109,9	5 620,2	—	2 697,2	10,4	

¹ Seit 1938 einschliesslich Gold im Ausland.

² Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

³ Durchschnittliche Laufzeit der im 2. Halbjahr 1957 diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.

⁴ Durchschnittliche Laufzeit der diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.

Verkehr mit den Korrespondenten		Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit den Bundesverwaltungen	Verkehr mit Deponenten	Verkehr der Konti Zahlungs- und Clearingabkommen	Auf die Bank aus-gestellte Checks u. Generalmandate	Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)	Umsatz der Abrechnungsstellen	Jahr
<i>im Inland</i>	<i>im Ausland</i>										
<i>In Millionen Franken</i>											
2 748,6	—	322,3	32 947,5	3 986,0	17 767,6	653,2	9 933,9	205,5	138 483,8	1 791,6	1941
3 006,0	—	406,7	35 633,6	4 039,9	18 487,5	562,3	9 913,8	164,8	143 977,4	2 010,8	1942
3 233,4	—	386,4	34 775,5	4 075,5	23 190,7	425,1	9 855,9	167,6	150 645,4	1 877,5	1943
3 369,4	—	341,5	33 575,0	4 196,7	23 427,9	776,4	6 788,2	152,5	150 264,2	1 661,1	1944
3 884,4	—	372,3	37 791,6	4 334,4	26 930,4	1 182,0	3 590,8	188,1	169 458,1	1 827,8	1945
5 086,4	—	489,7	48 765,6	5 160,5	26 501,4	613,7	18 759,7	227,5	209 443,8	2 467,6	1946
6 034,0	—	586,0	56 150,8	6 128,5	28 357,7	512,5	32 066,0	292,0	250 367,6	3 232,0	1947
6 347,5	—	647,0	60 726,3	6 475,6	27 141,3	401,4	38 499,3	325,8	264 778,4	3 762,7	1948
5 878,7	—	555,6	55 864,0	5 990,3	28 040,8	379,9	38 824,8	310,0	257 165,5	3 320,3	1949
6 104,3	—	579,9	61 896,7	6 449,1	25 148,7	547,7	24 140,2	259,2	246 919,6	3 162,1	1950
6 585,2	—	670,0	75 414,9	7 023,5	28 867,5	357,6	36 881,3	245,0	296 821,6	3 685,1	1951
6 817,3	—	680,4	81 565,3	7 408,2	29 370,4	289,9	22 289,3	255,9	291 769,5	3 496,5	1952
6 980,9	—	518,0	86 311,5	7 431,8	29 820,7	962,0	19 639,7	238,6	300 436,6	3 394,6	1953
7 466,1	—	535,7	101 534,2	7 812,4	30 470,3	825,9	18 819,1	252,9	324 828,1	3 589,4	1954
7 992,6	—	488,8	120 290,7	8 446,0	32 726,7	778,6	15 930,9	289,2	359 430,7	3 873,8	1955
8 810,3	—	494,1	138 809,8	9 241,4	33 896,8	457,8	15 351,0	351,9	386 756,6	4 135,0	1956
9 381,3	—	523,3	157 939,4	9 907,1	37 889,1	402,4	26 041,6	434,8	483 891,1	4 794,2	1957
9 423,3	—	475,4	175 439,9	10 287,8	37 910,9	688,9	18 024,1	399,1	477 050,6	4 200,2	1958
9 962,6	1 447,0	462,0	244 499,6	10 945,2	37 738,9	1 018,8	6 718,9	366,3	524 253,8	5 191,1	1959
11 176,5	2 527,8	477,7	325 786,5	12 191,1	42 908,7	1 100,4	2 934,5	485,8	646 506,7	6 553,6	1960
12 575,5	25 986,0	622,2	384 805,1	13 453,2	47 980,5	1 607,2	2 936,4	463,3	769 982,6	8 051,5	1961
14 348,7	22 492,4	656,8	508 180,6	15 271,4	58 630,9	1 442,2	2 793,7	476,5	957 725,1	10 110,3	1962
15 746,1	3 920,0	819,2	600 883,0	16 889,5	62 531,7	2 632,4	2 038,6	455,7	1 065 988,4	9 652,0	1963
17 333,5	8 593,6	897,2	628 870,9	19 239,5	67 257,3	762,6	2 183,3	502,9	1 131 729,9	10 201,0	1964
18 429,8	5 440,6	985,5	782 609,1	20 364,0	71 030,0	860,0	2 780,1	485,3	1 331 109,9	10 366,6	1965
19 678,2	5 272,0	1 080,1	1 013 397,8	22 022,7	78 449,8	3 593,8	3 330,7	538,9	1 608 206,7	12 233,5	1966
20 524,4	9 149,9	1 280,8	1 318 449,1	23 829,9	82 948,8	3 414,3	3 903,3	561,6	1 963 035,5	13 575,0	1967
22 274,5	5 046,0	1 380,1	1 858 598,6	26 122,1	89 875,7	6 495,2	4 521,9	693,1	2 603 104,8	18 673,4	1968
23 794,1	5 664,9	1 494,9	2 810 359,2	29 823,1	98 197,8	6 604,2	3 862,2	805,4	3 617 523,9	21 677,0	1969

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 5, Tabelle IV

Geschäftsergebnisse

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäftes	Ertrag der eigenen Wertschriften ²	Zinsen von Inland-korrespondenten ³	Kommissionen ⁴	Diverse Nutzposten	Zinsen an Depo-nenten ⁵	Bruttoertrag
		Total	davon Diskontoertrag auf										
			Schweizer-wechseln	Schatzanweisungen ¹	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehenskasse							
<i>In 1000 Franken</i>													
1907/08	1 563	1 979	1 977	—	—	—	117	496	738	69	20	473	4 509
1909	1 098	1 304	1 303	—	—	—	158	360	337	116	29	444	2 958
1910	1 270	2 502	2 490	—	—	—	247	481	1 084	69	5	1 415	4 243
1911	1 628	2 315	2 267	—	35	—	302	527	866	87	19	1 313	4 431
1912	1 117	3 430	3 233	—	183	—	568	479	396	125	22	705	5 432
1913	1 849	2 994	2 868	—	110	—	830	407	454	149	18	841	5 860
1914	1 208	5 292	4 472	427	371	—	1 046	527	487	192	19	426	8 345
1915	÷ 421	5 458	2 264	3 014	168	—	840	418	1 096	259	9	323	7 336
1916	2 470	5 874	939	4 872	51	—	920	382	1 520	321	12	288	11 211
1917	900	8 155	1 076	7 027	42	—	1 471	366	1 474	458	8	475	12 357
1918	1 120	10 660	4 813	5 734	103	—	2 106	520	1 553	695	140	25	16 769
1919	999	15 887	6 628	9 162	87	—	2 402	552	1 734	656	192	163	22 259
1920	3 996	11 696	7 149	4 343	191	—	1 956	446	4 164	619	189	187	22 879
1921	1 715	11 612	2 915	8 593	91	—	2 162	1 387	833	677	117	333	18 170
1922	4 640	4 492	848	3 575	55	—	2 070	747	1 288	752	130	497	13 622
1923	2 839	5 918	1 344	4 408	156	—	2 201	770	1 126	627	87	473	13 095
1924	909	3 606	3 246	175	175	—	3 323	609	1 617	525	137	867	9 859
1925	4 273	1 841	1 199	551	85	—	2 403	704	1 527	653	188	252	11 337
1926	4 927	2 419	1 177	1 169	68	—	2 064	543	1 098	539	249	267	11 572
1927	4 775	3 352	2 145	1 029	174	—	2 184	485	1 784	621	315	390	13 126
1928	5 222	4 240	2 970	995	271	—	2 821	475	496	578	393	468	13 757
1929	6 402	4 149	2 862	994	287	—	2 738	339	550	539	289	373	14 633
1930	7 646	1 658	972	422	258	—	1 675	1 359	468	727	287	778	13 042
1931	6 941	997	611	250	116	—	1 384	831	316	789	310	328	11 240
1932	4 660	517	300	91	89	16	1 375	2 240	197	662	340	310	9 681
1933	3 626	713	214	100	108	268	1 400	2 391	144	930	251	204	9 251
1934	3 529	1 338	256	606	117	338	1 926	1 203	119	698	234	217	8 830
1935	1 630	2 930	799	1 028	186	898	2 806	1 374	169	677	100	186	9 500
1936	1 562	3 304	237	1 830	111	1 106	2 165	1 270	145	736	170	219	9 133
1937	5 904	365	108	22	56	165	818	1 272	55	737	193	171	9 173
1938	10 429	523	259	159	23	67	571	2 445	46	673	95	181	14 601
1939	4 857	1 153	323	692	41	82	895	2 511	59	475	198	147	10 001
1940	3 454	2 676	872	1 580	54	81	1 668	3 087	75	546	146	132	11 520

¹ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

² Ohne Berücksichtigung der Abschreibungen.

³ Einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.

⁴ Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.

⁵ Einschliesslich Zinsen an Bundesverwaltungen.

Ver- waltungs- kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rück- stellungen hiefür	Bank- noten- anferti- gungs- kosten inkl. Rück- stellungen hiefür	Rück- stellungen und Verluste auf Gold ⁸	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser- ordent- liche Zuwei- sung an die Wohl- fahrtsein- richtungen der Bank	Rein- gewinn	Zuwei- sung an den Reserve- fonds	Divi- dende	Ab- lieferung an die eidg. Staats- kasse	Jahr
				<i>auf Bank- gebäuden und Möbiliar, ab- züglich Mehr- erlös aus verkauften Liegenschaften</i>	<i>auf Wert- schriften und laufenden Geschäften, abzüglich Wieder- einkänge</i>						
<i>In 1000 Franken</i>											
2 068	—	226	162	29	7	—	2 017	202	1 800	15	1907/08
1 399	—	151	8	22	43	20	1 315	131	1 000	184	1909
1 307	—	151	69	95	77	20	2 524	252	1 000	1 272	1910
1 355	—	225	68	91	87	30	2 575	258	1 000	1 317	1911
1 381	—	224	315	188	246	40	3 038	304	1 000	1 734	1912
1 426	—	271	165	163	248	100	3 487	349	1 000	2 138	1913
1 572	—	503	25	292	621	60	5 272	500	1 000	3 772	1914
1 498	—	566	2	140	598	80	4 452	445	1 000	3 007	1915
1 571	—	628	—	1 001	231	350	7 430	500	1 000	5 930	1916
1 844	—	501	—	1 195	419	440	7 958	500	1 000	6 458	1917
2 550	—	1 352	—	4 294	2 576	510	5 487	500	1 000	3 987	1918
3 577	—	454	1 878	5 046	2 861	1 000	7 443	500	1 000	5 943	1919
3 749	—	2 253	367	3 426	1 164	500	11 420	500	1 000	9 920	1920
3 715	2 500	1 000	146	1 233	÷ 48	500	9 124	500	1 500	7 124	1921
3 885	—	500	—	1 069	40	500	7 628	500	1 500	5 628	1922
3 825 ⁶	1 500	176	—	67	490	—	7 037	500	1 500	5 037	1923
3 630	—	521	—	÷ 642	÷ 7	—	6 357	500	1 500	4 357	1924
3 708	—	415	—	33	÷ 5	500	6 686	500	1 500	4 686	1925
3 525	300	665	244	112	÷ 22	—	6 748	500	1 500	4 748	1926
3 597	800	779	77	830	290	—	6 753	500	1 500	4 753	1927
4 204 ⁷	262	278	178	1 682	255	—	6 898	559	1 500	4 839	1928
4 153	—	437	624	1 618	÷ 10	500	7 311	500	1 500	5 311	1929
3 873	—	705	35	1 323	÷ 3	—	7 109	500	1 500	5 109	1930
3 913	—	688	—	66	869	—	5 704	500	1 500	3 704	1931
3 909	—	170	—	33	261	—	5 308	500	1 500	3 308	1932
3 532	—	204	234	28	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1933
3 390	170	123	—	27	÷ 133 ⁹	—	5 253	500	1 500	3 253	1934
3 455	200	173	—	13	406	—	5 253	500	1 500	3 253	1935
3 459	112	258	—	46	5	—	5 253	500	1 500	3 253	1936
3 443	—	450	—	27	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1937
3 689	117	1 802	—	37	3 703	—	5 253	500	1 500	3 253	1938
3 764	—	946	—	38	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1939
4 308	735	1 058	—	166	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1940

⁶ Einschliesslich Fr. 300 000 für einen Transportversicherungsfonds (Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle).

⁷ Einschliesslich Fr. 635 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

⁸ Einschliesslich Barschaftsimporkosten von 1907/08 bis 1915.

⁹ Nicht beanspruchte Reservestellung für Verluste im laufenden Geschäft.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 5, Tabelle IV (Forts.)

Geschäftsergebnisse

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen ¹	Diskontoertrag und Inkassogebühren						Ertrag des Lombardgeschäftes	Ertrag der eigenen Wertschriften ³	Zinsen von Inlandkorrespondenten ⁴	Kommissionen ⁵	Diverse Nutzposten	Zinsen an Deponenten ⁶	Bruttoertrag
		Total	davon Diskontoertrag auf											
			Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehenskasse								
<i>In 1000 Franken</i>														
1941	6 503	1 513	783	520	23	114	642	2 555	56	634	122	134	11 891	
1942	9 294	1 210	853	138	19	108	484	2 183	48	669	146	133	13 901	
1943	7 098	1 365	963	335	10	18	419	2 269	49	568	82	137	11 713	
1944	8 424	1 241	959	198	14	17	426	2 198	50	674	136	131	13 018	
1945	8 550	2 232	725	1 455	14	7	480	2 072	52	624	223	130	14 103	
1946	16 725	859	628	89	37	14	868	1 377	93	1 154	138	142	21 072	
1947	10 756	811	517	127	108	55	1 427	1 515	147	1 899	—	175	16 380	
1948	7 168	2 134	1 827	44	163	95	1 498	1 736	176	2 345	95	150	15 002	
1949	7 689	1 902	1 814	14	34	37	700	1 386	80	1 409	116	164	13 118	
1950	10 470	1 623	1 567	11	16	25	552	1 350	81	1 223	151	171	15 279	
1951	7 888	2 811	2 641	127	31	1	770	1 459	130	1 266	179	176	14 327	
1952	8 232	3 934	3 537	328	53	5	736	1 303	117	934	139	191	15 204	
1953	9 699	3 751	3 295	435	14	—	605	1 258	114	1 214	171	206	16 606	
1954	10 689	2 705	2 192	489	19	—	622	1 356	126	971	102	223	16 348	
1955	16 735	2 298	1 832	347	115	—	1 090	1 366	168	967	607	231	23 000	
1956	19 215	2 648	1 975	464	206	—	1 149	1 550	182	864	571	234	25 945	
1957	16 894	3 329	2 860	176	289	—	981	1 702	187	712	591	246	24 150	
1958	15 293	3 005	2 920	9	71	—	417	1 408	147	679	518	251	21 216	
1959	16 167	1 385	1 368	—	13	—	254	1 793	99	502	564	251	20 513	
1960	19 970	1 354	1 318	—	33	—	463	2 192	111	465	840	262	25 133	
1961	25 750	1 337	1 297	—	27	—	390	1 776	112	537	912	284	30 530	
1962	25 863	1 483	1 374	5	101	—	465	2 497 ³	135	648	1 141	292	31 940	
1963	25 889	1 541	1 396	58	83	—	505	8 416 ³	147	601	1 088	302	37 885	
1964	24 898	2 033	1 753	85	191	—	936	12 367 ³	200	635	1 533	347	42 255	
1965	29 785	2 270	1 959	74	233	—	731	20 208 ³	189	671	1 468	402	54 920	
1966	35 216	3 127	2 533	70	518	—	1 160	26 964 ³	237	893	1 350	430	68 517	
1967	31 650	4 235	3 596	77	557	—	1 141	28 789 ³	258	938	1 068	476	67 603	
1968	58 458	3 727	3 476	56	191	—	897	7 573	230	806	880	505	72 066	
1969	63 276	7 487	6 576	285	622	—	2 471	7 453	311	1 109	696	546	82 257	

¹ Einschliesslich Ertrag im Verkehr mit Auslandkorrespondenten.

² Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

³ Einschliesslich ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken.

⁴ Bis 1949 einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.

⁵ Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.

⁶ Bis 1936 einschliesslich Zinsen an Bundesverwaltungen.

Ver- waltungs- kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rück- stellungen hierfür	Kosten und Rück- stellung für Offen- markt- opera- tionen	Bank- noten- anfert- igungs- kosten inkl. Rück- stellungen hierfür	Rück- stellungen und Steri- lisierungs- kosten	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser- ordent- liche Zuweisung an die Wohl- fahrtsein- richtungen der Bank	Rein- gewinn	Zuwei- sung an den Reserve- fonds	Divi- dende	Ab- lieferung an die eidg. Staats- kasse	Jahr
					<i>auf Bank- gebäuden und Möbiliar, ab- züglich Mehr- erlös aus verkauften Liegenschaften</i>	<i>auf Wert- schriften und laufenden Geschäften, abzüglich Wieder- einkänge</i>						
3 774	1 147	—	1 134	—	583	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1941
4 238	188	—	2 500	—	562	—	1 000	5 413	500	1 500	3 413	1942
4 370	323	—	1 535	—	72	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1943
5 273	300	—	1 500	—	532	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1944
4 836	239	—	2 300	—	715	—	600	5 413	500	1 500	3 413	1945
5 293	—	—	5 000	4 140	26	—	1 200	5 413	500	1 500	3 413	1946
6 563	480	—	3 243	—	681	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1947
7 056	—	—	2 000	—	83	—	450	5 413	500	1 500	3 413	1948
7 210	—	—	—	451	44	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1949
7 331	—	—	500	1 501	534	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1950
7 409	—	—	—	799	347	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1951
7 492	250	—	1 500	—	190	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1952
7 976 ⁷	250	—	1 500	—	608	—	500	5 772	500	1 500	3 772	1953
7 786	—	—	2 500	—	290	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1954
8 501 ⁷	—	—	6 000	—	727	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1955
11 138 ⁸	300	—	5 000	—	2 035	—	1 200	6 272	1 000	1 500	3 772	1956
10 088 ⁹	300	—	5 000	—	990	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1957
9 871 ¹⁰	—	—	3 000	—	2 073	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1958
8 959	—	—	3 000	—	2 282	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1959
8 883	400	—	3 000	4 087	1 741	—	750	6 272	1 000	1 500	3 772	1960
9 432	—	—	6 000	5 362	1 893	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1961
10 366	400	—	6 000	4 358	2 973	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1962
11 603	200	—	10 000	5 812	2 427	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1963
13 172 ¹⁰	400	—	10 000	7 914	2 926	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1964
12 788	—	6 000	10 000	12 964	4 325	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1965
14 565	—	16 460	7 020	16 513	5 116	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1966
15 700 ¹⁰	—	4 984	6 489	29 008	2 579	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1967
17 818 ¹¹	234	5 000	10 101	22 674	7 396	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1968
19 311 ¹²	—	3 000	12 554	13 563	24 986	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1969

In 1000 Franken

⁷ Einschliesslich Fr. 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

⁸ Einschliesslich Fr. 1 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle und Fr. 1 700 000 Rückstellung für das 50jährige Jubiläum der Bank.

⁹ Einschliesslich Fr. 1 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

¹⁰ Einschliesslich Fr. 1 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

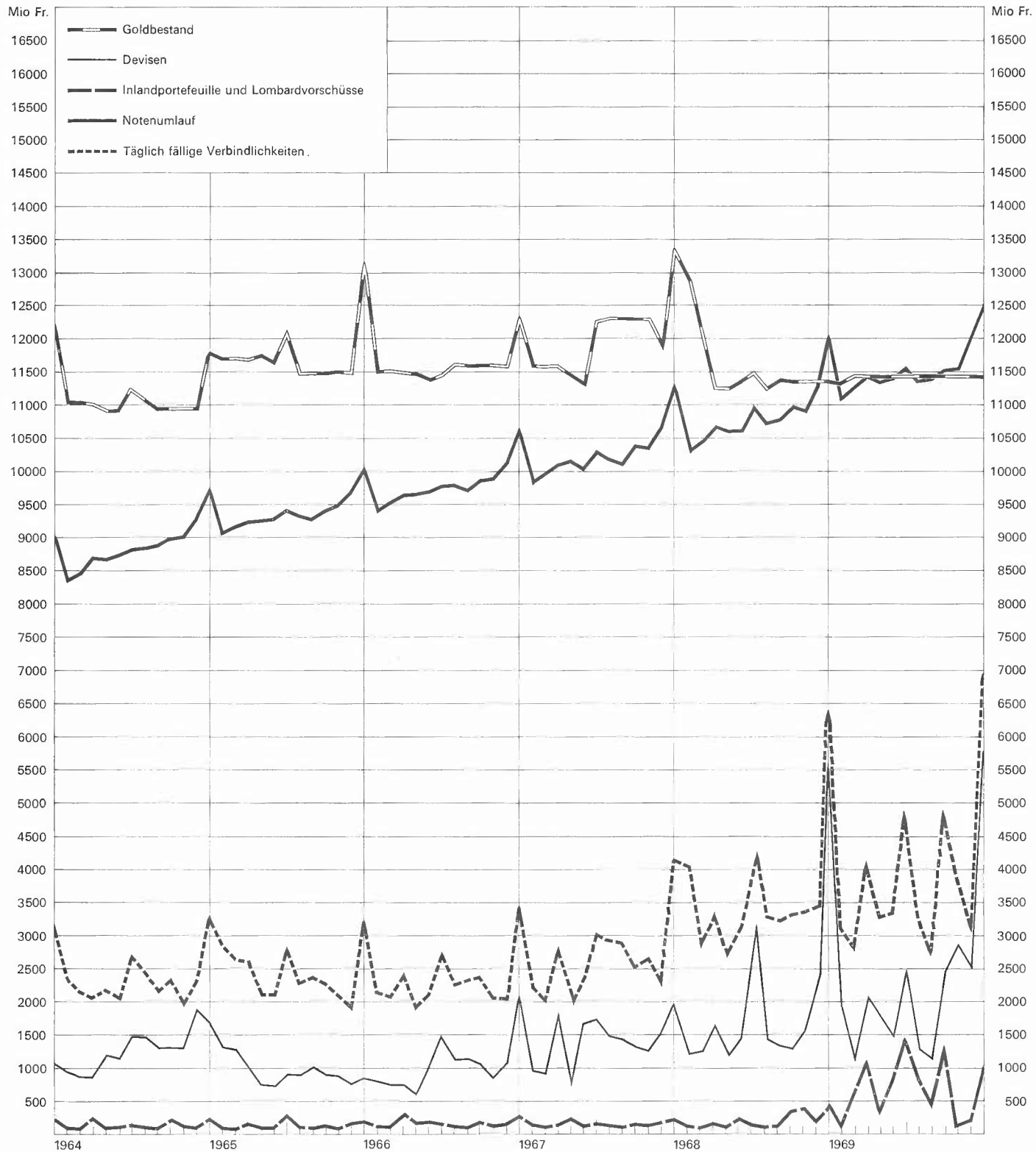
¹¹ Einschliesslich Fr. 2 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

¹² Einschliesslich Fr. 2 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

Schweizerische Nationalbank 1964–1969

Beilage Nr. 6

Bestände am Monatsende



Diskontosatz und Lombardzinsfuß seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 7

Datum der Veränderung		Diskontosatz		Lombardzinsfuß		Datum der Veränderung		Diskontosatz		Lombardzinsfuß		
		%	Geltungs- dauer Tage	%	Geltungs- dauer Tage			%	Geltungs- dauer Tage	%	Geltungs- dauer Tage	
1907	20. Juni	4½	56	5	56	1918	4. Juli	—	—	5½	91	
	15. August	5	84	5½	84		3. Oktober	5½	322	6	917	
	7. November	5½	70	6	70	1919	21. August	5	595	—	—	
1908	16. Januar	5	7	5½	7		1921	7. April	4½	126	5½	126
	23. Januar	4½	28	5	28	11. August		4	203	5	203	
	20. Februar	4	28	4½	28	1922	2. März	3½	168	4½	168	
	19. März	3½	322	4	441		17. August	3	331	4	331	
1909	4. Februar	3	252	—	—	1923	14. Juli	4	831	5	831	
	3. Juni	—	—	3½	133		1925	22. Oktober	3½	1 624	4½	1 624
	14. Oktober	3½	28	4	28	1930		3. April	3	98	4	98
	11. November	4	56	4½	56		10. Juli	2½	196	3½	196	
1910	6. Januar	3½	49	4	210	1931	22. Januar	2	1 562	3	748	
	24. Februar	3	161	—	—		1933	8. Februar	—	—	2½	814
	4. August	3½	49	4½	84	1935		3. Mai	2½	495	3½	495
	22. September	4	35	—	—		1936	9. September	2	78	3	78
27. Oktober	4½	70	5	70	26. November	1½		7 475	2½	7 475		
1911	5. Januar	4	42	4½	42	1957	15. Mai ¹	2½	652	3½	652	
	16. Februar	3½	224	4	224		1959	26. Februar ²	2	1 955	3	1 955
	28. September	4	350	4½	350	1964		3. Juli ³	2½	732	3½	732
1912	12. September	4½	77	5	77		1966	6. Juli ⁴	3½	369	4	369
	28. November	5	259	5½	259	1967		10. Juli ⁴	3	798	3½	798
	1913	14. August	4½	161	5		161	1969	15. September ⁵	3½	103 ⁶	4½
1914		22. Januar	4	28	4½	189	1959		26. Februar ²	2	1 955	3
		19. Februar	3½	161	—	—		1964	3. Juli ³	2½	732	3½
		30. Juli	4½	1	5½	1	1966		6. Juli ⁴	3½	369	4
		31. Juli	5½	3	6	3		1967	10. Juli ⁴	3	798	3½
		3. August	6	38	7	38	1969		15. September ⁵	3½	103 ⁶	4½
		10. September	5	113	6	14		1969	15. September ⁵	3½	103 ⁶	4½
24. September	—	—	5½	99	1969	15. September ⁵	3½		103 ⁶	4½	108 ⁶	
1915	1. Januar	4½	1 371	5		1 280	1969	15. September ⁵	3½	103 ⁶	4½	108 ⁶

¹ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¼% (vom 1. April bis 24. Juli 1957), 2% (vom 25. Juli 1957 bis 25. Februar 1959); übrige Pflichtlager 2% (vom 1. April bis 24. Juli 1957).

² Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¼% (vom 1. Juni 1959 bis 5. Juli 1964); übrige Pflichtlager 2½% (vom 26. Februar bis 31. Mai 1959).

³ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 2¼% (vom 6. Juli 1964 bis 31. Dezember 1965); übrige Pflichtlager 2% (vom 3. bis 5. Juli 1964).

⁴ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 2¼% (vom 1. Januar bis 30. September 1966), 3¼% (vom 1. Oktober 1966 bis 31. März 1968), 3% (seit 1. April 1968); übrige Pflichtlager 3% (vom 1. Januar bis 30. September 1966), 3½% (seit 1. Oktober 1966).

⁵ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 3¼% (vom 1. Oktober 1966 bis 31. März 1968), 3% (vom 1. April 1968 bis 10. November 1969), 3½% (seit 11. November 1969); übrige Pflichtlager 3½% (vom 1. Oktober 1966 bis 10. November 1969), 4% (seit 11. November 1969).

⁶ Bis 31. Dezember 1969.

Abrechnungsverkehr

Beilage Nr. 8

Jahr	Abrechnungsstellen für Wechsel- und Checkverkehr									Wertschriften-Clearing für Kassageschäfte	
	Basel	Bern	La Chaux-de-Fonds	Genf	Lausanne	Neuenburg	St.Gallen	Zürich	Total	Basel	Zürich
Mitglieder am 31. Dezember											
1965	14	12	4	13	11	6	8	7	75	20	26
1966	13	12	4	14	12	6	8	7	76	20	27
1967	12	12	4	14	12	6	8	7	75	20	27
1968	12	12	4	14	12	6	8	7	75	20	27
1969	12	12	5	14	12	6	8	7	76	21	26
Zahl der eingereichten Stücke											
1965	64 404	47 205	1 799	312 194	121 744	4 069	12 040	211 814	775 269	—	—
1966	58 822	46 162	1 633	352 454	122 791	4 769	12 190	219 704	818 525	—	—
1967	58 097	48 244	1 801	387 031	126 367	4 865	12 819	234 346	873 570	—	—
1968	64 573	52 472	1 844	440 398	146 630	4 936	13 404	272 221	996 478	—	—
1969	68 750	62 710	2 576	541 722	167 711	5 718	16 663	355 680	1 221 530	—	—
Betrag der Einreichungen (in 1000 Franken)											
1965	3 236 475	398 446	32 487	3 940 764	778 817	37 450	102 204	1 839 914	10 366 557	682 369	2 836 113
1966	4 965 513	485 803	30 097	3 837 990	818 351	55 104	105 065	1 935 620	12 233 543	642 286	2 724 075
1967	4 622 678	499 339	35 016	5 372 152	838 792	50 646	110 270	2 046 150	13 575 043	798 609	3 386 545
1968	7 086 736	510 001	33 444	7 191 969	1 137 813	56 200	113 284	2 543 924	18 673 371	1 306 928	5 473 258
1969	8 315 050	585 332	46 792	8 223 314	1 316 361	72 014	140 239	2 977 891	21 676 993	1 569 071	5 803 899
Vom Betrag der Einreichungen wurden kompensiert (in Prozent)											
1965	56,99	49,40	24,82	54,57	67,20	27,32	47,35	62,26	57,18	64,67	77,96
1966	64,95	44,10	20,57	57,58	64,83	26,74	46,40	63,66	61,14	64,57	76,63
1967	64,12	44,37	28,57	58,52	64,27	25,38	46,41	64,57	60,88	67,58	77,15
1968	68,00	48,88	24,12	59,26	67,37	26,75	46,05	64,14	63,21	68,69	76,57
1969	66,29	48,14	23,19	61,02	67,08	27,83	46,56	65,44	63,38	66,89	76,40

Verzeichnis der Mitglieder der Bankbehörden und der Bankorgane

auf 1. Januar 1970

Beilage Nr. 9

Präsidium der Generalversammlung (Amtsperiode 1967–1971)

Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Bioggio, Präsident

Dr. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident

Bankrat (Amtsperiode 1967–1971)

Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit einem Stern (*) bezeichnet

- | | |
|---|--|
| Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Bioggio, Präsident | Dr. h. c. H. Küng, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Sandoz A.G., Basel |
| Dr. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident | Nationalrat H. Leuenberger, Zürich |
| * J. Ackermann, Präsident des Verwaltungsrates der Aktiengesellschaft l'Energie de l'Ouest-Suisse (EOS), Freiburg | Regierungsrat R. Meier, Finanzdirektor des Kantons Zürich, Eglisau |
| * G. André, Präsident des Verwaltungsrates der Firma André et Cie, Aktien-Gesellschaft, Corsy-La Conversion | * Nationalrat U. Meyer-Boller, Ehrenpräsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Zollikon |
| F. Antognini, Direktor der Chocolat Cima-Norma S.A., Torre | * Dr. H. Meyer-Scholer, Mitglied des Verwaltungsrates und Direktor der Tonwerk Lausen A.G., Liestal |
| J.-L. Borel, Präsident des Verwaltungsrates der Synchron S.A., Fabriques d'horlogerie réunies, Neuenburg | * J. Michaud, Ing. agr., Direktor der «Provins» Fédération des Producteurs de Vins du Valais, Präsident des Verbandes der Walliser Wirtschaft (Walliser Handelskammer), Sitten |
| Regierungsrat Dr. W. Bühlmann, Vorsteher des Departements der Finanzen des Kantons Luzern, Kastanienbaum/Horw | * F. Muheim, Fürsprech und Notar, Präsident des Bankrates der Urner Kantonalbank, Altdorf |
| L. Burrus, in Firma F. J. Burrus et Cie, Boncourt | * Dr. K. Obrecht, Fürsprech und Notar, Präsident des Verwaltungsrates der Allgemeinen Schweizerischen Uhrenindustrie A.G. (Asuag), Küttigkofen |
| Dr. Dr. h. c. R. Devrient, Präsident des Verwaltungsrates der Unfall- und Lebensversicherungs-Gesellschaften «Die Schweiz», Präsident der Waadtländer Handels- und Industriekammer, Pully | A. Richner, a. Regierungsrat, Oftringen |
| * Dr. A. Edelmann, Direktor des Verbandes schweizerischer Darlehenskassen, St. Gallen | * Ständerat Dr. W. Rohner, Altstätten |
| * A. Gisling, Generaldirektor der Waadtländer Kantonalbank, Pully | E. Scherz, Zentralpräsident des Schweizer Hotelier-Vereins, Gstaad |
| * Dr. J. Golay, Professor an der Universität Lausanne, Lausanne | F. W. Schulthess, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich |
| * Dr. M. Haffter, Präsident des Bankrates der Thurgauischen Kantonalbank, Frauenfeld | * Dr. H. R. Schwarzenbach, in Firma Robt. Schwarzenbach & Co., Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins, Horgen |
| Dr. E. Hatt, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Aktiengesellschaft Heinr. Hatt-Haller, Hoch- & Tiefbau-Unternehmung, Zürich | Dr. Dr. h. c. S. Schweizer, Präsident des Verwaltungsrates des Schweizerischen Bankvereins, Arlesheim |
| Dr. L. Hentsch, in Firma Hentsch et Cie, Genf | * W. F. Siegenthaler, Präsident des Bankrates der Kantonalbank von Bern, Muri bei Bern |
| M. Jaeger, Ehrenpräsident des Bündner Handels- und Industrievereins, Bündner Handelskammer, Chur | G. Sulzer, dipl. Ing., Präsident des Verwaltungsrates der Gebrüder Sulzer, Aktiengesellschaft, Winterthur |
| R. Juri, Ing. agr., Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, Brugg | Nationalrat Dr. H. Tschumi, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Bern, Interlaken |
| Dr. Dr. h. c. R. Käppeli, Präsident des Verwaltungsrates der CIBA Aktiengesellschaft, Riehen | * Dr. R. Vischer, in Firma Simonius, Vischer & Co., Basel |
| E. Kronauer, Ing., Delegierter des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Sécheron Werke Aktiengesellschaft, Genf | Dr. h. c. Th. Waldesbühl, Mitglied des Verwaltungsrates der Nestlé Alimentana A.G., Corseaux |
| | Nationalrat E. Wüthrich, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bern |
| | Nationalrat Dr. E. Wyss, Regierungsrat, Vorsteher des Departements des Innern des Kantons Basel-Stadt, Basel |
-

Bankausschuss (Amtsperiode 1967–1971)

Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Bioggio, Präsident von Amtes wegen

Dr. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident von Amtes wegen

Dr. Dr. h. c. R. Devrient, Präsident des Verwaltungsrates der Unfall- und Lebensversicherungs-Gesellschaften «Die Schweiz», Präsident der Waadtländer Handels- und Industriekammer, Pully

R. Juri, Ing. agr., Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, Brugg

Dr. Dr. h. c. R. Käppeli, Präsident des Verwaltungsrates der CIBA Aktiengesellschaft, Riehen

Dr. h. c. H. Küng, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Sandoz A.G., Basel

Regierungsrat R. Meier, Finanzdirektor des Kantons Zürich, Eglisau

Dr. K. Obrecht, Fürsprech und Notar, Präsident des Verwaltungsrates der Allgemeinen Schweizerischen Uhrenindustrie A.G. (Asuag), Küttigkofen

Ständerat Dr. W. Rohner, Altstätten

Nationalrat E. Wüthrich, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bern

Revisionskommission (Amtsperiode 1969/1970)*Mitglieder*

Dr. E. Gsell, Honorarprofessor an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bühler

H. Villiger, a. Verwalter der Ersparniskasse Nidwalden, Stansstad

A. Cornaz, Direktor der Caisse d'Epargne et de Crédit, Lausanne

Ersatzmänner

G. Spälty-Leemann, Fabrikant, Netstal

J. Iten, Direktor der Zuger Kantonalbank, Zug

A. Travelletti, Direktor der Walliser Kantonalbank, Sitten

Lokalkomitees (Amtsperiode 1967–1971)*Aarau*

K. Oehler, Präsident des Verwaltungsrates der Eisen- & Stahlwerke Oehler & Co. Aktiengesellschaft, Aarau, Vorsitzender

A. Job, a. Direktionspräsident der USEGO (Union Schweizerische Einkaufs-Gesellschaft Olten), Olten, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. O. Seiler, Kaufmännischer Direktor der Kabelwerke Brugg A.G., Brugg

Basel

H. Hatt, Präsident des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Danzas A.G., Basel, Vorsitzender

Dr. H. Gürtler-Meyer, Delegierter des Verwaltungsrates der Brauerei Ziegelhof A.G., Seltisberg, Stellvertreter des Vorsitzenden

Th. Müller-Kriegel, Ing., Präsident des Verwaltungsrates der Kriegel & Schaffner A.G., Basel

Bern

A. Buser, Ing. agr., a. Direktor des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften von Bern und benachbarter Kantone (VLG), Wabern, Vorsitzender

Dr. W. Weyermann, Fürsprech, Mitglied der Berner Handelskammer, Belp, Stellvertreter des Vorsitzenden

P. Sieber, Delegierter des Verwaltungsrates der Fonderie de Fribourg S.A., Freiburg

Genf

J. Gay, Präsident des Verwaltungsrates der Firma Gay Frères S.A., Thônex, Vorsitzender

J. Duckert, a. Generalagent der Genfer Lebensversicherungs-Gesellschaft und der Genfer, Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft, Genf, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. E. Bordier, in Firma Bordier & Co., Genf

Lausanne

A. Langer, Präsident des Verwaltungsrates der Fabrique des Lactas Langer Gland S.A., Gland, Vorsitzender

R. Morandi, Delegierter des Verwaltungsrates der Firma Morandi frères, Société Anonyme, Payerne, Stellvertreter des Vorsitzenden

Nationalrat F. Carruzzo, Direktor des Office central de l'Union valaisanne pour la vente des fruits et légumes, Sitten

Lugano

F. Antognini, Direktor der Chocolat Cima-Norma S.A., Torre, Vorsitzender

T. Frigerio, Ing., Delegierter des Verwaltungsrates der Finapar S.A. Société Anonyme de Participations à des Entreprises Financières, Muzzano, Stellvertreter des Vorsitzenden

L. Antonini, Direktor der Firma Michele Antonini & Co., Präsident der Camera di commercio dell'industria e dell'artigianato del Cantone Ticino, Bellinzona

Luzern

J. Moser, Ing. agr., Direktor des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften der Zentralschweiz (V.L.G.Z.), Luzern, Vorsitzender

Dr. J. Hug, Präsident des Verwaltungsrates der Zwieback- & Biscuitfabrik Hug A.G. Malters, Luzern, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. W. Dubach, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Brauerei Eichhof, Präsident der Zentralschweiz. Handelskammer, Luzern

Neuenburg

J.-L. Borel, Präsident des Verwaltungsrates der Synchro S.A., Fabriques d'horlogerie réunies, Neuenburg, Vorsitzender

L. Huguenin, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Société des Fabriques de Spiraux Réunies, La Chaux-de-Fonds, Stellvertreter des Vorsitzenden

W. Wüthrich, Direktor der Cisac S.A., fabrique de produits alimentaires, Cressier, Neuenburg

St. Gallen

R. Nef-Suter, in Firma Nef & Co., Präsident des Kaufmännischen Directoriums St. Gallen, St. Gallen, Vorsitzender

Dr. R. Perret, Präsident des Verwaltungsrates und Direktor der Roco Conserven Rorschach, Horn, Stellvertreter des Vorsitzenden

Th. Ruff, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der J. Huber & Co. A.G. St. Gallen, Niederteufen

Zürich

O. Küderli, Präsident des Verwaltungsrates der Küderli A.G., Zollikerberg, Vorsitzender

R. H. Stehli-Pestalozzi, Präsident des Verwaltungsrates der Stehli Seiden A.G., Zürich, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. Ing. agr. E. Jaggi, Direktionspräsident des Verbandes ostschweiz. landwirtschaftl. Genossenschaften (VOLG), Winterthur

Direktorium

Dr. E. Stopper, Zürich (Präsident); A. Hay, Rechtsanwalt, Bern (Vizepräsident); Dr. F. Leutwiler, Zürich

Departemente

I. Departement in Zürich

Departementsvorsteher:

Dr. E. Stopper, Präsident des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers:
Fürsprech H. Huber, Direktor, Dr. W. Kull, Direktor,
Dr. J. Lademann, Direktor

Rechtskonsulent: Dr. P. Ehrsam

Chefrevisor: E. Brunner, Vizedirektor

Prokuristen: J. Bertschi, Dr. J. Bonorand, Dr. M. Gal,
W. Haubensak, Dr. H. Meyer, W. Obi, A. Schoch

Handlungsbevollmächtigte: Dr. A. Föllmi, Dr. A. Frings,
Dr. K. Spinnler, Dr. R. Widmer

III. Departement in Zürich

Departementsvorsteher: Dr. F. Leutwiler, Mitglied des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers:
E. Colombo, Direktor

Vizedirektoren: O. Heyer, A. Kunz, H. Schmid, H. Stahel

Hauptkassier des Sitzes Zürich: H. Nägeli

Prokuristen: G. Allenbach, W. Bolliger, W. Brunner,
E. Guyer, J. Knecht, E. Meier, H. W. Preisig, A. Ritter,
W. Wunderli, R. Würmli

Handlungsbevollmächtigte: Th. Benz, W. Blumer,
J. Dolder, W. Frischknecht, A. Grolimund, O. Hofmann,
R. Meier, R. Perret, J. Pfister, F. Schmid, W. Schopferer,
H. Siegfried, A. Wartmann, H. Wenziker, E. Zangger

II. Departement in Bern

Departementsvorsteher:

A. Hay, Rechtsanwalt, Vizepräsident des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers:
Dr. M. de Rivaz, Direktor

Abteilungsdirektor: Dr. P. Flückiger

Hauptkassier der Bank: R. Aebersold

Vizedirektoren: H. Baumgartner, W. Bretscher,
Ch. Schweingruber

Abteilungsvorsteher: H. Brunner, R. Raschle

Prokuristen: R. Bourqui, H.-P. Dosch, H. Hulliger,
M. Isenschmid, D. Kaeser, W. Wey, V. Zumwald

Handlungsbevollmächtigte: Frl. S. Grandjean,
W. Gutmann, R. Kuhn, A. Lerch, B. Siegrist, H. Spahni

Generalsekretariat in Zürich und Bern

Generalsekretär: Dr. H. R. Läng, Abteilungsdirektor,
Zürich

Stellvertreter des Generalsekretärs: H. Lerch, Bern

Abteilungsvorsteher: Dr. G. Jaquemet, Zürich

Handlungsbevollmächtigter: H. Krebs, Zürich

Zweiganstalten

Aarau

Direktor: R. Winteler
Stellvertreter des Direktors: Th. Hensler
Prokuristen: F. Merz, A. Widmer
Handlungsbevollmächtigter: A. Walz

Basel

Direktor: J. Hablützel
Stellvertreter des Direktors: A. Bertschinger
Prokuristen: F. Küng, K. Schär, A. Spreyermann
Handlungsbevollmächtigte: E. Hess, M. Joho

Genf

Direktor: J. Terrier
Stellvertreter des Direktors: C. Gaggini
Prokuristen: E. Bänninger, R. Jaccaz, J. Rossi
Handlungsbevollmächtigter: D. Allamand

Lausanne

Direktor: W. Schreyer
Stellvertreter des Direktors: A. Weiss
Prokuristen: A. Delacrétaz, O. Grec, F. Verdon
Handlungsbevollmächtigte: Ch. Goy, R. Kellenberger,
G. Mounoud, J.-P. Rod

Lugano

Direktor: Dr. P. Cioccarì
Stellvertreter des Direktors: B. Rütsc
Prokurist: T. Grassi
Handlungsbevollmächtigte: A. Balmelli, R. Ghiringhelli

Luzern

Direktor: Dr. H. Aepli
Stellvertreter des Direktors: J. Burri
Prokuristen: J. Immoos, K. Sidler
Handlungsbevollmächtigte: K. Camenzind, J. Huber,
W. Imboden

Neuenburg

Direktor: R. Hügli
Stellvertreter des Direktors: R. Girardier
Prokuristen: Ch. Girod, J.-P. Veluzat
Handlungsbevollmächtigter: A. Tribolet

St. Gallen

Direktor: R. Sutter
Stellvertreter des Direktors: E. Schöbi
Prokuristen: A. Geiger, H. P. Menet
Handlungsbevollmächtigter: A. Keller, W. Stieger

Eigene Agenturen

Biel

(dem Sitz Bern unterstellt)

Agenturführer: J. Messmer
Prokurist: P. Bürgi
Handlungsbevollmächtigter: R. Januth

La Chaux-de-Fonds

(der Zweiganstalt Neuenburg unterstellt)

Agenturführer: F. von Arx
Prokurist: J. Henny
Handlungsbevollmächtigter: J. Jolidon

Winterthur

(dem Sitz Zürich unterstellt)

Agenturführer: E. Maurer
Prokurist: E. Kaufmann
Handlungsbevollmächtigter: M. Weiss